



LANDESPARTEITAG · 12. NOVEMBER 2022

ANTRAGSBUCH

6

**Konsensliste | Stand 09.11.2022
Leitantrag in der Fassung der
Antragskommission
Voten über zurückgestellte Anträge /
aktualisierte Anträge mit Fassung der
Antragskommission**

Antragsteller*innen	Antragstitel	Votum Antragskommission	Konsens	Seite
Landesvorstand	Antrag 01/II/2022 Leitantrag: Wir bringen Berlin gut und solidarisch durch die Krise	Annahme	Konsens	1
Landesvorstand (Fassung AK)	Antrag 01/II/2022 Leitantrag: Wir bringen Berlin gut und solidarisch durch die Krise (Fassung AK)	Annahme in der Fassung der AK	Konsens	TV (Teil 6)
Jusos LDK	Antrag 03/II/2022 Dann müssen wir es eben machen: Wirksame Entlastungen auf Landesebene	Erledigt bei Annahme Leitantrag	Konsens	16
KDV Reinickendorf	Antrag 04/II/2022 Dann müssen wir es eben machen: Wirksame Entlastungen auf Landesebene	Erledigt bei Annahme Leitantrag	Konsens	18
KDV Pankow	Antrag 05/II/2022 Die Kosten der Auswirkungen des Krieges gerecht verteilen	Erledigt bei Annahme Leitantrag	Konsens	21
Jusos LDK	Antrag 06/II/2022 Energiegeld für Auszubildende, Studierende und Rentner*innen	Erledigt bei Annahme Leitantrag	Konsens	22
KDV Pankow	Antrag 07/II/2022 Gezielte Entlastung in der Krise: Gaspreisdeckel für den Grundverbrauch einführen	Erledigt bei Annahme Leitantrag	Konsens	23
KDV Friedrichshain-Kreuzberg	Antrag 08/II/2022 Die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel temporär aussetzen!	Erledigt bei Annahme Leitantrag	Konsens	25
Jusos LDK	Antrag 09/II/2022 Verbraucher*innen schützen – umverteilen jetzt!	Erledigt bei Annahme Leitantrag	Konsens	26
Jusos LDK	Antrag 10/II/2022 Übergewinnsteuer? Längst überfällig!	Erledigt bei Annahme Leitantrag	Konsens	33
KDV Friedrichshain-Kreuzberg	Antrag 11/II/2022 Soziale Steuerreform – Kalte Progression verhindern und Krisenbelastungen gerechter verteilen	Erledigt bei Annahme Leitantrag	Konsens	37
Abt. 07/08 Friedenau (Tempelhof-Schöneberg)	Antrag 12/II/2022 Vorschlag für die Reduzierung des Energieverbrauchs in Berlin	Erledigt bei Annahme Leitantrag	Konsens	39
KDV Reinickendorf	Antrag 15/II/2022 Barrierefreiheit: Die SPD setzt Zeichen. Die SPD ist Vorbild.	Erledigt durch 10/I/2022	Konsens	42
AG Selbst Aktiv Berlin	Antrag 16/II/2022 Abbau von Kommunikationsbarrieren zwischen Hörenden und Gehörlosen/Schwerhörigen in der SPD	Überweisen an: Landesvorstand	Konsens	43
Jusos LDK	Antrag 17/II/2022 Kostenübernahme der Gebärdensprach- und Schriftdolmetscher*innen für Menschen mit Hörbehinderungen (Gehörlose/Taube und Schwerhörige)	Überweisen an: Landesvorstand	Konsens	45
KDV Mitte	Antrag 18/II/2022 Kein Platz für Diskriminierung - Für starken Awareness überall!	Überweisung an Statutenkommission und Umsetzungsbericht des LV zum nächsten LPT	Konsens	47
FA I - Internationale Politik, Frieden und Entwicklung	Antrag 19/II/2022 Die SPD und die Frage wie weiter nach der Zeitenwende in der Außen- und Sicherheitspolitik?	Annahme in der Fassung der AK	Konsens	48
KDV Mitte	Antrag 20/II/2022 Weg mit der Altersgrenze für die SPD-Mitgliedschaft!	Überweisen an: Statutenkommission	Konsens	50
Jusos LDK	Antrag 21/II/2022 Für echte Parität in unserer Partei – FINTA-Quote von 50%!	Überweisen an: Statutenkommission	Konsens	51
AG Migration und Vielfalt LDK	Antrag 22/II/2022 Pandemie als Katalysator: Digitale Grundausstattung, Digitale Teilhabe und Inklusion mobiler Lebensstile	Überweisen an: Landesvorstand	Konsens	52
KDV Tempelhof-Schöneberg	Antrag 24/II/2022 Mindestlohn konsequent umsetzen!	Annahme in der Fassung der AK	Konsens	55

Antragsteller*innen	Antragstitel	Votum Antragskommission	Konsens	Seite
KDV Neukölln	Antrag 25/II/2022 Mindestlohn sichern: Verstöße gegen das Mindestlohngesetz aktiv bekämpfen	Erledigt bei Annahme 24/II/2022	Konsens	56
KDV Neukölln	Antrag 26/I/2022 Kündigungsschutz für Ehrenamtliche Richter*innen in Berlin	Ablehnung	Konsens	58
Jusos LDK	Antrag 26/II/2022 Mindestlohn konsequent umsetzen!	Erledigt bei Annahme 24/II/2022	Konsens	61
KDV Neukölln	Antrag 27/I/2022 Kündigungsschutz für Ehrenamtliche Richter*innen im Bund	Ablehnung	Konsens	62
Jusos LDK	Antrag 27/II/2022 Mindestlohn sichern: gegen Verstöße gegen das Mindestlohngesetz	Erledigt bei Annahme 24/II/2022	Konsens	65
AfA Landesvorstand	Antrag 28/II/2022 Fairer Wettbewerb – Chancengleichheit für alle	Annahme	Konsens	66
KDV Friedrichshain-Kreuzberg	Antrag 29/II/2022 Prekäre migrantische Arbeit in Berlin konsequent bekämpfen – befristete Arbeitserlaubnisse von befristeten Arbeitsverträgen entkoppeln II	Annahme	Konsens	68
KDV Friedrichshain-Kreuzberg	Antrag 30/II/2022 Prekäre migrantische Arbeit konsequent bekämpfen – befristete Arbeitserlaubnisse von befristeten Arbeitsverträgen entkoppeln I	Annahme	Konsens	69
Jusos LDK	Antrag 31/II/2022 Liefern ohne Limit - besserer Arbeitsschutz für die Arbeitnehmer*innen der Lieferdienste	Annahme	Konsens	70
Abt. 06/10 Dahlem (Steglitz-Zehlendorf)	Antrag 32/I/2022 Endlich – ARAL, ARAMCO, BP, , ESSO, , SHELL ... enteignen!	Rücküberweisung an Antragsteller*innen	Konsens	72
KDV Friedrichshain-Kreuzberg	Antrag 32/II/2022 Vergütung für Beschäftigte bei Freien Trägern aufwerten – Refinanzierung sicherstellen! Arbeitsbedingungen für Beschäftigte im Sozialwesen bei Freien Trägern endlich aufwerten	Annahme in der Fassung der AK	Konsens	74 (Teil 6)
KDV Friedrichshain-Kreuzberg	Antrag 33/II/2022 Betriebsrats-Initiativen stärken – Betriebsversammlungen besser schützen!	Annahme in der Fassung der AK	Konsens	77
KDV Tempelhof-Schöneberg	Antrag 34/I/2022 Ein Gesetz für mehr Unternehmenstransparenz im digitalen Raum	Annahme in der Fassung FA VII	Konsens	79
KDV Reinickendorf	Antrag 34/II/2022 Homeoffice-Pauschale fortführen und anpassen	Annahme	Konsens	83
Abt. 10/06 (Kaulsdorf- und Mahlsdorf-Nord)	Antrag 35/II/2022 Einkommensteuerfreibetrag auf e 17.500,00 erhöhen	Annahme	Konsens	83
KDV Steglitz-Zehlendorf	Antrag 36/II/2022 Start-Ups	Annahme	Konsens	84
KDV Pankow + Abt. 03/15 Kollwitzplatz	Antrag 37/II/2022 Alle Energienetze in Berlin rekommunalisieren	Annahme in der Fassung der AK	Dissens	85
KDV Friedrichshain-Kreuzberg	Antrag 38/II/2022 Rettet das Berliner Taxiwesen – jetzt!	Erledigt bei Annahme 28/II/2022	Konsens	87
AfA Landesvorstand	Antrag 39/II/2022 KAV-Mitgliedschaft landeseigener Unternehmen und Stiftungen, inklusive deren Töchter	Annahme	Konsens	87
KDV Tempelhof-Schöneberg	Antrag 40/II/2022 Recht auf Freizeit – keine versteckte Arbeitszeitverlängerung durch Teildienste	Annahme	Konsens	88
AG Migration und Vielfalt LDK	Antrag 226/II/2022 Prekäre migrantische Arbeit konsequent bekämpfen – befristete Arbeitserlaubnisse von befristeten Arbeitsverträgen entkoppeln	Erledigt bei Annahme 30/II/2022	Konsens	89

Antragsteller*innen	Antragstitel	Votum Antragskommission	Konsens	Seite
Jusos LDK	Antrag 16/I/2021 Handlungsmöglichkeiten Nutzen - Verdrängung und Spekulation eindämmen und einen sozialen Wohnungsmarkt erhalten	Annahme in der Fassung der AK	Konsens	91 (Teil 6)
AfA Berlin	Antrag 36/I/2022 Wohnen muss für Arbeitnehmer*innen bezahlbar sein!	Annahme in der Fassung der AK	Konsens	95
KDV Mitte	Antrag 50/I/2022 Parkraumbewirtschaftung gerechter gestalten	Annahme in der Fassung der AK	Konsens	100
KDV Friedrichshain-Kreuzberg	Antrag 300/II/2022 Solidarität mit Mieter*innen in der Krise: Mieten begrenzen, Mietschulden verhindern	Erledigt bei Annahme Leitantrag	Konsens	101
KDV Friedrichshain-Kreuzberg	Antrag 301/II/2022 Auch Mieter*innen mit Indexmietverträgen schützen!	Erledigt bei Annahme 302/II/2022	Konsens	105
KDV Mitte	Antrag 302/II/2022 Indexmieten verbieten!	Annahme	Konsens	106
KDV Charlottenburg-Wilmersdorf	Antrag 303/II/2022 Heizkostenbeteiligung von Hauseigentümer*innen – für Mieter*innen und Klimaschutz	Erledigt bei Annahme Leitantrag	Konsens	106
KDV Friedrichshain-Kreuzberg	Antrag 304/II/2022 Einführung einer Mietenabgabe	Annahme in der Fassung der AK	Konsens	109
Abt. 10/06 (Kaulsdorf- und Mahlsdorf-Nord)	Antrag 305/II/2022 Einlagensicherungsgesetz für Genossenschafts-Einlagen	Überweisen an: ASJ	Konsens	110
KDV Pankow	Antrag 306/II/2022 Schutz vor unberechtigten Eigenbedarfskündigungen und vor Verdrängung in der Innenstadt	Erledigt bei Annahme 307/II/2022	Konsens	111
Abt. 03/15 Kollwitzplatz	Antrag 307/II/2022 Schutz vor unberechtigten Eigenbedarfskündigungen und vor Verdrängung in der Innenstadt	Annahme	Konsens	112
KDV Spandau	Antrag 308/II/2022 Unsere Parkhäuser müssen elektrisch werden	Überweisen an: FA XI - Mobilität	Konsens	114
KDV Friedrichshain-Kreuzberg	Antrag 309/II/2022 Regentonnen für alle landeseigenen Immobilien!	Annahme	Konsens	115
KDV Neukölln	Antrag 310/II/2022 Grünflächen für alle: Parks als öffentlichen Aufenthaltsraum schützen!	Annahme	Konsens	115
KDV Charlottenburg-Wilmersdorf	Antrag 311/II/2022 Verstetigung und Stärkung der Arbeit der Parkläufer*innen im Bezirk	Annahme	Konsens	117
KDV Charlottenburg-Wilmersdorf	Antrag 312/II/2022 Den Bahnhof Jungfernheide und seine Vorplätze für mehr Aufenthaltsqualität umgestalten	Annahme in der Fassung der AK	Konsens	118
KDV Friedrichshain-Kreuzberg	Antrag 313/II/2022 Zeit und Perspektive für das Baerwaldbad	Annahme in der Fassung der AK	Konsens	119
FA VII - Wirtschaft, Arbeit, Technologie	Antrag 314/II/2022 Ein Game House für Berlin	Annahme in der Fassung der AK	Konsens	121 (Teil 6)
Abt. 12 Petersburger Platz (Friedrichshain-Kreuzberg)	Antrag 315/II/2022 SEZ als Standort für eine öffentliche Sport- und Erholungsnutzung bewahren, soziale Infrastruktur ausbauen!	zurückgezogen	zurückgezogen	121
KDV Charlottenburg-Wilmersdorf	Antrag 316/II/2022 Neue öffentliche Toiletten im Charlottenburger Norden	Nichtbefassung	Konsens	123
AG 60plus Landesvorstand	Antrag 317/II/2022 Änderung zum § 543 BGB	Rücküberweisung an Antragsteller*innen	Konsens	123
AG 60plus Landesvorstand	Antrag 318/II/2022 Änderung zum § 556 BGB	Rücküberweisung an Antragsteller*innen	Konsens	124
AG 60plus Landesvorstand	Antrag 319/II/2022 Änderung zum §559 BGB	Rücküberweisung an Antragsteller*innen	Konsens	124

Antragsteller*innen	Antragstitel	Votum Antragskommission	Konsens	Seite
AG 60plus Landesvorstand	Antrag 320/II/2022 Änderung zum § 573 BGB	Rücküberweisung an Antragsteller*innen	Konsens	125
KDV Tempelhof-Schöneberg	Antrag 321/II/2022 Wohnraumversorgung sozialverträglich und klimagerecht gestalten	Überweisung an FA XI und FA VIII mit der Bitte, einen Forderungskatalog zu erarbeiten	Konsens	126
KDV Tempelhof-Schöneberg	Antrag 322/II/2022 Landeseigene Wohnungsbaugesellschaften als beste Vermieter*innen der Stadt – nicht als Negativschlagzeilen	Annahme	Konsens	128
AG Migration und Vielfalt LDK	Antrag 323/II/2022 Berlin Vermietet Fair, „Mit gutem Beispiel vorangehen“	zurückgestellt - Votum AK folgt am 12.11.2022	Offen	130
Bettina Schulze (Mitte), Mathias Schulz (Mitte)	Antrag 509/I/2022 Neue Impulse für eine soziale Wohnungspolitik in Berlin aufgreifen!	Überweisung an ASJ + FA VIII wird aufrecht erhalten	Konsens	131
Jusos LDK	Antrag 79/I/2020 Forschen statt Verkaufen: Stärkere Grundfinanzierung von (Grundlagen-) Forschung	Überweisung an FA Stadt des Wissens und Juso-HsG mit der Maßgabe, die Ergebnisse in Antragsform zum Landesparteitag II / 2023 vorzulegen.	Konsens	133
KDV Tempelhof-Schöneberg	Antrag 41/II/2022 Sprach-Kitas retten – Keine Kürzungen bei Inklusion und frühkindlicher Betreuung	Erledigt bei Annahme 42/II/2022	Konsens	135
KDV Charlottenburg-Wilmersdorf	Antrag 42/II/2022 Sprach-Kitas retten!	Annahme in der Fassung der AK	Konsens	136
KDV Reinickendorf	Antrag 43/II/2022 Sprach-Kitas retten – Keine Kürzungen zu Lasten der Integration und Inklusion in Kitas	Erledigt bei Annahme 42/II/2022	Konsens	137
KDV Friedrichshain-Kreuzberg	Antrag 44/II/2022 Sprach-Kitas retten – Keine Kürzungen zulasten der Integration und Inklusion in Kitas	Erledigt bei Annahme 42/II/2022	Konsens	139
Jusos LDK	Antrag 45/II/2022 Sprachförderung ab der KiTa stärken, statt abschaffen!	Erledigt bei Annahme 42/II/2022	Konsens	140
AfA Landesvorstand	Antrag 46/II/2022 Digitalisierungsstrategie Schule: IT-Mitarbeiter:innen an den Schulen fest anstellen	Erledigt bei Annahme 48/II/2022	Konsens	141
KDV Reinickendorf	Antrag 47/II/2022 Digitalisierungsstrategie Schule: IT-Mitarbeiter:innen beim Land fest anstellen	Erledigt bei Annahme 48/II/2022	Konsens	143
AfB Berlin	Antrag 48/II/2022 Digitalisierungsstrategie Schule: IT-Mitarbeiter:innen an den Schulen fest anstellen	Annahme	Konsens	144
Jusos LDK	Antrag 49/II/2022 Let's get digital! - Ein echter Digitalisierungsschub für Hochschulen	Überweisen an: FA V - Stadt des Wissens	Konsens	145
AfB Berlin	Antrag 50/II/2022 Beschlusslage umsetzen – Konsequenter Ausbau und gezielte Förderung der Gemeinschaftsschule jetzt!	Annahme	Konsens	147
KDV Reinickendorf	Antrag 51/II/2022 Das Handwerk bereits in der Schule fördern	Überweisen an: AfB, FA V - Stadt des Wissens	Konsens	151
KDV Mitte	Antrag 52/I/2022 Kitakrise heißt Zukunftskrise!	Annahme	Konsens	152
KDV Pankow	Antrag 52/II/2022 Keine Kürzungen beim Schulbau!	Erledigt bei Annahme 52.1/II/2022	Konsens	155
Ersetzungsantrag	Antrag 52.1/II/2022 Schulbau und Sanierung bleibt unsere Priorität!	Annahme	Konsens	TV (Teil 6)

Antragsteller*innen	Antragstitel	Votum Antragskommission	Konsens	Seite
KDV Steglitz-Zehlendorf	Antrag 53/II/2022 Die Schulbauoffensive fortsetzen - auch die Schulen in Steglitz-Zehlendorf einschließlich der in Lichterfelde-Süd ertüchtigen	Erledigt bei Annahme 52.1/II/2022	Konsens	157
Jusos LDK	Keine Kürzung oder Aufschiebung der Schulbauoffensive, auch nicht in Krisenzeiten	Erledigt bei Annahme 52.1/II/2022	Konsens	158
KDV Friedrichshain-Kreuzberg	Antrag 55/II/2022 Kürzungen der Investitionsplanung rückgängig machen - Schulbauoffensive retten	Erledigt bei Annahme 52.1/II/2022	Konsens	159
KDV Mitte	Antrag 57/II/2022 Bildung für dich, für uns, für alle!	Annahme in der Fassung der AK	Dissens	160 (Teil 6)
Abt. 10/04 Alt-Marzahn-Hellersdorf	Antrag 58/I/2022 WirWerdenLaut - Schulen in der fünften Welle	Annahme	Konsens	163
AfB Berlin	Antrag 58/II/2022 Feststellung non-formal und informell erworbener Kompetenzen verstetigen	Annahme	Konsens	166
KDV Steglitz-Zehlendorf	Antrag 59/II/2022 Weiterführung des Lernbrücken-Projektes und qualitative Auswertung und Weiterentwicklung	Annahme	Konsens	168
Jusos LDK	Antrag 60/II/2022 Weiterführung des Lernbrücken-Projektes und qualitative Auswertung und Weiterentwicklung	Erledigt bei Annahme 59/II/2022	Konsens	169
AfB Berlin	Antrag 61/II/2022 Zukunftskieze – datenbasiertes kommunales Bildungsmanagement vor Ort für ein lernendes und zukunftsfähiges Berlin	Annahme	Konsens	170
Jusos LDK	Antrag 62/II/2022 Leistungen im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets (BUT) entbürokratisieren und bürger*in- nenfreundlicher gestalten	Annahme	Konsens	172
Abt. 12/02 Freie Scholle/Tegel	Antrag 63/II/2022 Besetzung der Stelle der/des Antidiskriminierungsbeauftragten für die Berliner Schule	Erledigt	Konsens	175
Jusos LDK	Antrag 64/II/2022 Bessere Anerkennung von lehramtsbezogenen Abschlüssen aus anderen Bundesländern	Überweisen an: FA V - Stadt des Wissens	Konsens	175
KDV Tempelhof-Schöneberg	Antrag 65/I/2022 PostDocs jetzt entfristen! – Unsere Anforderungen an § 110 des Berliner Hochschulgesetzes	Annahme in der Fassung der AK	Konsens	177
AfB Berlin	Antrag 65/II/2022 Endlich Beschlusslage umsetzen – Sonderungsverbot an Freien Schulen durchsetzen!	Annahme	Konsens	178
KDV Spandau	Antrag 66/I/2022 Einführung einer Profilquote Ehrenamt für die Berliner Hochschulen	Ablehnung	Konsens	180
Jusos LDK	Antrag 66/II/2022 Medienbildung als allgemeiner Teil der Lehrkräfteausbildung!	Erledigt durch 76/I/2020 und tätiges Handeln	Konsens	181
KDV Charlottenburg-Wilmersdorf	Antrag 67/II/2022 Einführung einer Hochschulausbildung für Gerichtsvollzieher und Gerichtsvollzieherinnen	Annahme in Fassung AK Z.6 "eingeführt und finanziert wird."	Konsens	182
Jusos LDK	Antrag 68/II/2022 Keine Hochschulschließungen im Winter! – Sozialräume erhalten	Erledigt bei Annahme Leitantrag	Konsens	183
Jusos LDK	Antrag 69/II/2022 Selbstbestimmtes Studium ermöglichen! – Freiversuchsregelung beibehalten	Annahme	Konsens	184

Antragsteller*innen	Antragstitel	Votum Antragskommission	Konsens	Seite
Abt. 12/02 (Reinickendorf)	Antrag 70/II/2022 Gute Ausbildung in Berlin sicherstellen - Ausbildungsplatzumlage einführen	Zurückgezogen	zurückgezogen	185
KDV Spandau	Antrag 71/II/2022 Abschaffung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes	Erledigt durch Beschlusslage (01/I/2021)	Konsens	186
AfA Berlin	Antrag 72/II/2022 Gute Ausbildung in Berlin sicherstellen - Ausbildungsplatzumlage einführen	zurückgestellt - Votum AK folgt am 12.11.2022	Offen	187
Jusos LDK	Antrag 73/II/2022 Berliner Ausbildungsplatzumlage endlich umsetzen!	zurückgestellt - Votum AK folgt am 12.11.2022	Offen	188
KDV Reinickendorf	Antrag 74/II/2022 Ein kostenloses Schüler*innenticket auch für den 2. Bildungsweg	Annahme	Konsens	189
AfB Berlin	Antrag 75/II/2022 Faire Arbeitsbedingungen an Volkshochschulen (VHS) – Festanstellung ermöglichen	Annahme	Konsens	189
AG Migration und Vielfalt LDK	Antrag 225/II/2022 Sprach-Kitas retten!	Erledigt bei Annahme 42/II/2022	Konsens	191
KDV Neukölln	Antrag 72/I/2022 Kapitalismus erst ab 14: Gegen Kinderarbeit im Internet!	Erledigt bei Annahme 73/I/2022	Konsens	193
Jusos LDK	Antrag 73/I/2022 Gegen Kinderarbeit im Internet!	Annahme in der Fassung der AK	Konsens	196
KDV Charlottenburg-Wilmersdorf	Antrag 77/II/2022 Kinder und Jugendliche nach Corona unterstützen	Annahme	Konsens	199
KDV Mitte	Antrag 78/II/2022 Unterstützung des Internationalen Tages der Alleinerziehenden	Annahme	Konsens	202
KDV Mitte	Antrag 79/II/2022 Bei häuslicher Gewalt bedarf es zum Schutz des Kindes einer rechtlichen Klarstellung im § 1684 BGB (= Umgangsrecht)	Annahme	Konsens	204
Abt. 10/06 (Kaulsdorf- und Mahlsdorf-Nord)	Antrag 80/II/2022 Elterngeld gerecht gestalten	Überweisen an: FA IV - Kinder Jugend Familie	Konsens	206
FA II - EU-Angelegenheiten	Antrag 48/II/2021 Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der gesamten EU durchsetzen!	zurückgezogen	zurückgezogen	207
Jusos LDK	Antrag 49/II/2021 Rechtsstaatlichkeit in Europa konsequent verteidigen!	zurückgezogen	zurückgezogen	208
KDV Tempelhof-Schöneberg	Antrag 50/II/2021 Rechtsstaatlichkeit in Europa konsequent verteidigen!	zurückgezogen	zurückgezogen	212
Jusos LDK	Antrag 83/II/2022 Vorschläge der EU-Bürger*innen nicht in der Schublade verstauben lassen - Ergebnisse der Zukunftskonferenz jetzt umsetzen!	Annahme	Konsens	216
Jusos LDK	Antrag 84/II/2022 Zwischen „Solidaritätsmechanismus“ und systematischer Haft an den europäischen Außengrenzen	Überweisen an: FA II - EU-Angelegenheiten	Konsens	220
Jusos LDK	Antrag 85/II/2022 Neustart in der Westbalkanpolitik: Wo ein Wille, da auch ein Weg!	Annahme	Konsens	227
KDV Charlottenburg-Wilmersdorf	Antrag 89/II/2022 Bestmögliche Verteidigungsfähigkeit sichern! 100 Mrd. Euro dürfen nur der Ermächtigungsräten sein!	Erledigt bei Annahme 90/II/2022	Konsens	237
KDV Pankow	Antrag 90/II/2022 Europäische Armee voranbringen	Annahme	Konsens	238
FA I - Internationale Politik, Frieden und Entwicklung	Antrag 104/II/2021 Entwicklungszusammenarbeit in der multipolaren Welt: die Bedeutung von Religion berücksichtigen	Annahme in Fassung der AK. Letzter Satz umformuliert: ", um Religionsexpertise für die Strukturen der Partei bereitzustellen."	Dissens	241
Jusos LDK	Antrag 87/I/2022 Für eine Rückgabe von kolonialer Raubkunst	erledigt durch 94/I/2021	Konsens	244

Antragsteller*innen	Antragstitel	Votum Antragskommission	Konsens	Seite
FA I - Internationale Politik, Frieden und Entwicklung	Antrag 88/I/2022 Völkerstrafrecht stärken auf nationaler und internationaler Ebene	Rücküberweisung an Antragsteller	Konsens	245
KDV Friedrichshain-Kreuzberg	Antrag 93/II/2022 Einrichtung einer offiziellen Städtepartnerschaft Berlin – Kyiv	Annahme	Konsens	249
Jusos LDK	Antrag 94/II/2022 Städtepartner*innenschaft Berlin – Kyjiw	Erledigt bei Annahme 93/II/2022	Konsens	250
Abt. 10/04 (Alt-Marzahn)	Antrag 95/II/2022 Nato-Beitritt von Georgien und Moldawien	Überweisen an: FA I - Internationale Politik, Frieden und Entwicklung	Konsens	251#
Jusos LDK	Antrag 96/II/2022 Mehr Unterstützung für Taiwan und stärkerer Einsatz für Beobachterstatus bei WHA & WHO	Annahme	Konsens	251
Abt. 10/06 (Kaulsdorf- und Mahlsdorf-Nord)	Antrag 97/II/2022 Verringerung der Abhängigkeit von China bei der Produktion von Solarzellen	Annahme	Konsens	253
AG Migration und Vielfalt LDK	Antrag 98/II/2022 Jin, Jiyan, Azadi - Frauen, Leben, Freiheit	Annahme in der Fassung der AK	Konsens	253
Jusos LDK	Antrag 99/II/2022 Afghanistan im Anbruch des neuen Jahrzehnts – alte Fehler und Versäumnisse nicht wiederholen	Annahme	Konsens	256
FA I - Internationale Politik, Frieden und Entwicklung	Antrag 100/II/2022 Gleicher Lohn für gleiche Arbeit? (Teil 2) Keine Übervorteilung für Entsandte!	Zurücküberweisung an Antragsteller zur Überarbeitung und Klarstellung	Konsens	260
AG Migration und Vielfalt LDK	Antrag 102/II/2022 Keine Benachteiligung von geflüchteten Menschen durch unausgewogene Energiesparmaßnahmen!	Erledigt bei Annahme Leitantrag	Konsens	262
Jusos LDK	Antrag 103/II/2022 Klimawandel als Fluchtursache anerkennen!	zurückgestellt - Votum AK folgt am 12.11.2022	offen	263
KDV Friedrichshain-Kreuzberg	Antrag 104/II/2022 Schaffung eines Aufenthaltsrechtes nach § 23 Abs. 1 AufenthG für Regimekritiker*innen aus Russland	Annahme in Fassung AK	Konsens	264
Jusos LDK	Antrag 105/II/2022 Geltendes Recht umsetzen - nächtliche Abschiebungen unterlassen	Erledigt bei Annahme 160/II/2022	Konsens	265
AG Migration und Vielfalt LDK	Antrag 106/II/2022 Schaffung eines humanitären Aufnahmeprogramms für schutzbedürftige Bürgerinnen und Bürger Russlands	Erledigt bei Annahme 104/II/2022	Konsens	266
KDV Neukölln	Antrag 160/II/2022 Geltendes Recht umsetzen - nächtliche Abschiebungen unterlassen	Annahme	Konsens	266
AG Migration und Vielfalt LDK	Antrag 107/II/2022 Willkommenskultur stärken, personelle Vielfalt vorleben, Einbürgerungen steigern - die SPD will das neue Landeseinbürgerungszentrum als Leuchtturmprojekt an den Start bringen	Annahme in Fassung AK	Konsens	268 (Teil 6)
KDV Tempelhof-Schöneberg	Antrag 108/II/2022 Einbürgerungen steigern, Willkommenskultur stärken - Das neue Landeseinbürgerungszentrum kraftvoll an den Start bringen	Erledigt bei Annahme 107/II/2022	Konsens	269
KDV Pankow	Antrag 109/II/2022 Personelle Vielfalt vorleben und Einbürgerungen steigern – die SPD will das neue Landeseinbürgerungszentrum als Leuchtturmprojekt an den Start bringen	Erledigt bei Annahme 107/II/2022	Konsens	270
KDV Spandau	Antrag 110/II/2022 Erhöhung der Höchstaufenthaltsdauer von Fachkräften aus Drittstaaten	Annahme	Konsens	272

Antragsteller*innen	Antragstitel	Votum Antragskommission	Konsens	Seite
KDV Spandau	Antrag 111/II/2022 Sprachanforderungen bei teilweiser Anerkennung der Berufsqualifikation bei nicht- reglementierten Berufen an den Bedarf des Arbeitgebers anpassen	Annahme	Konsens	272
KDV Friedrichshain-Kreuzberg	Antrag 112/II/2022 Schnelle unbürokratische Hilfe gemeinsam von Land und Bezirken für Roma Communities!	Annahme	Konsens	274
KDV Mitte	Antrag 113/II/2022 Geflüchteten Zugang zum Arbeitsmarkt verschaffen und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen!	Annahme	Konsens	275
KDV Mitte	Antrag 114/II/2022 Programm zur sprachlichen Förderung von Geflüchteten für den Zugang in den Arbeitsmarkt bei der Berliner Volkshochschule starten	Annahme	Konsens	276
KDV Friedrichshain-Kreuzberg	Antrag 115/II/2022 Ehrenamtliche Geflüchtetenarbeit des Tubman.Network dauerhaft sichern	Annahme in der Fassung der AK	Konsens	277
AG Migration und Vielfalt LDK	Antrag 227/II/2022 Roma Communities brauchen schnelle unbürokratische Hilfe gemeinsam von Land und Bezir- ken!	Erledigt bei Annahme 112/II/2022	Konsens	279
AG Migration und Vielfalt LDK	Antrag 228/II/2022 Für ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht und eine bürgernahe Praxis bei der Einbürgerung	Annahme	Konsens	279
AG Migration und Vielfalt LDK	Antrag 229/II/2022 Für Einbürgerungslots:innen und digitale Einbürgerungsanträge	Annahme	Konsens	281
KDV Pankow	Antrag 111/I/2022 Steuerprivileg für vermietete Immobilien im Privatbesitz beseitigen	Annahme in der Fassung der AK	Konsens	283
Jusos LDK	Antrag 114/I/2022 Erben für alle – Für ein Gesellschaftserbe	Annahme in der Fassung der AK	Konsens	284
KDV Spandau	Antrag 115/I/2022 Produktions-und Humanitärkrisen präventiv verhindern I	Rücküberweisung an Antragsteller	Konsens	291
KDV Spandau	Antrag 116/I/2022 Produktions-und Humanitärkrisen präventiv verhindern II	Annahme in der Fassung der AK	Konsens	292
AG Migration und Vielfalt LDK	Antrag 117/II/2022 Kapitalerträge und Arbeit gleich besteuern, „Steuerlasten gerecht verteilen“	Erledigt bei Annahme 123/II/2022	Konsens	293
KDV Pankow	Antrag 118/II/2022 Dividendenzahlungen von Unternehmen verbieten, die sich vom Staat mit Kurzarbeitergeld helfen lassen	Annahme	Konsens	294
Abt. 03/15 Kollwitzplatz	Antrag 119/II/2022 Dividendenzahlungen von Unternehmen verbieten, die sich vom Staat mit Kurzarbeitergeld hel- fen lassen	Erledigt bei Annahme 118/II/2022	Konsens	296
KDV Spandau	Antrag 120/II/2022 Kein Dividenden und Boni bei Zuschüssen zu Versicherungsleistungen	Erledigt bei Annahme 118/II/2022	Konsens	297
Abt. 10/06 (Kaulsdorf- und Mahlsdorf-Nord)	Antrag 121/II/2022 Körperschaftsteuer wieder auf 25 % anheben	Überweisen an: FA VII - Wirtschaft und Arbeit	Konsens	298
KDV Charlottenburg-Wilmersdorf	Antrag 122/II/2022 Umfassende Beschränkung der sogenannten fortdauernden Amtsausstattung für nachwirkende Aufgaben	Annahme	Konsens	298
KDV Charlottenburg-Wilmersdorf	Antrag 123/II/2022 Kapitalerträge und Arbeit gleich besteuern, „Steuerlasten Gerecht Verteilen“	Annahme	Konsens	300

Antragsteller*innen	Antragstitel	Votum Antragskommission	Konsens	Seite
Abt. 03/15 Kollwitzplatz	Antrag 124/II/2022 Keine Abschreibungen für Nord Stream II zu Lasten der Steuerzahler:innen	Überweisen an: ASJ	Konsens	301
KDV Friedrichshain-Kreuzberg	Antrag 125/II/2022 Gleichstellung von Zahlungsmitteln für öffentliche Leistungen in Berlin	Annahme	Konsens	302
KDV Tempelhof-Schöneberg	Antrag 126/II/2022 Schuldenbremse	Erledigt bei Annahme Leitantrag	Konsens	303
SPDqueer Berlin Landesvorstand	Antrag 127/II/2022 Schnelleren Impfschutz gegen Affenpocken	Annahme	Konsens	305
KDV SPD Steglitz-Zehlendorf + SPD Queer Landesvorstand	Antrag 128/II/2022 Aus Corona und den Affenpocken lernen und Konsequenzen ziehen: Impfkationen durch den Senat niedrigschwellig und effektiv gestalten	Annahme	Konsens	305
ASG Berlin	Antrag 129/II/2022 Reduzierung von Narkosegasen an Berliner Kliniken	Annahme	Konsens	307
Abt. 10/06 (Kaulsdorf- und Mahlsdorf-Nord)	Antrag 130/II/2022 Schwangerschaftsabbruch in Versorgungsauftrag öffentlicher Kliniken	Annahme in der Fassung der AK	Konsens	308
AfA Landesvorstand	Antrag 131/II/2022 Finanzinvestoren raus aus der Gesundheits- und Pflegebranche	Überweisen an: ASG	Konsens	309
Jusos LDK	Antrag 132/II/2022 Mental Health ins 21. Jahrhundert holen!	Annahme	Konsens	310
KDV Friedrichshain-Kreuzberg	Antrag 133/II/2022 Gleichstellung von Gesetzlicher und Privater Krankenversicherung – Änderung des Bundesbe- amtenrechts jetzt!	Annahme	Konsens	312
KDV Charlottenburg-Wilmersdorf	Antrag 134/II/2022 Kostenlose Bereitstellung von Menstruationsartikeln in Schulen, Universitäten und öffentlichen Gebäuden	Erledigt durch Beschlusslage 81/II/2021	Konsens	312
KDV Pankow	Antrag 135/II/2022 Absolutes Werbeverbot für Tabakwaren durchsetzen	Annahme	Konsens	313
KDV Pankow	Antrag 136/II/2022 Zigarettenkonzerne raus aus den Parlamenten und raus aus der SPD - gegen politische Einfluss- nahme und Werbung der Tabakindustrie!	Annahme	Konsens	315
KDV Tempelhof-Schöneberg	Antrag 137/II/2022 Alkoholismus ernstnehmen – Kennzeichnungspflicht für Alkoholhaltige Speisen in der Gastro- nomie	Annahme	Konsens	317
Jusos LDK	Antrag 84/II/2021 Für eine echte Förderung weiblicher und diverser Literatur: Berliner Literaturpreis für Frauen und nicht-binäre Personen!	Annahme	Konsens	318
SPDqueer Berlin Landesvorstand	Antrag 138/II/2022 Trans* liberation now: Für ein echtes Selbstbestimmungsgesetz!	Überweisen an: Landesgruppe	Konsens	320
KDV Friedrichshain-Kreuzberg	Antrag 139/II/2022 Für ein echtes Selbstbestimmungsgesetz!	Erledigt bei Annahme 138/II/2022	Konsens	324
Jusos LDK	Antrag 140/II/2022 Trans* liberation now: Für ein echtes Selbstbestimmungsgesetz!	Erledigt bei Annahme 138/II/2022	Konsens	328
KDV Steglitz-Zehlendorf	Antrag 141/II/2022 Trans* liberation now: Für ein echtes Selbstbestimmungsgesetz!	Erledigt bei Annahme 138/II/2022	Konsens	333
KDV Tempelhof-Schöneberg	Antrag 142/II/2022 Trans* liberation now: Für ein echtes Selbstbestimmungsgesetz!	Erledigt bei Annahme 138/II/2022	Konsens	337
KDV Friedrichshain-Kreuzberg	Antrag 143/II/2022 Sichtbarkeit der LGBTQIA*-Community im öffentlichen Raum verbessern	Annahme und teilw. erledigt durch 49/I/2020	Konsens	339
KDV Pankow	Antrag 144/II/2022 Öffentlichkeitskampagne für das internationale Hilfezeichen bei häuslicher Gewalt	Annahme	Konsens	340

Antragsteller*innen	Antragstitel	Votum Antragskommission	Konsens	Seite
KDV Steglitz-Zehlendorf	Antrag 145/II/2022 Geschlechterneutrale Toiletten in allen öffentlichen Gebäuden	Annahme in der Fassung der AK	Konsens	341
KDV Mitte	Antrag 146/II/2022 Auf in die neue Pornozeit!	Überweisen an: ASF, Forum Netzpolitik	Konsens	342
KDV Friedrichshain-Kreuzberg	Antrag 147/II/2022 Antifeminismus Einhalt gebieten	Annahme	Konsens	347
KDV Mitte	Antrag 148/II/2022 Wirksame Maßnahmen gegen Sexismus und sexuelle Gewalt in Parlamenten endlich umsetzen!	Annahme	Konsens	350
KDV Steglitz-Zehlendorf	Antrag 149/II/2022 Queere Belange sichtbar machen und Interessenvertretung sichern: Für „LSBTI-Beauftragte“ in allen Senatsverwaltungen	Annahme	Konsens	352
ASF Landesvorstand	Antrag 150/II/2022 Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen bei Spitzenpositionen sicherstellen	Erledigt	Konsens	352
Jusos Landesvorstand	Antrag 155/II/2022 Gendergerecht und inklusive Sprache auch im Land Berlin	Annahme in der Fassung der AK	Konsens	353
SPDqueer Berlin Landesvorstand	Antrag 222/II/2022 Queere Belange sichtbar machen und Interessenvertretung sichern: Für „LSBTI-Beauftragte“ in allen Senatsverwaltungen	Erledigt bei Annahme 149/II/2022	Konsens	354
SPDqueer Berlin Landesvorstand	Antrag 223/II/2022 Geschlechterneutrale Toiletten in allen öffentlichen Gebäuden	Erledigt bei Annahme 145/II/2022	Konsens	354
KDV Reinickendorf	Antrag 151/II/2022 Keine Barrieren mehr für niemanden	Erledigt durch Beschlusslage	Konsens	356
AG Selbst Aktiv Berlin	Antrag 152/II/2022 Beteiligungssteuerung und Berichtspflichten für landeseigene Unternehmen ausweiten - Keine Ausgleichsabgaben für niemanden!	Annahme	Konsens	358
AG Selbst Aktiv Berlin	Antrag 153/II/2022 Kein Rückbau barrierefreier Sportanlagen	Annahme	Konsens	360
AG Selbst Aktiv Berlin	Antrag 154/II/2022 Disability Mainstreaming und Disability Budgeting	Annahme	Konsens	362
KDV Mitte	Antrag 156/II/2022 Die Mafia ist keine Marktmarke: Schluss mit der Verharmlosung dieser kriminellen Organisation <i>(Hinweis: im AB fälschlicherweise als 15/II abgedruckt)</i>	Überweisen an: AG Migration und Vielfalt, FA III - Innen- und Rechtspolitik	Konsens	364
KDV Treptow-Köpenick	Antrag 137/I/2022 Digitale Sitzungen der BVV im Bezirksverwaltungsgesetz ermöglichen	Annahme in der Fassung der AK	Konsens	364
Abt. 04/94 Halensee (Charlottenburg-Wilmersdorf)	Antrag 138/I/2022 Zurück in die Vergangenheit - § 8a Bezirksverwaltungsgesetz	Erledigt bei Annahme 137/I/2022	Konsens	366
KDV Lichtenberg	Antrag 139/I/2022 Moderne, familienfreundliche Fraktionssitzungen auf Bezirksebene ermöglichen	Erledigt bei Annahme 137/I/2022	Konsens	368
Jusos LDK	Antrag 157/II/2022 Kolonialverbrechen nicht unter den Teppich kehren – für eine feministische, dekoloniale Erinnerungskultur in Berlin	Annahme in der Fassung der AK	Konsens	370
AfA Landesvorstand	Antrag 158/II/2022 Stiftungen des öffentlichen Rechts auf eine neue gesetzliche Grundlage stellen	Überweisen an: ASJ, FA III - Innen- und Rechtspolitik	Konsens	372
KDV Friedrichshain-Kreuzberg	Antrag 159/II/2022 Für eine faire Berechnung der Tagessätze als Geldstrafe im deutschen Strafrecht	Überweisen an: ASJ	Konsens	373
KDV Steglitz-Zehlendorf	Antrag 161/II/2022 Realitäten anerkennen und Zukunft gestalten: Eine moderne Drogenpolitik für Berlin	Annahme	Konsens	375

Antragsteller*innen	Antragstitel	Votum Antragskommission	Konsens	Seite
Jusos LDK	Antrag 162/II/2022 Realitäten anerkennen und Zukunft gestalten: Endlich eine moderne Drogenpolitik für Berlin entwickeln	Erledigt bei Annahme 161/II/2022	Konsens	377
Jusos LDK	Antrag 163/II/2022 Mehr Polizei bedeutet nicht mehr Sicherheit – Keine Polizeiwache am Kotti!	Annahme in der Fassung der AK	Konsens	380 (Teil 6)
Jusos LDK	Antrag 164/II/2022 Polizei im Umgang mit Betroffenen von sexualisierter Gewalt schulen	Erledigt bei Annahme 165/II/2022	Konsens	382
KDV Reinickendorf	Antrag 165/II/2022 Polizei im Umgang mit Betroffenen von sexualisierter Gewalt schulen	Annahme	Konsens	385
Jusos LDK	Antrag 166/II/2022 Predictive Policing in Europa verbieten	Annahme	Konsens	388
KDV Reinickendorf	Antrag 168/II/2022 Vereinfachung von Strafanzeigen über die Berliner „Internetwache“	Annahme	Konsens	391
KDV Steglitz-Zehlendorf	Antrag 169/II/2022 Echte Gewaltprävention fördern: Datenweitergabe an Anti-Gewalt-Projekte durch die Behörden wieder ermöglichen	Annahme	Konsens	391
KDV Pankow	Antrag 170/II/2022 Laufzeit der Trägerschaft bei Unterkünften für geflüchtete Menschen in Berlin verlängern und Qualitätsmerkmale im Vergabeverfahren stärker berücksichtigen	Annahme	Konsens	392
KDV Charlottenburg-Wilmersdorf	Antrag 171/II/2022 Stärkung von Anlauf- und Beratungsstellen zur Unterstützung für betroffene Angehörige von Anhänger*innen von Verschwörungserzählungen	Annahme	Konsens	394
SPDqueer Berlin Landesvorstand	Antrag 172/II/2022 Echte Gewaltprävention fördern: Datenweitergabe an Anti-Gewalt-Projekte durch die Behörden wieder ermöglichen	Erledigt bei Annahme 169/II/2022	Konsens	395
AG Migration und Vielfalt LDK	Antrag 224/II/2022 Schaffung von Anlauf- und Beratungsstellen zur Unterstützung für betroffene Angehörige von Anhänger:innen von Verschwörungserzählungen	Erledigt bei Annahme 171/II/2022	Konsens	396
KDV Neukölln	Antrag 150/I/2022 Hände weg von den Daten - Kein Big Data für die Polizei!	Annahme in der Fassung der AK	Konsens	397 (Teil 6)
Jusos LDK	Antrag 151/I/2022 Hände weg von den Daten - Kein Big Data für die Polizei!	Erledigt bei Annahme 151/I/2022	Konsens	399
Jusos LDK	Antrag 155/I/2022 Hass auf Telegram – Geltendes Recht auch online durchsetzen	Annahme in der Fassung der AK	Konsens	401 (Teil 6)
Forum Netzpolitik	Antrag 167/II/2022 Sichere, digitale und einfache Interaktion mit Ämtern - Ende der digitalen Verwaltungssteinzeit	Annahme in der Fassung der AK	Konsens	403
KDV Tempelhof-Schöneberg	Antrag 156/I/2022 Sicherung der Kulturfinanzierung in Berlin	Überweisen an: FA XII Kulturpolitik	Konsens	406
KDV Steglitz-Zehlendorf	Antrag 173/II/2022 Anträge zur ARD ZDF Deutschlandradio Beitragsservice (ehemals GEZ)-Befreiung werden nicht umsonst gestellt: Kostenfreie Antragsstellung ermöglichen	Annahme	Konsens	407
Jusos LDK	Antrag 174/II/2022 Für Medien ohne Kapitalismus: Öffentlich-rechtlichen Rundfunk zukunftssicher und gerecht finanzieren	Überweisen an: FA III - Innen- und Rechtspolitik, FA XII Kulturpolitik	Konsens	408
KDV Neukölln	Antrag 175/II/2022 Öffentlich-rechtlichen Rundfunk reformieren und stärken	Annahme	Konsens	411

Antragsteller*innen	Antragstitel	Votum Antragskommission	Konsens	Seite
KDV Mitte	Antrag 176/II/2022 Öffnungszeiten der öffentlichen Bibliotheken verlängern	Erledigt durch 209/I/2019 und tätiges handeln Rahmenkonzept Bibliotheksentwicklungsplan	Dissens	413
KDV Pankow	Antrag 177/II/2022 Berliner Staatschor diskriminierungsfrei	Überweisen an: FA XII Kulturpolitik + ASF	Konsens	414
Neufassung zu den Anträgen 169/I/2022 + 179/II/2022 und 190/II/2022	Antrag 169.1/II/2022 Klimafreundlich und sozial gerecht: Turbo anwerfen für die Mobilitätswende in Berlin!	Annahme	Konsens	TV Teil 6
Jusos LDK	Antrag 169/I/2022 Klimafreundlich und sozial gerecht: Turbo anwerfen für die Mobilitätswende in Berlin!	Erledigt bei Annahme Neufassung 169.1.2022	Konsens	416
KDV Steglitz-Zehlendorf	Antrag 179/II/2022 Verkehrswende jetzt	Erledigt bei Annahme Neufassung 169.1.2022	konsens	431
KDV Steglitz-Zehlendorf + FA XI - Mobilität	Antrag 180/II/2022 Güterverkehr aus einem Guss – Kein Verkauf der DB Schenker!	Annahme	Konsens	432
KDV Friedrichshain-Kreuzberg	Antrag 182/II/2022 DB Schenker nicht verkaufen	Erledigt bei Annahme 180/II/2022	Konsens	433
AG 60plus Landesvorstand	Antrag 183/II/2022 Einführung eines bundesweiten 365e Tickets für den ÖPNV	Erledigt bei Annahme Leitantrag	Konsens	433
FA XI - Mobilität	Antrag 184/II/2022 BVG-Mobilitätsplattform „Jelbi“ weiterentwickeln - Ziele setzen für „Mobilität für alle“	Annahme	Konsens	434
KDV Charlottenburg-Wilmersdorf	Antrag 185/II/2022 Per Express in die City-West: Bringt die Buslinie X9 zurück!	Annahme	Konsens	436
KDV Charlottenburg-Wilmersdorf	Antrag 186/II/2022 Maximilians- Quartier Forckenbeckstr. an den ÖPNV anbinden	Annahme	Konsens	436
Abt. 10/06 (Kaulsdorf- und Mahlsdorf-Nord)	Antrag 187/II/2022 Ausbau der Ostbahn für den Güterverkehr – Belange der Marzahn-Hellersdorfer/innen berücksichtigen	Annahme	Konsens	437
KDV Charlottenburg-Wilmersdorf	Antrag 188/II/2022 Zu Fuß, mit dem Rad und mit dem Auto: auf dem Mierendorffplatz endlich Verkehrssicherheit schaffen!	Überweisung an AGH-Fraktion	Konsens	438
KDV Reinickendorf	Antrag 189/II/2022 BER-Taxis die Rückbeförderung ermöglichen	Überweisen an: FA VII - Wirtschaft und Arbeit, FA XI - Mobilität	Konsens	439
KDV Friedrichshain-Kreuzberg	Antrag 190/II/2022 Von der autogerechten zur menschengerechten Stadt	Erledigt bei Annahme Neufassung 169.1.2022	Konsens	439
KDV Friedrichshain-Kreuzberg	Antrag 191/II/2022 Menschen mit A100 nicht alleinlassen – Verkehrskonzept sofort entwickeln	Annahme in der Fassung der AK	Konsens	440
KDV Spandau	Antrag 192/II/2022 Transeuropäischen Bahnverkehr stärken	Annahme	Konsens	441
Jusos LDK	Antrag 295/II/2019 Ausweitung des Pfandsystems	Rücküberweisung an Antragsteller:in zur Aktualisierung in Zusammenarbeit mit dem FA X	Konsens	443
Jusos LDK	Antrag 101/I/2021 Changing Climate - Changing Taxes: Für die sozial-ökologische Transformation die CO2-Steuer weiterentwickeln	Rücküberweisung an Antragsteller:in zur Aktualisierung	Konsens	445

Antragsteller*innen	Antragstitel	Votum Antragskommission	Konsens	Seite
FA X - Natur, Energie, Umweltschutz	Antrag 184/I/2022 Mehr naturverträgliches und klimaresilientes Bauen in Berlin	Überweisung an: FA VIII - Soziale Stadt, FA X - Natur, Energie, Umweltschutz wird aufrecht erhalten	Konsens	449
FA X - Natur, Energie, Umweltschutz	Antrag 189/I/2022 Keine Auftaumittel beim Winterdienst auf öffentlichen Radwegen	Erledigt	Konsens	451
KDV Charlottenburg-Wilmersdorf	Antrag 195/II/2022 Energiepreisdeckelung auch für Heizenergie	Erledigt durch tätiges Handeln	Konsens	452
KDV Pankow	Antrag 196/II/2022 Stärkung des Verbrauchsprinzips bei Heizkosten in Berlin und im Bund - Anreize fürs Energie- sparen schaffen, mehr Gerechtigkeit herstellen	Erledigt bei Annahme Leitantrag	Konsens	453
Abt. 10/06 (Kaulsdorf- und Mahlsdorf-Nord)	Antrag 197/II/2022 Verlängerung der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern und Atomkraft unbedingt vermei- den!	Erledigt bei Annahme Leitantrag	Konsens	455
Abt. 10/06 (Kaulsdorf- und Mahlsdorf-Nord)	Antrag 198/II/2022 Wirksamer Umweltschutz durch dezentrale Energieversorgung unter Nutzung von Biogas - Technologie	Erledigt bei Annahme Leitantrag	Konsens	455
KDV Neukölln	Antrag 199/II/2022 Verstetigung der Energieeinsparungen	Erledigt bei Annahme Leitantrag	Konsens	455
KDV Spandau	Antrag 200/II/2022 Energie- und wassersparende Armaturen sollen sukzessive herkömmliche Armaturen in Neu- bauten und im Einzelhandel ersetzen	Annahme	Konsens	456
KDV Neukölln	Antrag 201/II/2022 CO2-Einsparpotenziale der Straßenbahntechnologie nutzen	Überweisen an: FA XI - Mobilität	Konsens	457
Jusos LDK	Antrag 202/II/2022 Wasser schützen!	Überweisen an: FA X - Natur, Energie, Umweltschutz	Konsens	458
KDV Friedrichshain-Kreuzberg	Antrag 203/II/2022 Für eine klimagerechtere Grünflächen-Pflege	Annahme in der Fassung der AK	Konsens	464
KDV Mitte	Antrag 204/II/2022 Mehr Personal für die Klimaneutralität	Annahme	Konsens	465
KDV Reinickendorf	Antrag 205/II/2022 Berlin braucht eine neue Waldbaurichtlinie – für einen klimafesten Wald	Überweisen an: FA X - Natur, Energie, Umweltschutz	Konsens	466
KDV Pankow	Antrag 206/II/2022 Senkung der Umsatzsteuer für Elektrizität auf 7 Prozent und Abschaffung der Stromsteuer	Erledigt bei Annahme Leitantrag	Konsens	468
Jusos LDK	Antrag 207/II/2022 Jenseits von Wasserstoffträumen – Endverbraucher*innen aller Länder, elektrifiziert euch!	Überweisen an: FA X - Natur, Energie, Umweltschutz	Konsens	469
Jusos LDK	Antrag 208/II/2022 Mehr Klimaschutz durch mehr Gender Empowerment!	Annahme	Konsens	471
Abt. 11/04 (Alt-Lichtenberg)	Antrag 209/II/2022 Tierschutz ist kein Nullsummenspiel – für ein Wildtierkompetenzzentrum in Berlin	Annahme	Konsens	473
KDV Friedrichshain-Kreuzberg	Antrag 210/II/2022 Tierschutz ist kein Nullsummenspiel – für ein Wildtierkompetenzzentrum in Berlin	Erledigt bei Annahme 209/II/2022	Konsens	474
Jusos LDK	Antrag 211/II/2022 Clubkultur auch für das Klima	Überweisen an: FA X - Natur, Energie, Umweltschutz	Konsens	475
KDV Tempelhof-Schöneberg	Antrag 212/II/2022 Berliner Bäder Freibadabdeckungen	Annahme	Konsens	480

Antragsteller*innen	Antragstitel	Votum Antragskommission	Konsens	Seite
KDV Mitte	Antrag 196/I/2022 Gegen Armutsdiskriminierung in der häuslichen Pflege- für eine dauerhafte Erhöhung der Pfl- gehilfsmittelpauschale!	Annahme in der Fassung der AK	Konsens	481
KDV Pankow	Antrag 213/II/2022 #stayathome auch für Menschen, die keine eigenen vier Wände haben – Gesundheitsschutz und medizinische Versorgung darf nicht von Wohnraum abhängig sein (II)	Annahme	Konsens	482
KDV Pankow	Antrag 214/II/2022 #stayathome auch für Menschen, die keine eigenen vier Wände haben – Gesundheitsschutz und medizinische Versorgung darf nicht von Wohnraum abhängig sein (I)	Annahme	Konsens	484
KDV Mitte	Antrag 215/II/2022 You'll never walk alone – Ein sozialdemokratischer Weg aus der Armut	Erledigt bei Annahme Leitantrag	Konsens	486
KDV Pankow	Antrag 216/II/2022 Hitzehilfe jetzt! Nicht nur im Winter benötigen obdachlose Menschen niedrigschwellige Hilfe	Erledigt bei Annahme Leitantrag	Konsens	495
Jusos LDK	Antrag 217/II/2022 Coronafolgen bekämpfen – Perspektiven für junge Menschen schaffen	Überweisen an: ASJ, FA II - EU-Angelegenheiten	Konsens	497
KDV Pankow	Antrag 218/II/2022 Aufhebung oder Senkung von Einkommensanrechnungen auf Witwen-/Witwerrenten	Überweisen an: ASJ, FA IX - Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz	Konsens	504
KDV Mitte	Antrag 199/I/2022 Gender Pay Gap im Sport: Jetzt konsequent bekämpfen!	Annahme in der Fassung der AK	Konsens	507
KDV Pankow	Antrag 200/I/2022 Don't play with human rights – Kein Eigentor für Menschenrechte: Demokratisierung von Inter- nationalen Sportverbänden	Annahme	Konsens	509
KDV Treptow-Köpenick	Antrag 201/I/2022 Politisches Bezirksamt	Erledigt durch Beschlusslage	Konsens	513
KDV Mitte	Antrag 202/I/2022 Ausweitung des Wahlrechts zum Bundestag	Rücküberweisung an Antragsteller	Konsens	514
KDV Charlottenburg-Wilmersdorf + AG Migration und Vielfalt LDK	Antrag 220/II/2022 Bundesinitiative für Kommunales Wahlrecht für Nicht-Eu-Bürger*innen, "Alle Stimmen Hören"	Überweisen an: ASJ	Konsens	516
KDV Spandau	Antrag 221/II/2022 Stimmabgabe für Auslandsdeutsche in Konsulaten und Botschaften möglich machen	Annahme	Konsens	517
Landesvorstand	Antrag 230/II/2022 Konsensliste	Annahme	Konsens	518

Leitantrag**Antrag 02/II/2022****Landesvorstand / Fassung Antragskommission****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Konsens)****Wir bringen Berlin gut und solidarisch durch die Krise****1. Berlin packt das**

2 Viele Berlinerinnen und Berliner sind in Sorge, die stark ge-
3 stiegenen Lebenshaltungskosten in diesem Winter nicht
4 mehr zahlen zu können. Vor allem die Preise für Energie
5 und Lebensmittel haben sich massiv verteuert. Wir wer-
6 den alles dafür tun, um Berlin gut durch diese Zeit zu brin-
7 gen – niemand wird allein gelassen, wir bleiben beieinan-
8 der!

9

10 Der Auslöser für die Preiskrise ist Russlands Krieg ge-
11 gen die Ukraine und damit verbundene Spekulationen
12 auf verschiedenen Märkten. Wir verurteilen den völker-
13 rechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukrai-
14 ne. Unsere uneingeschränkte Solidarität gilt der souve-
15 ränen Ukraine und den Menschen in und aus der Ukrai-
16 ne. Dieser gravierende Bruch mit der internationalen Frie-
17 densordnung ist durch Nichts zu rechtfertigen. Die global-
18 en Auswirkungen insbesondere im globalen Süden sehen
19 wir mit größter Sorge und werden daher bei der Bewälti-
20 gung der Krise immer auch diese Perspektive mitdenken
21 und fordern dies national und europäisch ein.

22

23 Die hohen Preise für Energie, Lebensmittel und viele wei-
24 tere Waren des täglichen Bedarfs treffen vor allem Haus-
25 halte mit geringem und mittlerem Einkommen hart. Be-
26 sonders betroffen sind Alleinerziehende, Auszubildende
27 und Studierende, Empfänger*innen von Sozialleistungen,
28 obdachlose Menschen, Rentner*innen, Frauen mit gerin-
29 gem Einkommen, Familien mit Kindern und Menschen
30 mit Behinderungen und chronischer Erkrankungen. Hin-
31 zu kommt, dass viele noch immer unter den Folgen der
32 Corona-Pandemie leiden. Zu den Folgen der Pandemie
33 zählt, dass deutlich mehr Mütter als Väter ihre wöchent-
34 liche Arbeitszeit reduziert haben, um die häusliche Care-
35 Arbeit zu übernehmen und Betreuungsengpässe durch
36 Kita- und Schulschließungen aufzufangen. Wir widerset-
37 zen uns der Re-Traditionalisierung der Geschlechterrollen.
38 Wir setzen uns energisch für eine bessere Vereinbarkeit
39 von Familie und Beruf und flexiblere Arbeitszeitmodelle
40 ein.

41

42 Die Angst vor Verarmung reicht bis weit in die Mittel-
43 schicht. Armut ist ein schleicher, zermürbender Pro-
44 zess. Armut führt zu Einsamkeit, zu Momenten der Verle-
45 genheit. Armut grenzt aus, Armut macht krank. Im Bund
46 und im Land sind Maßnahmen notwendig, die Menschen
47 mit niedrigen und mittleren Einkommen erreichen und ih-
48 nen soziale und ökonomische Sicherheit geben.

49

50 Menschen mit geringem Einkommen haben oft keine
51 Rücklagen und auch kein weiteres Einsparpotenzial in ih-
52 rem Budget. Und die individuellen Energiesparmöglich-
53 keiten von Mieter*innen sind begrenzt. Sie sind aber von
54 steigenden Energiepreisen überproportional betroffen.

55

56 Die hohe einseitige Abhängigkeit Deutschlands von Ener-
57 gielieferungen aus Russland hat sich als strategischer Feh-
58 ler der vergangenen Jahrzehnte herausgestellt und führt
59 dazu, dass wir die Folgen heute zu spüren bekommen:
60 Russland setzt seine Energielieferungen als Druckmittel
61 ein. Die Preise steigen unter anderem infolge des durch
62 Russland verknappten Angebots und unsere Versorgungs-
63 sicherheit ist gefährdet. Wir müssen uns aus der Abhän-
64 gigkeit von russischem Erdgas schnellstmöglich befreien
65 und unsere Energieversorgung noch zügiger klima- und
66 sozialgerecht umbauen.

67

68 Die hohen Energiepreise wirken sich auch negativ auf ei-
69 nen Großteil unserer Wirtschaft aus, die zusätzlich noch
70 immer unter den Folgen der Corona-Pandemie leidet. Ei-
71 nige Branchen sind besonders betroffen, wie zum Beispiel
72 das Baugewerbe, der lokale Einzelhandel, Bäckereien, Wä-
73 schereien, Fleischereien oder die fertigende Industrie. Zur
74 Wahrheit gehört aber auch: Manche Unternehmen ma-
75 chen krisenbedingt überhöhte Gewinne, profitieren von
76 den gestiegenen Preisen oder nutzen die Krise für Preis-
77 erhöhungen aus.

78

79 In dieser Lage gilt es, solidarisch zusammenzustehen! Ge-
80 meinsam schaffen wir es in Berlin, diese Krise zu bewäl-
81 tigen. Wir lassen niemanden im Stich. Bereits im Som-
82 mer haben wir weitere Entlastungen gefordert und da-
83 bei deutlich gemacht, dass das Land Berlin bereit ist, sei-
84 nen Anteil zu leisten. Und wir haben uns konkret für eine
85 Anschlusslösung für das Neun-Euro-Ticket stark gemacht.
86 Beides hat ganz wesentlich dazu beigetragen, dass nach
87 dem Sommer auf Bundesebene weitere Entlastungen dis-
88 kutiert und beschlossen wurden.

89

90 Wir sorgen weiterhin dafür, dass alle, die Hilfe benötigen,
91 die notwendige Unterstützung erhalten und soziale Här-
92 ten abgefedert werden – im Bund, hier im Land Berlin und
93 vor Ort in den Bezirken. Das Leben muss leistbar bleiben
94 und die gesellschaftliche Teilhabe aller ermöglicht wer-
95 den. Wir unterstützen unsere Unternehmen und Betriebe,
96 um die Arbeitsplätze zu erhalten. Berlin packt das!

97

98 **2. Wir wollen, dass alle gut und dauerhaft durch die Krise**
99 **kommen**

100

101 Wir wollen in dieser Zeit all diejenigen Menschen errei-
102 chen, die jetzt Unterstützung brauchen – niemand darf
103 vergessen werden. Die gestiegenen Preise werden auf ab-
sehbarer Zeit hoch bleiben. Die Menschen müssen also

104 dauerhaft mehr Geld im Portemonnaie haben, um die
105 dauerhaft höheren Kosten tragen zu können. Die Erhö-
106 hung des bundesweiten gesetzlichen Mindestlohns auf
107 12 Euro ist ein wichtiger Schritt – bei weiterhin schnell
108 steigenden Preisen müssen aber weitere Erhöhungen fol-
109 gen. Den Berliner Landesmindestlohn haben wir in die-
110 sem Jahr bereits auf 13 Euro erhöht. Die Erhöhung des Ver-
111 gabemindeststundenentgelts auf 13 Euro wird folgen. Da-
112 her unterstützen wir die Forderungen der Gewerkschaf-
113 ten nach substanziellen Lohnerhöhungen über das Infla-
114 tionsniveau, um dem Reallohnverlust entgegen zu tre-
115 ten und stehen solidarisch mit den Beschäftigten im Ar-
116 beitskampf. Lohnerhöhungen sind gerade in den unte-
117 ren und mittleren Einkommensgruppen dringend erfor-
118 derlich. Auch die neue EU-Richtlinie für angemessene
119 Mindestlöhne unterstützt diesen Aufwärtstrend. Sozial-
120 leistungen und Transferzahlungen müssen schnellstmög-
121 lich an die gestiegenen Preise angepasst, Armut bekämpft
122 und Verarmung verhindert werden. Diejenigen, die sowie-
123 so schon über besonders wenig Geld verfügen, müssen
124 deshalb weiter gezielt entlastet werden. Der Staat profi-
125 tiert von den steigenden Preisen durch höhere Steuerein-
126 nahmen – finanzielle Mittel müssen für weitere Entlas-
127 tungen verwendet werden.

128

129 Obdachlose Menschen sind oft diejenigen, die Krisen am
130 härtesten treffen. Sie profitieren weniger als andere Men-
131 schen von den vielen Entlastungsmaßnahmen der Bun-
132 desregierung oder des Berliner Senats. Gleichzeitig spü-
133 ren sie die Folgen stärker: Weniger Spenden und teurere
134 Lebensmittelpreise.

135

136 Mit dem Netzwerk der Wärme schaffen wir zusätzliche
137 Anlauforte für diesen Winter.

138

139 In Berlin haben wir als SPD bereits seit längeren Ent-
140 lastungen für Familien mit kleinen und mittleren Ein-
141 kommen durchgesetzt, zum Beispiel mit dem kostenlo-
142 sen Schülerticket, gebührenfreien Kitas, gebührenfreiem
143 Schulhort, kostenlosem Mittagessen oder der Lernmittel-
144 freiheit. Diese soziale Politik werden wir fortsetzen, damit
145 das Leben in Berlin bezahlbar bleibt. Wir setzen uns lang-
146 fristig dafür ein, die Hortgebührenfreiheit auf alle Grund-
147 schulklassen auszuweiten und Lernmittelfreiheit und kos-
148 tenbeteiligungsfreies Mittagessen auch für die Sekundar-
149 stufen verfügbar machen. Das kostenlose Schüler*innen-
150 ticket für den ÖPNV soll auch für Schüler*innen des zwei-
151 ten Bildungsweges gelten.

152

153 Wir setzen uns aktiv auch für die Entlastung der Pflege-
154 bedürftigen und ihrer Angehörigen ein. Erheblich belastet
155 sind auch Menschen mit Beeinträchtigungen und chro-
156 nisch Erkrankte. Diese sind nicht in der Lage, selbst Ener-
157 gieeinsparungen vorzunehmen oder Rücklagen für diese
158 Zusatzkosten einzubringen, da sie schon jetzt durch er-

159 hebliche Zuzahlungen zu den Kosten ihrer Pflege belastet
160 sind.

161

162 Auch viele Unternehmen sind jetzt auf Unterstützung an-
163 gewiesen. Ihre Versorgung mit Energie und Rohstoffen
164 muss gesichert bleiben. Wir müssen verhindern, dass Ar-
165 beitsplätze verloren gehen und Investitionen ausbleiben.
166 Deshalb braucht es zielgenaue Stabilisierungsprogramme
167 für Betriebe in Form von schnell verfügbaren Darlehen
168 und Zuschüssen des Bundes, die durch Maßnahmen des
169 Landes ergänzt werden. Weiterhin müssen krisenerprobte
170 arbeitsmarktpolitische Instrumente wie zum Beispiel das
171 Kurzarbeitergeld verlängert werden.

172

173 Diese Krise können wir nur solidarisch und nur gemein-
174 sam bewältigen. Das heißt auch: Die Belastungen von
175 Bund, Ländern, Unternehmen und der Bevölkerung müs-
176 sen gerecht auf viele Schultern verteilt werden. Und starke
177 Schultern müssen mehr tragen. Deshalb müssen Überge-
178 winne abgeschöpft werden und deshalb werden wir uns
179 im Bund weiterhin für die Erhebung einer verfassungs-
180 konformen Vermögenssteuer sowie einer einmaligen Ver-
181 mögensabgabe auf besonders hohe Privatvermögen, eine
182 Erhöhung der Erbschaftssteuer sowie die Einführung ei-
183 ner Finanztransaktionssteuer und der von der OECD vor-
184 geschlagenen globalen Mindeststeuer für Großunterneh-
185 men einsetzen. Die Idee eines Energie-Solis soll geprüft
186 werden.

187

188 Die angespannte Lage bei unserer Energieversorgung und
189 unsere Abhängigkeit von Russland machen deutlich: Wir
190 müssen Energie einsparen, energieeffizienter werden und
191 unsere Energieversorgung noch viel schneller klimage-
192 recht umbauen. Damit erhöhen wir auch unsere Versor-
193 gungssicherheit. Beim notwendigen massiven Ausbau der
194 erneuerbaren Energien müssen auch die unionsregier-
195 ten Bundesländer endlich ihrer aktuellen Verantwortung
196 nachkommen und den Ausbau schneller vorantreiben.

197

198 Für uns ist klar: In der Krise spart man nicht! Im Zuge der
199 Krise fordern wir eine weitere Aussetzung der Schulden-
200bremse im Jahr 2023 und bekräftigen unsere Beschlussla-
201 ge, sie abzuschaffen. Im Land Berlin werden wir bei un-
202 serer Haushaltspolitik weiterhin einen Schwerpunkt auf
203 Investitionen in die Zukunft Berlins setzen. Entlastungen
204 dürfen nicht gegen Investitionen ausgespielt werden. Wir
205 investieren in Berlin in bezahlbaren Wohnraum, in Bil-
206 dung, in eine moderne Infrastruktur, in klimagerechte Mo-
207 bilität und in Energieeffizienzmaßnahmen. Wir werden
208 den Neustart der Berliner Wirtschaft für gute Arbeitsplät-
209 ze weiter vorantreiben.

210

211 **3. „You’ll never walk alone“ – Niemand wird allein gelas-**
212 **sen!**

213 Die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung mit

214 Bundeskanzler Olaf Scholz hat auf die Krise mit inzwi-
215 schen drei Entlastungspaketen schnell und entschlossen
216 reagiert. Viele Maßnahmen waren und sind eine echte
217 Unterstützung für die Bürger*innen und die Unterneh-
218 men.

219

220 Mit den Einmalzahlungen wie der Energiepreispauscha-
221 le oder dem Heizkostenzuschuss wurde schnell gehol-
222 fen. Auf berechnete Kritik, wie beispielsweise darauf, dass
223 Rentner*innen bei der einmaligen Energiepreispauscha-
224 le ausgenommen waren, wurde mit dem dritten Entlas-
225 tungspaket reagiert. Mit Entlastungen bei der Einkom-
226 menssteuer, Abgaben-Entlastungen für niedrige Einkom-
227 men, der Kindergelderhöhung, der vereinbarten Auswei-
228 tung des Wohngelds oder dem Bürgergeld werden viele
229 Menschen dauerhaft mehr Geld zur Verfügung haben. Wir
230 werden uns im Bundesrat und über unsere Berliner Vertre-
231 ter*innen in der Regierungskoalition dafür einsetzen, dass
232 die Entlastungen nicht durch neue Belastungen aufgehoben
233 werden werden.

234

235 Die Bundesregierung hat mit der Mehrwertsteuersenkung
236 auf Gas schnell eine preiswirksame Maßnahme
237 ergriffen, um Gaspreissteigerungen abzufedern – diese
238 Steuersenkung muss nun vollständig an die Verbraucher*innen
239 weitergegeben werden.

240

241 Auch im Land Berlin hat die SPD-geführte Koalition schnell
242 auf die Kriegsfolgen und die Preiskrise reagiert. Bei der
243 Aufstellung des Doppelhaushalts haben wir bereits mit
244 der Energiekostenrücklage in einem Krisenfonds mit ins-
245 gesamt 380 Mio. Euro für steigende Energiekosten vorge-
246 sorgt.

247

248 Berlin leistet humanitäre Hilfe für die Ukraine. Seit Beginn
249 des Krieges sind über 330.000 geflüchtete Menschen aus
250 der Ukraine in Berlin erstversorgt worden. Viele von ihnen
251 leben seitdem in unserer Stadt. Auch und insbesondere in
252 Krisenzeiten muss Berlin für sie und andere geflüchtete
253 Menschen ein sicherer Zufluchtsort bleiben.

254

255 In Berlin unterstützen wir gezielt und ergänzen die auf
256 Bundesebene vereinbarten Maßnahmen mit dem Berliner
257 Entlastungspaket. Wir fordern den Senat auf, schnellst-
258 möglich einen Nachtragshaushalt in Höhe von bis zu 1,5
259 Milliarden Euro für die Bewältigung der Krise vorzulegen,
260 um als Land Berlin handlungsfähig zu bleiben. Das Land
261 Berlin wird sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass die
262 in Bund und Ländern angestrebten Kosten der Entlastung
263 gerecht verteilt werden.

264

265 Mit dem 29-Euro-Ticket als Überbrückungsangebot zum
266 bundesweiten Anschlussticket für das 9-Euro-Ticket ent-
267 lasten wir die Berliner*innen ganz konkret von Oktober
268 bis Dezember und ermöglichen in ganz Berlin eine kos-

269 tengünstige und klimafreundliche Mobilität. Wir setzen
270 uns für die Fortsetzung des Berliner 29-Euro-Tickets über
271 den März 2023 hinaus ein. Ein Härtefallfonds soll bei aku-
272 ten Fällen von Energieschulden helfen. Wir wollen ins-
273 besondere private Haushalte mit niedrigem und middle-
274 rem Einkommen entlasten, um die gestiegenen Energie-
275 kosten abzufedern. Dies soll mit einem Energiekostenzu-
276 schuss oder einem Stromrabatt ermöglicht werden. Jede*r
277 soll durch den Winter kommen, ohne hungrig im Dunklen
278 oder Kalten zu sitzen. Niemand soll in Berlin Angst haben
279 müssen, sich die Wohnung, Strom und Gas oder den Le-
280 bensunterhalt nicht mehr leisten zu können. Wir begrü-
281 ßen, dass der Berliner Senat ein Kündigungsmoratorium
282 bei den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften um-
283 gesetzt hat, und fordern den Senat auf, sich auf Bundes-
284 ebene dafür einzusetzen, dass ein generelles Kündigungs-
285 moratorium für Mieter*innen erreicht wird.

286

287 Der SPD-geführte Senat setzt sich dafür ein, den Unter-
288 nehmen in Berlin in der Krise zu helfen, um so die Ar-
289 beitsplätze und die Wirtschaftskraft zu erhalten. Genau-
290 so wichtig ist für uns, die soziale Infrastruktur, soziale
291 Einrichtungen und Träger zu unterstützen, damit sie ihre
292 Angebote aufrechterhalten können: Keine soziale Einrich-
293 tung darf aufgrund der Energiepreise geschlossen wer-
294 den. Nicht zuletzt geht es in der Berliner Landespolitik und
295 in den Bezirken auch darum, dass die beschlossenen Maß-
296 nahmen zügig umgesetzt werden und die Unterstützung
297 bei den Menschen ankommt.

298

299 Auch Bildungseinrichtungen müssen vor steigenden En-
300 ergiepreisen geschützt werden. Die Hochschulen müssen
301 als Raum für Studierende offen bleiben. Wir dürfen nicht
302 zulassen, dass eine weitere Krise auf dem Rücken von Stu-
303 dierenden ausgetragen wird. Auch dafür wollen wir mit
304 unserem Berliner Entlastungspaket Sorge tragen.

305

306 **4. Wir führen Berlin durch die Krise und unterstützen ge-** 307 **zielt**

308 a) Energieversorgung, Energiepreise und Energieein-
309 sparungen

310 Schon lange ist uns klar: Um die weltweite Klimaerwär-
311 mung zu bremsen, müssen wir aus der fossilen Energie-
312 nutzung aussteigen. Die Lehre aus der aktuellen Ener-
313 giekrise ist, dass wir unsere Energieversorgung schnellst-
314 möglich und grundlegend umbauen und unseren Ver-
315 brauch an fossiler Energie reduzieren müssen, um eine
316 Energiemangellage zu vermeiden. Wir müssen insgesamt
317 weniger verbrauchen. Das spart Geld, das schont die Res-
318 sourcen und das schützt das Klima.

319

320 Mit dem **Energiespar-Paket** des Landes Berlin hat der Se-
321 nat zehn konkrete Maßnahmen beschlossen, um im öf-
322 fentlichen Sektor mindestens zehn Prozent an Energie ein-
323 zusparen und diese Einsparungen auch über März 2023

324 hinaus grundsätzlich zu verstetigen. Damit nimmt Ber-
325 lin in Deutschland eine Vorreiterrolle ein. Wir empfehlen
326 Berliner Unternehmen, Einrichtungen und Privathaushal-
327 ten diesem Beispiel so weit wie möglich zu folgen. Mit
328 der Charta „Wirtschaft spart Energie“ hat sich die Berli-
329 ner Wirtschaft bereits selbst dazu verpflichtet, mindes-
330 tens 10 Prozent Energie einzusparen. Auch in Privathaus-
331 halten kann oft noch mit einfachen Maßnahmen viel En-
332 ergie eingespart werden. Hilfe beim Energieeinsparen gibt
333 es u.a. bei der Energieberatung der Verbraucherzentrale
334 Berlin.

335

336 Uns ist aber auch bewusst, dass viele Haushalte mit nied-
337 rigem Einkommen bereits vor der aktuellen Krise alle Ein-
338 sparpotenziale genutzt haben – diese Haushalte haben
339 nun keine Spielräume mehr für weitere Einsparungen und
340 benötigen deshalb Hilfe und Unterstützung. Der **Berliner**
341 **Härtefallfonds** soll bei akuten Fällen schnell und unbüro-
342 kratisch helfen, damit in diesem Winter niemandem der
343 Strom oder die Heizung abgestellt wird.

344

345 Auf den **Energiemärkten** müssen Mitnahmeeffekte ver-
346 hindert werden. Auf dem Strommarkt muss auf EU-Ebene
347 durch eine Änderung des Strommarktdesigns das Merit-
348 Order-Prinzip überarbeitet werden, damit von den Preis-
349 steigerungen wenig betroffene Produzenten ihren Strom
350 nicht zu überhöhten Preisen verkaufen können. Die im
351 September von der EU-Kommission vorgeschlagenen Not-
352 fallmaßnahmen zur Deckelung der Strompreise und zur
353 Umverteilung der Gewinnüberschüsse gehen in die rich-
354 tige Richtung.

355

356 Die **Strompreisbremse** und die **Gaspreisbremse** für den
357 Basisverbrauch, die auf Bundesebene vorgesehen sind,
358 müssen in dieser Heizperiode (2022/23) bei den Bürger*in-
359 nen ankommen. Um dies zu finanzieren, muss die Schul-
360 denbremse ausgesetzt werden. Wir fordern vom Bund er-
361 gänzend zu den bisher beschlossenen Maßnahmen die
362 Einführung eines **Energiepreisdeckels** auf den Grundver-
363 brauch für die **Fernwärme**.

364

365 Wir bauen unsere **Energieversorgung klimagerecht** um.
366 Berlin muss deutlich konsequenter die Erzeugung von er-
367 neuerbaren Energien vorantreiben. Mit dem Berliner So-
368 largesetz und dem **Berliner Klimaschutz- und Energie-**
369 **wendegesetz** wurde für die Nutzung der Solarenergie der
370 richtige Weg eingeschlagen. Dies muss genauso konse-
371 quent und kurzfristig für den Ausbau der Windenergie,
372 der Geothermie und dem Einsatz von Abwärme gelten.
373 Hier hat die Stadt einen sehr hohen Nachholbedarf. Es
374 ist kurzfristig zu prüfen, ob aus dem Berliner Hausmüll
375 (inkl. Geschäftsmüll) hergestellte Ersatzbrennstoffe für
376 die Erzeugung der Berliner Fernwärme (in Kraft-Wärme-
377 Kopplung) sinnvoll genutzt werden können. Darüber hin-
378 aus hat der Berliner Senat die von der Berliner SPD erar-

379 beitet **Wasserstoff-Strategie** voranzubringen, damit sie
380 baldmöglichst mit Brandenburg gemeinsam, in Umset-
381 zung kommt.

382

383 Die **Fernwärme** ist ein wichtiger Baustein bei der not-
384 wendigen Wärmewende. Wir streben – wie im Koaliti-
385 onsvertrag vereinbart – Schritte zur Rekommunalisierung
386 des Fernwärmenetzes mit dem Ziel einer beschleunigten
387 Dekarbonisierung der Fernwärme an und begrüßen, dass
388 der Senat eine Übernahme des Berliner Fernwärmenetzes
389 prüft.

390

391 Wir wollen den öffentlichen Einfluss auf die Berliner En-
392 ergieversorgung bestimmend ausweiten. Energieversor-
393 gung ist öffentliche Daseinsvorsorge und darf nicht al-
394 lein von Profitinteresse gesteuert sein. Dem entspricht der
395 Vorschlag der Berliner SPD-Fraktion, über eine Unterneh-
396 mensbeteiligung des Landes Berlin eine Mehrheit bei der
397 Fernwärmeversorgung und an der GASAG zu erwerben,
398 der von uns vollumfänglich unterstützt wird.

399

400 Die SPD hat sich im Bund maßgeblich dafür eingesetzt,
401 das **Mieterstrommodell** zu entbürokratisieren und at-
402 traktiver zu machen. Bürger*innengossenschaften zur
403 Erzeugung regenerativer Energie sind verstärkt zu för-
404 dern. Wir fordern den Berliner Senat dazu auf, sich auf
405 Bundesebene für weitere Verbesserungen und Vereinfachungen
406 dezentraler Erneuerbarer Energieerzeugung und
407 -versorgung einzusetzen. Wir fordern die Bundesregie-
408 rung auf, sofort die im Koalitionsvertrag vereinbarte Bio-
409 gasstrategie umzusetzen, denn **Biogas** bietet eine große
410 Chance, russisches Gas und auch andere fossile Gasimpor-
411 te zu ersetzen. Die Biomassenutzung der BSR kann dafür
412 Vorbild sein.

413

414 Gebäude verursachen 44 Prozent der CO₂ -Emissionen,
415 mit Sanierungen lässt sich der Wärmeverbrauch und
416 damit Heizkosten senken. Wir setzen in Berlin einen
417 deutlichen Schwerpunkt bei der sozialverträglichen
418 **energetischen Sanierung** insbesondere der energe-
419 tisch schlechtesten Bestandswohngebäude, die die
420 höchsten Heizkosten verursachen und die die größ-
421 ten CO₂-Einsparpotenziale versprechen und werden
422 die Investitionen fortführen. Berlin wird unter unserer
423 Führung schnell Pilotprojekte zur seriellen Sanierung
424 anstoßen. Wir setzen uns dafür ein, dass mit der Woh-
425 nungswirtschaft und den Mietervereinen ein Berliner
426 Gebäudesanierungsprogramm ins Leben gerufen wird,
427 welches auch die Barrierefreiheit stärkt.

428

429 **b) Entlastungen und Unterstützung**

430 Die gestiegenen Preise machen weiterhin Entlastungen
431 und Unterstützung nötig. Wenn die hohen Preise weiter-
432 hin viele Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkom-
433 men überfordern, müssen kurzfristig weitere gestaffelte

434 Einmalzahlungen an besonders betroffene Personengrup-
435 pen gezahlt werden.

436

437 In Berlin werden wir den Entlastungsbetrag in Höhe von
438 300 Euro auch für die Pensionär*innen des Landes und
439 der Körperschaften öffentlichen Rechts zahlen, um sie den
440 Rentner*innen gleichzustellen.

441

442 Das **Neun-Euro-Ticket** war ein großer Erfolg. Damit wur-
443 de für eine kurzfristige finanzielle Entlastung gesorgt. Die
444 Zeit von Oktober bis Dezember 2022 überbrücken wir
445 in Berlin mit dem von der SPD durchgesetzten 29-Euro-
446 Monatsabo für die Tarifzonen Berlin AB als rollierendes
447 Abonnement und sorgen so für eine kostengünstige und
448 klimafreundliche Mobilität. Wir begrüßen die Verständi-
449 gung auf ein einheitliches, bundesweit gültiges **49-Euro-**
450 **Ticket**. Es ermöglicht mehr Menschen Mobilität und bringt
451 für viele eine deutliche Entlastung. Wir möchten zusätz-
452 lich das Berliner **29-Euro-Abo** auch nach März 2023 fort-
453 führen, damit die Nutzung von Bus und Bahn in Berlin
454 nicht mehr als einen Euro pro Tag kostet. Auch die Preisre-
455 duzierung des **Sozialtickets auf 9 Euro pro Monat** möch-
456 ten wir über den März 2023 hinaus verlängern. Wir for-
457 dern den Senat auf, eine Lösung für günstige Mobilität für
458 Azubis, Studierende und Senior*innen zu finden, zu fin-
459 den, soweit diese nicht Anspruch auf das Sozialticket ha-
460 ben könnten.

461

462 Die hohen **Lebensmittelpreise** bedeuten insbesondere für
463 Menschen mit geringem Einkommen, dass sie Schwierig-
464 keiten haben, sich gesund zu ernähren und ihren täglich-
465 chen Bedarf zu decken. Eine gesunde Ernährung muss für
466 alle erschwinglich und zugänglich sein. Wir fordern eine
467 zumindest befristete Absenkung der Mehrwertsteuer auf
468 Grundnahrungsmittel. Die vergangene temporäre Mehr-
469 wertsteuersenkung wurde zum größten Teil an die Ver-
470 braucher*innen weitergegeben. Damit würden vor allem
471 ärmere Haushalte entlastet, da sie einen höheren Anteil
472 ihres Einkommens für Lebensmittel ausgeben. Außerdem
473 fordern wir eine steuerrechtliche Änderung, damit der
474 Lebensmitteleinzelhandel gespendete Lebensmittel nicht
475 mehr versteuern muss. Damit würde ein Anreiz gesetzt,
476 mehr Lebensmittel zum Beispiel an die Tafeln zu spen-
477 den, anstatt sie wegzuerwerfen. Wir fordern die Bundesre-
478 gierung auf, eine Verpflichtung des Handels zu prüfen, Le-
479 bensmittel, die nur das Mindesthaltbarkeitsdatum über-
480 schritten haben, an Hilfsstationen und Lebensmittelaus-
481 gabestellen weiterzugeben.

482

483 Berlin muss für die Berliner*innen bezahlbar bleiben. Des-
484 halb haben wir bereits in den vergangenen Wahlperioden
485 umfangreiche Entlastungen durchgesetzt: Die gebühren-
486 freie Hortbetreuung in den ersten beiden Schuljahren, die
487 weitgehende Lernmittelfreiheit und das kostenfreie Schu-
488 lessen. Diesen erfolgreichen sozialdemokratischen Weg

489 wollen wir fortsetzen. Wir möchten Familien auch ohne
490 Anspruch auf Leistungen aus dem Bildungs- und Teilha-
491 bepaket bei hohen Kostenpunkten unterstützen. Die ge-
492 stiegenen Preise werden langfristig hoch bleiben, deshalb
493 brauchen Familien mit Kindern eine zusätzliche dauerhaf-
494 te Entlastung. Deshalb fordern wir den Senat auf, weitere
495 Schritte in diesen Bereichen zu prüfen. Dazu gehören auch
496 Entlastungen im Bereich der Daseinsvorsorge.

497

498 Wir setzen uns im Bund dafür ein, die Höhe von Trans-
499 ferleistungen regelmäßig und in kürzeren Abständen zu
500 überprüfen und an die Preisentwicklung anzupassen. Ins-
501 besondere die Leistungen für Kinder müssen deutlich er-
502höht und zielgenauer eingesetzt werden, um Kinderarmut
503 zu vermeiden. Wir erneuern unsere Forderung nach einer
504 Kindergrundsicherung.

505

506 Um **Studierende** von den Preissteigerungen zu entlasten,
507 ist eine weitere kurzfristige BAföG-Anpassung nötig. Wir
508 fordern eine Erhöhung und regelmäßige automatische
509 Fortschreibung der BAföG-Sätze sowie eine weitere Aus-
510 weitung des Anspruchsberechtigtenkreises durch eine Er-
511 höhung der Freibeträge.

512

513 c) **Soziale Infrastruktur erhalten, Teilhabe sichern**

514 Die gestiegenen Kosten belasten auch die soziale Infra-
515 struktur und die **sozialen Einrichtungen unserer Stadt**. Zu-
516 dem geht das Spendenaufkommen der Bevölkerung zu-
517 rück. Viele sozialen Träger kommen so in wirtschaftliche
518 Schwierigkeiten, ihre Angebote sind aber gerade in der
519 jetzigen Lage für viele dringend notwendig. So stellen
520 die hohen Lebensmittel- und Energiepreise beispielsweise
521 Kita- und Schulküchen und Mensen vor große Proble-
522 me. Wir werden alles dafür tun, soziale Einrichtung in ih-
523 rer Arbeit zu unterstützen. Gleiches gilt für Zuwendungs-
524 empfangende. Wir fordern den Senat auf, soziale Träger
525 durch eine Einmalzahlung zu unterstützen. Auch Verei-
526 ne und Verbände müssen bei Zahlungsschwierigkeiten
527 aufgrund von Energiekostensteigerungen finanziell un-
528 terstützt werden.

529

530 Die Schulbauoffensive braucht jetzt mehr Power. Wir wer-
531 den sie ausweiten und beschleunigen. Dazu sollen die
532 Mittel deutlich aufgestockt werden und mit der landesei-
533 genen berlinovo eine Kooperation zum Schulneubau und
534 zur -Sanierung abgeschlossen werden nach dem Vorbild
535 der Zusammenarbeit mit der landeseigenen HOWOGE.

536

537 Die psychologischen Beratungskapazitäten, insbesondere
538 auch für Kinder und Jugendliche müssen in der Stadt aus-
539 gebaut werden, da die Nachfrage danach immer mehr zu-
540 nimmt.

541

542 Für **obdachlose Menschen** wollen wir mehr 24/7 Einrich-
543 tungen ermöglichen. Neben der niedrighschwelligten Kälte-

544 hilfe, die einen Schlafplatz ermöglicht, werden auch tags-
545 über warme Aufenthaltsmöglichkeiten mit der Möglich-
546 keit der Essensversorgung benötigt. Beratungs- und Hil-
547 feangebote müssen deutlich ausgebaut werden und ein-
548 facher zugänglich sein. Dazu gehört der Ausbau der In-
549 formationsstreuung über diese Angebote und die Stär-
550 kung der aufsuchenden Sozialarbeit. Wir wollen zukünftig
551 verstärkt über die Angebote zur Unterstützung obdachlo-
552 ser Menschen in Berlin informieren. Dies wollen wir zum
553 Anlass nehmen, um in Zukunft Hitzehilfe und Kältehilfe
554 stärker zusammenzudenken. Dabei soll explizit auch auf
555 Anlaufstellen für obdachlose Frauen* verwiesen werden
556 und das Angebot für obdachlose Frauen* weiter ausge-
557 baut werden. Obdachlose Frauen* brauchen Orte, an de-
558 nen sie vor Übergriffen geschützt sind. Teilhabe bedeutet
559 auch, dass menstruierende Menschen mit geringem Ein-
560 kommen perspektivisch kostenlosen Zugang zu Perioden-
561 produkten erhalten sollen.

562

563 Wenn das Geld knapp wird, müssen viele bei Ausgaben
564 für Kultur oder Sport sparen. Auch in Zeiten stark stei-
565 gender Preise wollen wir Teilhabe gewährleisten. Deshalb
566 fordern wir vergünstigte oder kostenfreie Sondertickets
567 in staatlichen Kultur- und Sportbetrieben für Kinder und
568 Jugendliche, Auszubildende, Studierende, Rentner*innen,
569 Wohngeld-, Grundsicherungs- oder Arbeitslosengeld-II-
570 Empfänger*innen. Mit dem vom Senat initiierten „Netz-
571 werk der Wärme“ werden bestehende Begegnungsorte
572 gestärkt und bekannter gemacht. Wir werden in Berlin
573 sicherstellen, dass staatliche und gemeinnützige Sport-,
574 Kultur- und Freizeiteinrichtungen ihre Arbeit weiter leis-
575 ten können. Die Energiesparmaßnahmen in öffentlichen
576 Einrichtungen dürfen nicht dazu führen, dass in Privat-
577 haushalten mehr Energie verbraucht werden muss. Staat-
578 lich finanzierte Institutionen wie Universitäten, Bibliothe-
579 ken und Freizeiteinrichtungen müssen daher weiterhin zu
580 den regulären Öffnungszeiten und mit der kompletten
581 vorhandenen technischen Ausstattung als warme Aufent-
582 haltssorte zur Verfügung stehen.

583

584 Die Krise führt dazu, dass viele Berliner*innen vor neu-
585 en Fragen stehen. Mehr Menschen sind von Armut, Ener-
586 giearmut und Verschuldung bedroht. Menschen, die bis-
587 her noch nie Transferzahlungen benötigt haben, sind auf
588 staatliche Unterstützung angewiesen. Wir begrüßen, dass
589 der Senat zusätzliche Beratungsangebote vorsieht. Wich-
590 tig sind dabei auch mehrsprachige und zielgruppenge-
591 naue Informationen, auch um Ängste vor der Inanspruch-
592 nahme von Hilfsleistungen abzubauen.

593

594 **d) Wirtschaft und Arbeit**

595 Die Krise führt dazu, dass Unternehmen unverschuldet
596 in Schwierigkeiten geraten und sogar von Insolvenz be-
597 droht sind. Wir unterstützen den wirtschaftlichen Ab-
598 wehrschirm des Bundes, um Arbeitsplätze zu sichern und

599 die Produktion fortführen zu können sowie die bisherigen
600 Unterstützungen zu erhalten. Dazu gehört u.a. eine tem-
601 poräre Aussetzung der Insolvenzantragspflicht und Mög-
602 lichkeiten zur Steuerstundung, wie bereits während der
603 Corona-Pandemie. Es ist richtig, dass der Staat dann hilft
604 und Arbeitsplätze sichert, insbesondere bei systemrele-
605 vanten Unternehmen. Dabei darf es aber nicht passie-
606 ren, dass die Verluste sozialisiert und die Gewinne pri-
607 vatisiert werden. Um Unternehmen zügig Liquidität zu
608 verschaffen, soll der Zugang zu den bestehenden Liquidi-
609 tätsprogrammen kurzfristig für weitere Branchen geöff-
610 net werden. Ein **eigenes Berliner Darlehensprogramm** mit
611 Liquiditätshilfen durch die IBB, das auf Bundeshilfen auf-
612 setzt, war bereits während der Corona-Pandemie erfolg-
613 reich und muss jetzt wieder schnell umgesetzt werden.
614 Für energieintensive Branchen sollte im Bund die Einfüh-
615 rung von Produktionsprämien geprüft werden, um bei-
616 spielsweise Lieferketten zu stabilisieren und Kaskadenef-
617 fekte zu verhindern. Für Investitionen in Energieeffizienz
618 und zur Dekarbonisierung sollen Sonderabschreibungs-
619 möglichkeiten geschaffen werden. Ein Gaspreisdeckel des
620 Bundes sollte auch und gerade für kleine und mittlere Un-
621 ternehmen gelten.

622

623 Gute Arbeit ist unsere Leitlinie. Dafür brauchen wir star-
624 ke Unternehmen in Berlin. In der Corona-Pandemie haben
625 wir in Berlin erfolgreich Arbeitsplätze erhalten und unsere
626 wirtschaftliche Struktur gesichert. Mit dem Neustartpro-
627 gramm für Wirtschaft und Kultur haben wir dafür gesorgt,
628 dass die Unternehmen nach der Pandemie wieder durch-
629 starten konnten und können. Nun gilt es, die Unterneh-
630 men auch in der aktuellen Energiekrise zu unterstützen.
631 Wir lassen notleidende Unternehmen nicht allein, auch
632 und gerade Soloselbstständige, kleine und mittlere Un-
633 ternehmen wollen wir bei der Bewältigung der steigen-
634 den Energiekosten unterstützen. Mit einer Berliner **Ener-
635 giekostenoforthilfe** für Unternehmen wollen wir die ge-
636 stiegenen Kosten abfedern – Bundesprogramme haben
637 dabei allerdings Vorrang, eine Doppelförderung muss ver-
638 mieden werden. Wir erneuern unseren Beschluss nach
639 Einführung einer Gewerbemietpreisbremse, damit vor al-
640 lem kleinere Gewerbebetriebe angesichts der steigenden
641 Energiekosten bei den Mieten entlastet werden. Ihre La-
642 ge wird noch dadurch verschärft, dass sie kaum Kündi-
643 gungsschutz genießen. Wir fordern den Senat auf, sich
644 im Bund dafür einzusetzen, eine Gewerbemietpreisbrem-
645 se und einen verbesserten Kündigungsschutz für Gewer-
646 be zu erreichen. Zugleich müssen diese Wirtschaftsförder-
647 programme so konzipiert werden, dass auch Unterneh-
648 men der Kultur- und Kreativwirtschaft sie in Anspruch
649 nehmen können.

650

651 Arbeitnehmer*innen müssen ein Anrecht zur Arbeit vor
652 Ort im Unternehmen bzw. Betrieb erhalten, um einen
653 durch Teleheimarbeit bedingten erhöhten Energiever-

654 brauch im Privathaushalt vermeiden zu können.

655

656 Es werden dringend mehr Fachkräfte auch in Klimaschutz-
657 berufen benötigt. Die Energiekrise und -wende ist damit
658 auch eine Chance für eine bessere Ausbildung, gute Ar-
659 beit und gut für den mittelständischen Handwerk. Wir
660 wollen gerade diejenigen als Fachkräfte gewinnen und
661 fördern, bei denen sonst Schulabgänge ohne Abschluss,
662 Nicht- bzw. Geringqualifikation und -verdienst drohen.

663

664 e) **Mieten und Wohnen**

665 Die steigenden Energiekosten und damit teils massiv er-
666 höhten Betriebskosten stellen viele Mieterinnen und Mie-
667 ter vor große finanzielle Probleme. Niemandem darf die
668 Wohnung gekündigt werden, weil er oder sie von den Be-
669 triebskosten überfordert ist. Wir fordern vom Bund, dass
670 Wohnungskündigungen aufgrund von Mietrückständen
671 wegen erhöhter Mieten und Betriebskosten mit einem
672 **Kündigungsmoratorium** vorübergehend gesetzlich aus-
673 geschlossen werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Sper-
674 rungen von Wasser, Strom, Gas oder Fernwärme aufgrund
675 von Zahlungsrückständen in diesem Winter ausgeschlos-
676 sen werden. Mit dem **Härtefallfonds** bieten wir in Berlin
677 bei akuten Notfällen und unerwarteten Belastungen Hil-
678 fe. Er ist ein Energieschuldenfonds und dient als letzte
679 Maßnahme zur Verhinderung von Energiesperren.

680

681 Wir wollen den Wohnungstausch verbindlich fördern.
682 Ältere Menschen sollen mit ihrem Mietvertrag in klei-
683 nere Wohnungen wechseln können. Dabei unterstüt-
684 zen wir die öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften und
685 fordern Genossenschaften wie private Wohnungsgesell-
686 schaften dazu auf, ebenfalls den Wohnungstausch zu för-
687 dern.

688

689 Wir werden bei den landeseigenen Wohnungsbaugesell-
690 schaften ein **Kündigungsmoratorium** umsetzen und for-
691 dern die genossenschaftlichen und privaten Vermieter*in-
692 nen auf, ebenfalls auf Kündigungen zu verzichten, falls die
693 Betriebskosten nicht bezahlt werden können. Gleichzeitig
694 muss es aber auch zeitnahe Unterstützung für Vermie-
695 ter*innen geben. Gerade kleinere und mittlere Vermie-
696 ter*innen brauchen die Mieteinnahmen, z.B. als ihre Al-
697 tersversorgung oder um Kredite abzubezahlen.

698

699 Bereits jetzt gilt in Berlin ein besonderer Kündi-
700 gungsschutz von 10 Jahren nach der Umwandlung
701 einer Mietwohnung in eine Eigentumswohnung. Die
702 Kündigungsschutzklausel-Verordnung des Senats (die
703 am 1.10.2013 in Kraft getreten ist und im September
704 2023 abläuft) wird erneut bekräftigt. Wir setzen uns
705 im Bund dafür ein, den bisher bundesweit geltenden
706 Kündigungsschutz von drei Jahren nach der Umwandlung
707 einer Miet- in eine Eigentumswohnung auf eine längere
708 Frist auszudehnen.

709

710 Wir setzen uns im Bund dafür ein, Indexmieten von Ener-
711 giepreissteigerungen zu entkoppeln, zum Beispiel durch
712 eine Kappungsgrenze oder durch die Bindung an den Net-
713 tokaltmietenindex.

714

715 Wir begrüßen die Zahlung eines weiteren Heizkostenzu-
716 schusses und die Ausweitung des Wohngeldberechtigten-
717 kreises. Allerdings stellt die zügige Bearbeitung die Ber-
718 liner Wohngeldstellen vor große Herausforderungen. Zu
719 prüfen ist, ob eine Auszahlung nach erleichterter Vorprü-
720 fung möglich ist.

721

722 Mit der überarbeiteten Wohnraumförderung sorgen wir
723 mit jeweils 750 Mio. Euro in den Jahren 2022/23 dafür,
724 dass wieder mehr geförderte Wohnungen in Berlin gebaut
725 werden.

726

727 Der Mangel an günstigem Wohnraum ist für **Auszubil-**
728 **dende** besonders relevant: Beispielsweise durch fehlen-
729 de Azubi-Wohnheime sind die Mietkosten ohnehin hoch
730 und machen einen Großteil der Ausbildungsvergütung
731 aus. Mit den Mehrkosten dürfen Auszubildende jetzt
732 nicht allein gelassen werden. Daher fordern wir eine Er-
733 höhung der Mindestausbildungsvergütung um mindes-
734 tens 130 Euro, die Einführung eines Förderprogrammes
735 für Auszubildendenwohnen sowie studentisches Wohnen
736 und die Erhöhung der Berufsausbildungsbeihilfe. Dabei
737 sollen auch Auszubildende einen Anspruch auf Berufs-
738 ausbildungsbeihilfe erhalten, die Angehörige eines Staa-
739 tes außerhalb der EU sind oder sich in der Zweit- oder
740 Drittausbildung befinden. Darüber hinaus fordern wir,
741 dass die Miete in geförderten Azubi-Appartements und -
742 Wohnheimen maximal 25 Prozent der durchschnittlichen
743 Ausbildungsvergütung betragen soll. Auch für das studen-
744 tische Wohnen müssen wir kostengünstigere Alternati-
745 ven schaffen und mehr in Wohnheime investieren.

746

747 **5. Gemeinsam packen wir das!**

748 Die Energiekrise betrifft alle gesellschaftlichen Lebensbe-
749 reiche. Deshalb ist es jetzt wichtig, die Gesellschaft zu-
750 sammenzuhalten. Wir tragen dafür Sorge, dass die Krise
751 solidarisch gemeistert wird. Denn gesellschaftlicher Zu-
752 sammenhalt und soziale Gerechtigkeit sind die DNA un-
753 serer politischen Arbeit. Deshalb ist es jetzt die Aufgabe
754 der Sozialdemokratie, durch soziale Maßnahmen die wirt-
755 schaftlichen Härten der Krise abzufedern. Unsere Antwort
756 auf die Krise sind umfassende Entlastungsmaßnahmen
757 und der Einsatz für Energieversorgungssicherheit. Zudem
758 unterstützen wir eine wirksame Verbrauchsreduktion in
759 allen Sektoren und Preisregulierungen. Dafür machen wir
760 uns aus Berlin auch im Bund weiter stark. Erst zum Ende
761 der Heizperiode werden wir sehen, wie gut wir bundes-
762 weit und hier in Berlin diese Aufgabe gemeistert haben.

763

764 Wir stehen zusammen und lassen niemanden allein. Wir
765 sind zuversichtlich: Gemeinsam packen wir das und bil-
766 den mit Solidarität und Entlastungen einen wirksamen
767 Gegenpol gegen all jene Kräfte, die die Krise politisch in-
768 strumentalisieren und die Spaltung der Gesellschaft vor-
769 antreiben wollen. Den Feinden unserer Demokratie set-
770 zen wir die Offenheit und Zuversicht der Bundeshaupt-
771 stadt als Stadt der Freiheit entgegen. Berlin hat in Krisen
772 immer einen besonderen Zusammenhalt bewiesen. Die-
773 se Zeiten wurden auch von Regierenden Bürgermeistern
774 der SPD geprägt. Darauf sind wir stolz und es treibt uns in
775 unserer politischen Arbeit auch künftig an, um das Beste
776 für alle Berliner*innen zu erreichen und sie gut und sicher
777 durch die Krise zu bringen.

778

779 Dafür stehen wir mit den sozialdemokratisch geführten
780 Bezirken, dem Abgeordnetenhaus, dem Senat und unse-
781 rer Regierenden Bürgermeisterin Franziska Giffey. Berlin
782 packt das. Wir sind die Berlin-Partei.

Antragsteller*in	Zeile	Änderungsantrag (Zeilenbezug auf 01/II/2022 im Antragsbuch)	Votum AK	Konsens
Abt. Friedenau	Zeile 085	Einfügung S. 3, nach Zeile 85: Wir setzen uns aktiv auch für die Entlastung der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen ein. Diese sind nicht in der Lage, selbst Energie-Einsparungen vorzunehmen oder Rücklagen für diese Zusatzkosten einzubringen, da sie schon jetzt durch erhebliche Zuzahlungen zu den Kosten ihrer Pflege belastet sind.	Erledigt durch Fassung der Antragskommission	Konsens
Steglitz-Zehlendorf	Zeile 093-99	Zeilen 93 bis 99: Ergänzt werden die nachfolgend fett gekennzeichneten Worte: Diese Krise können wir nur solidarisch und gemeinsam bewältigen. Das heißt auch: Die Belastungen von Bund, Ländern, Unternehmen und der Bevölkerung müssen gerecht auf viele Schultern verteilt werden. Und starke Schultern müssen mehr tragen. Deshalb müssen Übergewinne abgeschöpft werden und deshalb werden wir uns im Bund weiterhin für die Erhebung einer verfassungskonformen Vermögenssteuer, eine Erhöhung der Erbschaftssteuer sowie die Einführung einer Finanztransaktionssteuer und der von der OECD vorgeschlagenen globalen Mindeststeuer für Großunternehmen einsetzen. Die Idee eines Energie-Solis soll geprüft werden.	Erledigt durch Fassung der Antragskommission	Konsens
Steglitz-Zehlendorf	Zeile 100-103	Zeilen 100 bis 103: Ergänzt werden die nachfolgend fett gekennzeichneten Worte: Die angespannte Lage bei unserer Energieversorgung und unsere Abhängigkeit von Russland machen deutlich: Wir müssen Energie einsparen, energieeffizienter werden und unsere Energieversorgung noch viel schneller klimagerecht umbauen.	Annahme	Konsens
Mitte	Zeile 134	Füge ein Zeile 134 hinter „bezahlbar bleibt.“: „Hierzu werden wir die Hortgebührenfreiheit auf alle Grundschulklassen ausweiten und Lernmittelfreiheit und kostenbeteiligungsfreies Mittagessen auch für die Sekundarstufen verfügbar machen. Das kostenlose Schüler:innenticket für den ÖPNV soll auch für Schüler:innen des zweiten Bildungsweges gelten. Daneben gilt es, Entlastungsangebote zu für besondere Bedarfslagen zu schaffen - auch für Familien ohne Anspruch auf Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket. Im Schulbereich stellen insbesondere die Materialausstattung zu Beginn des Schuljahres, Klassenfahrten und Exkursionen sowie Nachhilfe erhebliche Kostenpunkte von Familien dar. Ziel der SPD ist es, über Instrumente wie Beschaffungsgutscheine, Unterstützungsfonds und kostenlose Angebote bedarfsgerecht zu unterstützen.“	Erledigt durch Fassung der Antragskommission	Konsens
Abt. 03/05 Pankow	Zeile 209	Zu Abschnitt 3, anfügen an Z. 209: „Wir werden uns im Bundesrat und über unsere Berliner Vertreter*innen in der Regierungskoalition dafür einsetzen, dass durch neue Belastungen, u.a. Erhöhung von Sozialversicherungsbeiträgen, die von uns gewollten Entlastungen der Bürger*innen nicht neutralisiert werden.“	Erledigt durch Fassung der Antragskommission	Konsens
Abt. 03/05 Pankow	Zeile 227	Zu Abschnitt 3, anfügen an Z. 227: „Auch und insbesondere in Krisenzeiten muss Berlin für sie und andere geflüchtete Menschen ein sicherer Zufluchtsort bleiben.“	Annahme	Konsens
Mitte	Zeile 234	Füge ein hinter Zeile 234 hinter „Handlungsfähig zu bleiben“: „Das Land Berlin wird sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass die in Bund und Ländern angestrebten Kosten der Entlastung gerecht verteilt werden. Hierzu fordern wir kurzfristig eine einmalige Vermögensabgabe. Darüber hinaus fordern wir die Wiedereinführung der Vermögenssteuer sowie eine Reform der Erbschaftssteuer.“	Erledigt durch Fassung der Antragskommission	Konsens
Mitte	Zeile 240	Füge ein hinter Zeile 240 hinter „klimafreundliche Mobilität“: „Nach Ende des 29-Euro-Ticket Überbrückungsangebots setzen wir uns für ein 365-Euro-Jahresticket für alle Berlinerinnen und Berliner ein.“	Erledigt durch Fassung der Antragskommission	Konsens

Antragsteller*in	Zeile	Änderungsantrag (Zeilenbezug auf 01/II/2022 im Antragsbuch)	Votum AK	Konsens
Abt. Friedenau	Zeile 273	Einfügung S. 9, nach Zeile 273: Wir setzen uns für die Entlastung der Pflegebedürftigen ein, die von der Steigerung der Energiepreise und der allgemeinen Preissteigerung unmittelbar betroffen sind. Wir fordern höhere Sachleistungen, Entlastung der Entgelte für Kosten der Behandlungspflege und eine Reduzierung der MWSt auf Pflegeprodukte wie z.B. Hygieneartikel. Die überfällige Reform der Pflegeversicherung, die nur einen Sockelbetrag der Pflegekosten abdeckt muss zügig erfolgen. Mit ihrem Selbstverständnis der Sicherheit auch in der sozialen Versorgung ist die SPD Berlin schon lange für die Verbesserung der Situation der Pflegebedürftigen aktiv unterstützt die Gesetzgebungsprozesse auf Bundesebene.	Erledigt durch Fassung der Antragskommission	Konsens
AfA Landesvorstand	Zeile 349	- Z. 349: (Wasserstoffstrategie) Streichung des Wortes möglichst Eine erfolgreiche Wasserstoffstrategie kann nur mit Brandenburg erreicht werden.	Erledigt durch Fassung der Antragskommission	Konsens
Antragskommission	Zeile 360	Ergänze Z.360: „Wir wollen den öffentlichen Einfluss auf die Berliner Energieversorgung bestimmend ausweiten. Deshalb unterstützen wir den Vorschlag der Berliner SPD-Fraktion, über eine Unternehmensbeteiligung des Landes Berlin eine Mehrheit bei der Fernwärmeversorgung und an der GASAG zu erwerben.“	Annahme	Konsens
Antragskommission	Zeile 409	Ersetze Z. 409 ab „Wir begrüßen...“ bis Z.416 durch: „Wir begrüßen die Verständigung auf ein einheitliches, bundesweit gültiges 49-Euro-Ticket. Es ermöglicht mehr Menschen Mobilität und bringt für viele eine deutliche Entlastung. Wir möchten zusätzlich das Berliner 29-Euro-Abo fortführen, damit die Nutzung von Bus und Bahn in Berlin nicht mehr als einen Euro pro Tag kostet. Darüber hinaus wollen wir eine entsprechende Reduzierung des Sozial- und Seniorentickets erreichen. Wir fordern den Senat auf, eine Lösung für günstige Mobilität für Azubis und Studierende zu finden.“	Erledigt durch Fassung der Antragskommission	Konsens
AfA Landesvorstand	Zeile 446-447	- Z. 446-447: Streichung des letzten Halbsatzes nach dem Komma, dann endet der Satz mit einem Punkt. Begründung: Damit bleibt die Forderung zu Entlastungen bei der Daseinsvorsorge, konkretisiert dies jedoch nicht. Gerade bei Wasser und Müllentsorgung kann durch die aktuelle Inflation und	Annahme	Konsens
Antragskommission	Zeile 479	Ergänze in Z.479: „Die Schulbauoffensive braucht jetzt mehr Power. Wir werden sie ausweiten und beschleunigen. Dazu sollen die Mittel deutlich aufgestockt werden und mit der landeseigenen berlinovo eine Kooperation zum Schulneubau und zur -Sanierung abgeschlossen werden nach dem Vorbild der Zusammenarbeit mit der landeseigenen HOWOGE.“	Annahme	Konsens
Mitte	Zeile 489	Füge ein hinter Zeile 489 hinter „Essensversorgung benötigt“: „Beratungs- und Hilfeangebote müssen deutlich ausgebaut werden und einfacher zugänglich sein. Dazu gehört der Ausbau der Informationsstreuung über diese Angebote und die Stärkung der aufsuchenden Sozialarbeit. Wir wollen eine Verpflichtung prüfen, die Lebensmittelgeschäfte dazu verpflichtet, Lebensmittel, die das Mindesthaltbarkeitsdatum überschritten haben, an Hilfsstationen und Lebensmittelausgabestellen weiterzugeben.“	Erledigt durch Fassung der Antragskommission	Konsens
AfA Landesvorstand	Zeile 621	- Z. 621: Einfügung: Wir wollen den Wohnungstausch verbindlich fördern. Ältere Menschen sollen mit ihrem Mietvertrag in kleinere Wohnungen wechseln können. Da unterstützen wir die öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften und fordern Genossenschaften wie private Wohnungsgesellschaften zu auf.	Annahme	Konsens
AfA Landesvorstand	Zeile 665-670	Z. 665-670: Einfügung nach „130 Euro“ und vor "und die Erhöhung": „[...], die Einführung eines Förderprogrammes für Auszubildendenwohnen sowie studentisches Wohnen [...]“	Annahme	Konsens

Antragsteller*in	Zeile	Änderungsantrag (Zeilenbezug auf 01/II/2022 im Antragsbuch)	Votum AK	Konsens
AfA Landesvorstand	Zeile 665-670	<p>- Z. 665-670: Einfügung nach „Berufsausbildungsbeihilfe“: „Dabei sollen auch Auszubildende einen Anspruch auf Berufsausbildungsbeihilfe erhalten, die Angehörige eines Staates außerhalb der EU sind oder sich in der Zweit- oder Drittausbildung befinden. Darüber hinaus fordern wir, dass die Miete in geförderten Azubi-Appartements und -Wohnheimen maximal 25 Prozent der durchschnittlichen Ausbildungsvergütung betragen soll.“</p> <p>Konsolidierter Text (ursprüngliche Fassung und Ergänzungen): "Daher fordern wir eine Erhöhung der Mindestausbildungsvergütung um mindestens 130 Euro, die Einführung eines Förderprogrammes für Auszubildendenwohnen sowie studentisches Wohnen und die Erhöhung der Berufsausbildungsbeihilfe. Dabei sollen auch Auszubildende einen Anspruch auf Berufsausbildungsbeihilfe erhalten, die Angehörige eines Staates außerhalb der EU sind oder sich in der Zweit- oder Drittausbildung befinden. Darüber hinaus fordern wir, dass die Miete in geförderten Azubi-Appartements und -Wohnheimen maximal 25 Prozent der durchschnittlichen Ausbildungsvergütung betragen soll.“</p>	Annahme	Konsens
AG Migration und Viel	Zeile 307	<p>Zeile 307, nach „Gute Arbeit ist unsere Leitlinie.“ füge ein: Daher unterstützen wir die Forderungen der Gewerkschaften nach substantziellen Lohnerhöhungen über das Inflationsniveau, um dem Reallohnverlust entgegen zu treten und stehen solidarisch mit den Arbeitnehmer:innen im Arbeitskampf. Lohnerhöhungen sind gerade in den unteren und mittleren Einkommensgruppen dringend erforderlich. Arbeitnehmer:innen die unsere Gesellschaft mit ihrer Arbeit am Laufen halten verdienen eine gerechte Entlohnung die ein lebenswertes Auskommen garantiert.</p>	Erledigt durch Fassung der Antragskommission	Konsens
AG Migration und Viel	Zeile 262	<p>Zeile 262 füge an neuen Absatz: Um einen Lastenausgleich in der Solidargemeinschaft zu gewährleisten, setzen wir uns für eine einmalige Vermögenabgabe der vermögendsten Menschen in unserem Land ein. Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder in der Bundesregierung und im Bundestag dazu auf die gesetzlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen.</p>	Erledigt durch Fassung der Antragskommission	Konsens

Arbeit / Wirtschaft**Antrag 32/II/2022****KDV Friedrichshain-Kreuzberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Vergütung für Beschäftigte bei Freien Trägern aufwerten – Refinanzierung sicherstellen! Arbeitsbedingungen für Beschäftigte im Sozialwesen bei Freien Trägern endlich aufwerten**

- 1 • Die Mitglieder der SPD-Fraktion im Abgeordneten-
- 2 haus und die SPD-Mitglieder im Berliner Senat sind
- 3 aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass alle Be-
- 4 schäftigten bei Freien Trägern im Berliner Sozialwe-
- 5 sen eine Entlohnung auf dem Niveau des Tarifver-
- 6 trages für den öffentlichen Dienst der Länder erhal-
- 7 ten, um dem Grundsatz gleicher Lohn für gleiche Ar-
- 8 beit endlich gerecht zu werden.
- 9 • Die Mitglieder der SPD-Fraktion und die SPD-
- 10 Mitglieder im Senat sind dazu aufgefordert, ein
- 11 Gesetz zu verabschieden, welches Zuwendungen
- 12 ausschließlich an solche Zuwendungsempfänger-
- 13 de vorsieht, die die durch die Zuwendung finan-
- 14 zierten Beschäftigten entsprechend eines Tarifver-
- 15 trages (Haustarif, Branchentarif, TV-L) vergüten. Zur
- 16 Gewährleistung sind die jeweiligen Tarifanpassun-
- 17 gen verpflichtend seitens der Verwaltung und des
- 18 Senates zeitnah und vollständig bereits prospek-
- 19 tiv in der jeweiligen Zuwendung zu berücksichtigen
- 20 und in den Haushalt einzustellen.
- 21 • Darüber hinaus ist die gesetzliche Grundlage da-
- 22 für zu schaffen, dass Komplexträgern auch in ei-
- 23 ner Mischfinanzierung (z.B. aus Entgelten und Zu-
- 24 wendungen) eine Bezahlung aller Beschäftigten auf
- 25 dem Niveau des TV-L durch verbindliche Refinanzie-
- 26 rungszusagen ermöglicht wird. Eine Entlohnung auf
- 27 diesem Niveau muss das klare und absehbare poli-
- 28 tische Ziel sein.
- 29 • Des Weiteren werden die Mitglieder der SPD-
- 30 Fraktion im Abgeordnetenhaus und die SPD-
- 31 Mitglieder im Berliner Senat dazu aufgefordert,
- 32 gemeinsam mit Arbeitnehmer*innenvertretungen
- 33 und der LIGA Berlin aktiv an einer Refinanzie-
- 34 rung von sog. Overhead-Kosten / Gemeinkosten
- 35 zu arbeiten und dabei die vorliegenden Konzep-
- 36 te und Vorschläge der freien Wohlfahrtspflege
- 37 mit einzubeziehen. (Vgl. [https://www.paritaet-](https://www.paritaet-berlin.de/publikationen-paritaet-berlin/detail/die-zuwendungspraxis-vereinfachen)
- 38 [berlin.de/publikationen-paritaet-berlin/detail/die-](https://vs-berlin.de/der-verband/positionen/fachlichkeit-statt-zuwendungs-buerokratie/)
- 39 [zuwendungspraxis-vereinfachen](https://vs-berlin.de/der-verband/positionen/fachlichkeit-statt-zuwendungs-buerokratie/) oder [https://vs-](https://vs-berlin.de/der-verband/positionen/fachlichkeit-statt-zuwendungs-buerokratie/)
- 40 [ka.de/der-verband/positionen/fachlichkeit-statt-](https://vs-berlin.de/der-verband/positionen/fachlichkeit-statt-zuwendungs-buerokratie/)
- 41 [zuwendungs-buerokratie/](https://vs-berlin.de/der-verband/positionen/fachlichkeit-statt-zuwendungs-buerokratie/)).
- 42 • Im Haushaltsplan 2024/2025 ist ausreichend Vorsor-
- 43 ge zu treffen, um die durch die geforderten Maßnah-
- 44 men entstehenden Mehrausgaben zu abzubilden.

47 Begründung**Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Konsens)****„Vergütung für Beschäftigte bei Freien Trägern aufwerten – Refinanzierung sicherstellen!“**

Die Mitglieder der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und die SPD-Mitglieder im Berliner Senat sind aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die tausenden Beschäftigten bei Freien Trägern im Berliner Sozialwesen eine Entlohnung auf dem Niveau des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst der Länder erhalten, um dadurch dem Grundsatz gleicher Lohn für gleiche Arbeit endlich gerecht zu werden.

Die Mitglieder der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und die SPD-Mitglieder im Senat sind dazu aufgefordert, die gesetzliche Grundlage dafür zu schaffen, dass Komplexträgern auch in einer Mischfinanzierung (z.B. aus Entgelten und Zuwendungen) eine Bezahlung aller Beschäftigten auf dem Niveau des TV-L durch verbindliche Refinanzierungszusagen ermöglicht wird. Eine Entlohnung auf diesem Niveau muss das klare und absehbare politische Ziel sein.

Die Mitglieder der SPD-Fraktion im Bundestag und die SPD Mitglieder in den Bundesministerien sind dazu aufgefordert, bei bundesfinanzierten Projekten und Zuwendungen eine Refinanzierung der entsprechenden Löhne bis zum Niveau des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD) sicherzustellen, sodass eine einheitliche Entlohnung auf einem angemessenen Niveau unabhängig vom Zuwendungsgeber (Kommune/Bezirk, Land, Bund) sichergestellt wird.

Darüber hinaus, sind die Mitglieder der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und die SPD-Mitglieder im Senat dazu aufgefordert, ein Gesetz zu verabschieden, welches Zuwendungen ausschließlich an solche Zuwendungsempfänger vorsieht, welche die durch die Zuwendung finanzierten Beschäftigten entsprechend eines Tarifvertrages vergüten. Zur Gewährleistung sind die jeweiligen Tarifanpassungen verpflichtend seitens der Verwaltung und des Senates zeitnah und vollständig bereits prospektiv in der jeweiligen Zuwendung zu berücksichtigen und in den Haushalt einzustellen.

Des Weiteren werden die Mitglieder der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und die SPD- Mitglieder im Berliner Senat dazu aufgefordert, gemeinsam mit Arbeitnehmer-

48 Bereits seit einigen Jahren sind die zum Teil eklatanten
49 Gehaltsunterschiede zwischen Beschäftigten im öffent-
50 lichen Dienst und Beschäftigten in gleichen Beschäfti-
51 gungsfeldern bei freien Trägern bekannt. Die Thematik ist
52 dem Senat spätestens seit 2017 bekannt und immer wie-
53 der wird Abhilfe zugesichert.

54 Auch die LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrts-
55 pflege hat in einem Positionspapier zum neuen Doppel-
56 haushalt deutlich gemacht, dass die Versuche aus der ver-
57 gangenen Legislaturperiode, die Tariflücke zum öffentli-
58 chen Dienst zu reduzieren, bisher nicht ausreichen und
59 nicht in allen Bereichen der sozialen Arbeit angewandt
60 werden können. Im Gegenteil sind durch die Einführung
61 der SuE-Tabellen im TV-L die Unterschiede zu den Löhnen
62 bei Freien Trägern wieder gewachsen.

63

64 Auf Seiten der Beschäftigten hat sich hierzu bereits die
65 ver.di Kampagne „Freie Träger – Faire Löhne“ gegründet.

66 Die Beschäftigten im Sozialwesen leisten in zahlreichen
67 Bereichen und unzähligen Einrichtungen erstaunliche Ar-
68 beit. Sie betreuen, pflegen, unterrichten, beraten und as-
69 sistieren Menschen in vielen, oftmals prekären Lebensla-
70 gen. Sie kümmern sich um Menschen unabhängig von Al-
71 ter, sexueller Orientierung, Herkunft, Geschlecht oder so-
72 zioökonomischer Herkunft.

73

74 Sie stellen die Kinderbetreuung sicher, assistieren Men-
75 schen in der Eingliederungshilfe, sichern durch politische
76 Bildung die Zukunft einer starken Demokratie, helfen bei
77 der Integration von Geflüchteten, der Unterbringung von
78 Wohnungs- und Obdachlosen und unterstützen Frauen in
79 Fällen von akuter häuslicher Gewalt. Die Beschäftigten bei
80 freien Trägern sind letztlich der soziale Kit, der unsere Ber-
81 liner Gesellschaft zusammenhält.

82

83 Im Sozialwesen arbeiten Menschen mit hoher Identifi-
84 kation, Motivation und Professionalität. Ihr Arbeitsalltag
85 ist allerdings gezeichnet von unbefriedigender Bezahlung
86 und oftmals prekären Beschäftigungsverhältnissen. Trä-
87 ger müssen zum Teil Sachkostensteigerungen durch Re-
88 duzierung von Stellenumfängen kompensieren, dies führt
89 bei nahezu gleichzeitiger Arbeitsbelastung bei den Be-
90 schäftigten fast zwangsläufig zu einem Qualitätsverlust
91 in der Arbeit, um im Alltag bestehen zu können. Viele Be-
92 schäftigte starten mit hohem Engagement und mit voller
93 Kraft in den Beruf und finden sich nach einigen Jahren ge-
94 stresst und ausgebrannt wieder.

95

96 Die hohe Teilzeitquote in weiten Bereichen der sozialen
97 Arbeit befördert leider im Zusammenspiel mit der rela-
98 tiv schlechteren Bezahlung die Gefahr der Altersarmut,
99 vor allem weiblicher Altersarmut. In vielen Einrichtungen
100 und Diensten fehlt Personal, was wiederum die Arbeitsbe-
101 lastung der Beschäftigten vor Ort erhöht, die Gefahr von
102 weiteren Ausfällen und hohen Krankenständen verstärkt

vertretungen und der LIGA Berlin aktiv an einer Refinan-
zierung von sog. „Overhead-Kosten“ oder Verwaltungsge-
meinkosten zu arbeiten und dabei die vorliegenden Kon-
zepte und Vorschläge der freien Wohlfahrtspflege mit ein-
zubeziehen.

Im Haushaltsplan 2024/2025 ist ausreichend Vorsorge zu
treffen, um die durch die geforderten Maßnahmen entste-
henden Mehrausgaben abzubilden

Begründung

Bereits seit einigen Jahren sind die zum Teil eklatanten
Gehaltsunterschiede zwischen Beschäftigten im öffentli-
chen Dienst und Beschäftigten in gleichen Beschäfti-
gungsfeldern bei freien Trägern bekannt. Die Thematik ist
dem Senat spätestens seit 2017 bekannt und immer wie-
der wird Abhilfe zugesichert.

Auch die LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrts-
pflege hat in einem Positionspapier zum neuen Doppel-
haushalt deutlich gemacht, dass die Versuche aus der ver-
gangenen Legislaturperiode, die Tariflücke zum öffentli-
chen Dienst zu reduzieren, bisher nicht ausreichen und
nicht in allen Bereichen der sozialen Arbeit angewandt
werden können. Im Gegenteil sind durch die Einführung
der SuE-Tabellen im TV-L die Unterschiede zu den Löhnen
bei Freien Trägern wieder gewachsen.

Auf Seiten der Beschäftigten hat sich hierzu bereits die
ver.di Kampagne „Freie Träger – Faire Löhne“ gegründet.

Die Beschäftigten im Sozialwesen leisten in zahlreichen
Bereichen und unzähligen Einrichtungen erstaunliche Ar-
beit. Sie betreuen, pflegen, unterrichten, beraten und as-
sistieren Menschen in vielen, oftmals prekären Lebensla-
gen. Sie kümmern sich um Menschen unabhängig von Al-
ter, sexueller Orientierung, Herkunft, Geschlecht oder so-
zioökonomischer Herkunft.

Sie stellen die Kinderbetreuung sicher, assistieren Men-
schen in der Eingliederungshilfe, sichern durch politische
Bildung die Zukunft einer starken Demokratie, helfen bei
der Integration von Geflüchteten, der Unterbringung von
Wohnungs- und Obdachlosen und unterstützen Frauen in
Fällen von akuter häuslicher Gewalt. Die Beschäftigten bei
freien Trägern sind letztlich der soziale Kit, der unsere Ber-
liner Gesellschaft zusammenhält.

Im Sozialwesen arbeiten Menschen mit hoher Identifi-
kation, Motivation und Professionalität. Ihr Arbeitsalltag
ist allerdings gezeichnet von unbefriedigender Bezahlung
und oftmals prekären Beschäftigungsverhältnissen. Trä-
ger müssen zum Teil Sachkostensteigerungen durch Re-
duzierung von Stellenumfängen kompensieren, dies führt

103 und somit zu noch weniger Beschäftigten und noch mehr
 104 Druck führt.

105 Ohne eine wirtschaftliche und gesamtgesellschaftliche
 106 Aufwertung dieser Berufsfelder, wird es kurz- und mittel-
 107 fristig keinen Ausweg aus der aktuellen Situation geben.
 108 Die Folgen des Fachkräftemangels spüren viele Branchen,
 109 zum Beispiel auch der öffentliche Dienst. Allerdings ist die
 110 Situation bei Freien Trägern durch das niedrigere Tarifge-
 111 füge eben noch prekärer. Anteilig entgehen den Sozialkassen
 112 so auch wichtige Beiträge.

113 Besonders verstörend ist die aktuelle Bezahlung, wenn
 114 man einen Blick zurück wirft, denn bis in die 2000er Jahre
 115 galt der Bundes-Angestelltentarifvertrag auch bei Freien
 116 Trägern als Leitwährung.

117 Gerade sogenannte Komplexträger mit einer Vielzahl von
 118 Dienstleistungsangeboten und ebenso diversen Finanzie-
 119 rungsformen müssen letztlich durch sichere politische Re-
 120 finanzierungszusagen dazu befähigt werden, eine Entloh-
 121 nung auf dem Niveau des TV-L an ihre Beschäftigten wei-
 122 terzugeben.

123

124 Vorbehalte der öffentlichen Stellen gegen eine Anglei-
 125 chung der Bezahlung, um den kommunalen Projekten
 126 und Einrichtungen im Wettbewerb um die Fachkräfte ein-
 127 nen Vorteil zu verschaffen, müssen aufgelöst werden. Der
 128 Fachkräftemangel in der Sozialwirtschaft darf nicht durch
 129 Lohngefälle auf dem Rücken der Beschäftigten ausgeführt
 130 werden. Es bedarf einer vielfältigen Trägerlandschaft im
 131 Sinne des Subsidiaritätsprinzips, in dem die Träger nicht
 132 durch Preisdumping und prekäre Arbeitsbedingungen um
 133 die nächste Zuwendung buhlen.

134 Es muss das Ziel der SPD sein, sich für eine gerechte
 135 Entlohnung und für gute Arbeitsbedingungen für die
 136 Beschäftigten bei Freien Trägern im Berliner Sozialwe-
 137 sen einzusetzen. Eine starke Stimme der Beschäftigten in
 138 Form von aktiven und durchsetzungsfähigen Betriebsrä-
 139 ten muss ein Kernanliegen der Berliner Sozialdemokra-
 140 tie sein. Um diese Mitbestimmungsrechte von Arbeitneh-
 141 mer*innen zu sichern, bedarf es daher auch einer ange-
 142 messenen Refinanzierung von Betriebsratsarbeit im Zu-
 143 wendungsbereich. Die effizienteste Lösung darüber führt
 144 voraussichtlich über eine Pauschale (z.B. in Höhe von 12%
 145 der Zuwendungssumme, wie es die Berliner LIGA bereits
 146 gefordert hat).

147 In Folge dieses Antrages müssen die Hindernisse im
 148 Zuwendungs-, Ausschreibungs- und Entgeltbereich analy-
 149 siert und anschließend umgehend abgebaut werden, um
 150 eine gleichwertige Entlohnung zu ermöglichen und eine
 151 Aufwertung der Arbeitsbedingungen bei Freien Trägern
 152 herbeizuführen.

153

154 Die vergangenen und gegenwärtigen Krisen haben uns
 155 verdeutlicht, wie wichtig die soziale, pflegerische und be-
 156 treuerische Arbeit für unsere Gesellschaft ist. Die kom-
 157 menden Wochen und Monate werden die Branche vor

bei nahezu gleichzeitiger Arbeitsbelastung bei den Be-
 schäftigten fast zwangsläufig zu einem Qualitätsverlust
 in der Arbeit, um im Alltag bestehen zu können. Viele Be-
 schäftigte starten mit hohem Engagement und mit voller
 Kraft in den Beruf und finden sich nach einigen Jahren ge-
 stresst und ausgebrannt wieder.

Die hohe Teilzeitquote in weiten Bereichen der sozialen
 Arbeit befördert leider im Zusammenspiel mit der rela-
 tiv schlechteren Bezahlung die Gefahr der Altersarmut,
 vor allem weiblicher Altersarmut. In vielen Einrichtungen
 und Diensten fehlt Personal, was wiederum die Arbeitsbe-
 lastung der Beschäftigten vor Ort erhöht, die Gefahr von
 weiteren Ausfällen und hohen Krankenständen verstärkt
 und somit zu noch weniger Beschäftigten und noch mehr
 Druck führt.

Ohne eine wirtschaftliche und gesamtgesellschaftliche
 Aufwertung dieser Berufsfelder, wird es kurz- und mittel-
 fristig keinen Ausweg aus der aktuellen Situation geben.
 Die Folgen des Fachkräftemangels spüren viele Branchen,
 zum Beispiel auch der öffentliche Dienst.
 Allerdings ist die Situation bei Freien Trägern durch das
 niedrigere Tarifgefüge eben noch prekärer. Anteilig ent-
 gehen den Sozialkassen so auch wichtige Beiträge. Beson-
 ders verstörend ist die aktuelle Bezahlung, wenn man ei-
 nen Blick zurück wirft, denn bis in die 2000er Jahre galt
 der Bundes-Angestelltentarifvertrag auch bei Freien Trä-
 gern als Leitwährung.

Gerade sogenannte Komplexträger mit einer Vielzahl von
 Dienstleistungsangeboten und ebenso diversen Finanzie-
 rungsformen müssen letztlich durch sichere politische Re-
 finanzierungszusagen dazu befähigt werden, eine Entloh-
 nung auf dem Niveau des TV-L an ihre Beschäftigten wei-
 terzugeben.

Vorbehalte der öffentlichen Stellen gegen eine Anglei-
 chung der Bezahlung, um den kommunalen Projekten
 und Einrichtungen im Wettbewerb um die Fachkräfte ein-
 nen Vorteil zu verschaffen, müssen aufgelöst werden. Der
 Fachkräftemangel in der Sozialwirtschaft darf nicht durch
 Lohngefälle auf dem Rücken der Beschäftigten ausgeführt
 werden. Es bedarf einer vielfältigen Trägerlandschaft im
 Sinne des Subsidiaritätsprinzips, in dem die Träger nicht
 durch Preisdumping und prekäre Arbeitsbedingungen um
 die nächste Zuwendung buhlen.

Es muss das Ziel der SPD sein, sich für eine gerechte
 Entlohnung und für gute Arbeitsbedingungen für die
 Beschäftigten bei Freien Trägern im Berliner Sozialwe-
 sen einzusetzen. Eine starke Stimme der Beschäftigten in
 Form von aktiven und durchsetzungsfähigen Betriebsrä-
 ten muss ein Kernanliegen der Berliner Sozialdemokra-
 tie sein. Um diese Mitbestimmungsrechte von Arbeitneh-

158 neue und bekannte Herausforderungen stellen. Nun ist
159 es an der Zeit, die gesamtgesellschaftlich so relevante Ar-
160 beit auch wirtschaftlich entsprechend zu honorieren und
161 eine Gleichstellung zu den Beschäftigten im öffentlichen
162 Dienst herzustellen.

163
164
165
166
167
168
169
170
171
172
173
174
175
176
177
178
179
180

mer*innen zu sichern, bedarf es daher auch einer ange-
messenen Refinanzierung von Betriebsratsarbeit im Zu-
wendungsbereich. Die effizienteste Lösung darüber führt
voraussichtlich über eine Pauschale (z.B. in Höhe von 12%
der Zuwendungssumme, wie es die Berliner LIGA bereits
gefordert hat).

In Folge dieses Antrages müssen die Hindernisse im
Zuwendungs-, Ausschreibungs- und Entgeltbereich analy-
siert und anschließend umgehend abgebaut werden, um
eine gleichwertige Entlohnung zu ermöglichen und eine
Aufwertung der Arbeitsbedingungen bei Freien Trägern
herbeizuführen.

Die vergangenen und gegenwärtigen Krisen haben uns
verdeutlicht, wie wichtig die soziale, pflegerische und be-
treuerische Arbeit für unsere Gesellschaft ist. Die kom-
menden Wochen und Monate werden die Branche vor
neue und bekannte Herausforderungen stellen. Nun ist
es an der Zeit, die gesamtgesellschaftlich so relevante Ar-
beit auch wirtschaftlich entsprechend zu honorieren und
eine Gleichstellung zu den Beschäftigten im öffentlichen
Dienst herzustellen.

Bauen / Wohnen / Stadtentwicklung**Antrag 16/I/2021****Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Handlungsmöglichkeiten Nutzen - Verdrängung und Spekulation eindämmen und einen sozialen Wohnungsmarkt erhalten**

1 Die Situation am Wohnungsmarkt ist auch ein Jahr
 2 nach der Einführung des Mietendeckels angespannt, ob-
 3 gleich dieser bereits viele Berliner*innen finanziell ent-
 4 lastet hat. Gleichwohl sind die landesrechtlichen Mög-
 5 lichkeiten zur Regulierung noch bei Weitem nicht ausge-
 6 schöpft. Insbesondere im Bereich der Länderkompetenzen
 7 im Wohnungs- und Ordnungswesen verbleiben weitrei-
 8 chende Spielräume. Die sozialdemokratischen Mitglieder
 9 im Senat und Abgeordnetenhaus werden daher zur Um-
 10 setzung der folgenden Punkte aufgefordert diese Hand-
 11 lungsspielräume zu nutzen und wenn nötig im Wege einer
 12 Bundesratsinitiative abzusichern:

13

14 Landesrechtliche Wohnraumsicherung

15

16 Der Bestand an belegungsgebundenen Sozialwohnun-
 17 gen in Berlin sinkt kontinuierlich. Belegungsgebunden
 18 bedeutet, dass die Wohnungen nur an Mieter*innen
 19 mit einem Wohnungsberechtigungsschein (WBS) vermie-
 20 tet werden dürfen. Ein WBS wird auf Antrag vom zu-
 21 ständigen Wohnungsamt erteilt, wenn das Haushaltsein-
 22 kommen eine bestimmte Grenze nicht übersteigt. Schät-
 23 zungsweise haben inzwischen über die Hälfte der Berli-
 24 ner Haushalte Anspruch auf einen WBS. Im Gegenzug
 25 für die Belegungsbindung erhalten Immobilieneigentü-
 26 mer*innen meist Förderungen wie z. B. günstige Kredi-
 27 te. Die Belegungsbindung endet innerhalb einer gewissen
 28 Frist nach Ablauf der Förderung, sodass Sozialwohnungen
 29 in der Regel nach 30 Jahren in den "freien" Markt überge-
 30 hen.

31

32 Als Ergänzung zu Mietpreisbegrenzung wie dem Mieten-
 33 deckel und der Mietpreisbremse, fordern wir die Einfüh-
 34 rung eines Berliner Wohnraumsicherungsgesetz. Dieses
 35 Gesetz stützt sich auf die ausschließliche Landeskompe-
 36 tenz im Wohnungswesen. Es soll vorschreiben, dass ein si-
 37 gnifikanter Teil des Wohnungsbestandes, auch ohne Ge-
 38 genleistung der Wohnraumförderung der Belegungsbin-
 39 dung unterliegt, also nur an Mietinteressent*innen mit
 40 WBS vergeben werden darf. Die Miethöhe für solche Be-
 41 legungsgebunden Wohnung soll sich an der Ortsüblichen
 42 Vergleichsmiete orientieren und diese um einen festzule-
 43 genden Prozentsatz unterschreiten.

44

45 Auf dem freien Mietmarkt werden zahlungskräftige In-
 46 teressent*innen regelmäßig bevorzugt. Zusätzlich sehen
 47 sich Interessent*innen rassistischer Diskriminierung, so-
 48 wie Benachteiligung aufgrund ihres sozialen Status aus-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)****Berliner Wohnraum-Sicherungsgesetz – Verdrängung und Spekulation eindämmen und einen sozialen Wohnungsmarkt erhalten**

Die Situation am Berliner Wohnungsmarkt ist nach wie vor extrem angespannt. Nach dem Scheitern des Mietendeckels und der Entkernung des Vorkaufsrechts in Milieuschutzgebieten durch das Bundesverwaltungsgericht verschärfen die Folgen des Ukraine-Krieges die Wohnungskrise noch weiter. Zusätzlich zu hohen Kaltmieten sehen sich Mieter*innen nun mit teils existenzbedrohenden Nebenkostenerhöhungen konfrontiert.

Da es offen ist, ob die notwendigen umfassenden und weitreichenden Änderungen des geltenden Mietrechts in der aktuellen Ampel-Koalition gegen den Willen der FDP durchzusetzen sein werden, hat das Land seine rechtlichen Möglichkeiten zur Regulierung des Wohnungsmarkts auszuschöpfen.

Die sozialdemokratischen Mitglieder von Senat und Abgeordnetenhaus werden deshalb dazu aufgefordert, sich für ein Wohnraum-Sicherungsgesetz einzusetzen, das die nachstehenden Maßnahmen miteinschließen soll:

Verbindliche Belegungsquoten und Zuschüsse für energetische Sanierung

Trotz umfassender Neubauanstrengungen des Senats sinkt der Bestand an belegungsgebundenen Sozialwohnungen in Berlin stetig. Den über eine Million Berliner*innen, denen ein Wohnungsberechtigungsschein (WBS) zustünde, steht inzwischen nur noch ein Bestand von ca. 90.000 Sozialwohnungen gegenüber, **für auf Barrierefreiheit angewiesene Menschen noch beträchtlich weniger.**

. Um diesen Nachfrageüberhang zu decken, erweitern wir die Möglichkeit, Belegungsrechte an Wohnraum dauerhaft oder für einen begrenzten Zeitraum zu begründen. Dabei sollen Vermieter*innen einen bestimmten Teil ihres Wohnungsbestandes nur noch an WBS-Berechtigte vergeben können. Um Klein- und private Vermieter*innen nicht zu belasten, soll die Regelung erst ab einem Bestand von 50 oder mehr Wohnungen greifen. Wie viele Wohnungen eines Wohnungsunternehmens unter die Belegungsbindung fallen, soll sich gestaffelt nach der Größe des betroffenen Wohnungsbestands bemessen. Ferner soll das Gesetz Vorgaben zur zulässigen Mietobergrenze des gebundenen Wohnraums machen.

49 gesetzt. Diese Phänomene sind, auch bei der Vermie-
50 tung belegungsgebundener Wohnungen zu beobachten.
51 Im Bundesrecht gibt es bereits die Möglichkeit Mieter*in-
52 nen für belegungsgebundene Wohnungen staatlich zuzu-
53 weisen (Besetzungsrecht nach § 26 Abs. 2 WoFG). Berlin
54 soll davon insbesondere zugunsten von Mieter*innen Ge-
55 brauch machen, die vergleichsweise geringe Chancen auf
56 einen Mietvertrag hätten.

57

58 **Belegungsbindung nach öffentlich geförderter Sanierung**

59

60 Fast 50% der städtischen klimaschädlichen Emissionen
61 kommen aus dem Bau- und Immobilienwesen. Um die Vi-
62 sion einer klimaneutralen Stadt zu verwirklichen, muss
63 ein Großteil des Wohnungsbestandes in Berlin innerhalb
64 der nächsten Jahre energetisch saniert werden.

65

66 Um eine schnelle Transformation zur Klimaneutralität
67 zu fördern, soll das Land Berlin Förderprogramme zur
68 energetischen Sanierung von Wohngebäuden auflegen.
69 Hierbei sollen die bestehenden Möglichkeiten des Bau-
70 gesetzbuches, wie zum Beispiel Sanierungssatzungen ge-
71 nutzt werden, sofern diese Möglich und zur Sicherstellung
72 von bezahlbarem Wohnraum zweckmäßig sind.

73

74 Im Gegenzug für die Förderung, soll das Land nach §2
75 WoFG, Belegungsrechte an bestehende Wohneinheiten
76 erwerben, die im Rahmen der vorgeschlagenen Wohn-
77 raumsicherung genutzt werden. So können Wohnung, die
78 nach Ablauf der Belegungsbindung dem sozialen Woh-
79 nungsmarkt entzogen wurden, wieder einer sozialver-
80 träglichen Nutzung zugeführt werden.

81

82 **Umlageverbot bei unangetasteter Gewinnsubstanz**

83

84 Ein Großteil des Wohnungsbestandes in Berlin befindet
85 sich in der Hand von Aktiengesellschaften. Diese sollen
86 künftig Mieter*innen vor einer Umlage von Kosten für
87 Modernisierungen und verkappten Entmietungen auf den
88 Mietzins glaubhaft machen müssen, dass ein Sanierung
89 nicht unter Rückgriff auf die bisherigen Unternehmensge-
90 winne finanzierbar ist. Zum Unternehmensgewinn zäh-
91 len auch die Auszahlungen an Aktionär*innen. Die Aus-
92 zahlungen dürfen bis auf die Höhe des durchschnittlichen
93 Zinssatzes gekürzt werden. Ist diese Tatsache den Mie-
94 ter*innen nicht hinreichend glaubhaft gemacht worden,
95 kann die Mieterhöhung einseitig bis auf den vorherigen
96 Mietzins gemindert werden.

97

98 **Sanierungs-TÜV und Zweckentfremdungsverbot**

99

100 Berlin soll als ordnungsrechtliches Mittel einen
101 Sanierungs-TÜV für Mietobjekte einführen. Wir fordern
102 die sozialdemokratischen Senator*innen und Mitglieder
103 des Abgeordnetenhauses auf, die zur Beauftragung

Das Gesetz soll darüber hinaus die Voraussetzungen für
Benennungs- und Besetzungsrechte regeln. Dabei soll
die zuständige Behörde konkrete Mieter*innen benennen
können, etwa Wohnungsbewerber*innen in Besitz eines
WBS mit Dringlichkeit wie Alleinerziehende **oder Men-
schen mit Behinderungen**. Zugleich sollen so auch Perso-
nen ohne Chancen auf dem freien Wohnungsmarkt (z.B.
Obdachlose) untergebracht werden können. Ein Rückgriff
auf die gefahrenabwehrrechtliche Generalklausel des All-
gemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes wäre ins-
oweit in Zukunft nicht mehr nötig.

Um die mit der Belegungsbindung einhergehende Belas-
tung von Vermieter*innen auszugleichen und gleichzei-
tig schnellstmöglich die durch den Wohnungssektor be-
dingten klimaschädlichen Emissionen zu reduzieren und
so die Transformation der Stadt zur Klimaneutralität ent-
scheidend voranzutreiben, sollen den von einer öffentlich-
rechtlichen Belegungsbindung betroffenen Vermieter*in-
nen zweckgebundene Zuschüsse für die energetische Sa-
nierung der Wohneinheiten zur Verfügung gestellt wer-
den.

Effektives Verbot von Zweckentfremdung und wirksame Wohnungsaufsicht

Die Beseitigung von Mängeln wie z.B. die Reparatur ei-
ner kaputten Heizung ist Aufgabe von Vermieter*innen.
In der Praxis können Mieter*innen ihre Rechte jedoch nur
schwer durchsetzen. Mietminderungen bergen die Gefahr
eines Zahlungsrückstands und einer daraus resultieren-
den fristlosen Kündigung. Ferner müssen Mietparteien ih-
re Rechte vor den ordentlichen Gerichten einklagen selbst
wenn Vermieter*innen ihre Pflichten systematisch verlet-
zen – bspw., wenn die Wartung eines kompletten Häu-
serblocks vernachlässigt wird. Darüber hinaus besteht in
Einzelfällen ein ökonomischer Anreiz, absichtlich auf In-
standhaltung zu verzichten und einen Abriss der Immobi-
lien attraktiver zu machen. Die in diesem Zusammenhang
zulässige Verwertungskündigung ist ein bewährtes Mittel
zur Entmietung und Ertragslückenschließung.

Um Mieter*innen wirksamer als bisher zu schützen soll
das Personal, **darunter sachkundiges Personal für Barrie-
refreiheit**, der für Wohnungsaufsicht und Zweckentfrem-
dung zuständigen Behörde erheblich aufgestockt wer-
den. Die hierfür erforderlichen finanziellen Mittel sind zu-
sätzlich im Landeshaushalt zu veranlagern. Darüber hin-
aus soll das Zweckentfremdungsverbot zur Nut-
zung von Synergieeffekten mit dem Wohnungsaufsichts-
recht zusammengeführt werden, wie dies etwa in Ham-
burg in Gestalt des dortigen Wohnraumschutzgesetzes
bereits der Fall ist. Um Sanierungsstau aufgrund von
Misswirtschaft entgegenzutreten, werden Vermieter*in-
nen gesetzlich zur Bildung einer angemessenen Instand-
haltungsrücklage verpflichtet. Die Verwaltungsstruktur

104 dieser Einrichtung erforderliche gesetzliche Grundlage
 105 zu schaffen. Vermieter*innen müssen alle 10-Jahre den
 106 Zustand des Mietobjekts vor einer unabhängigen und mit
 107 der Aufsicht und Vergabe von Prüfsiegeln beauftragten
 108 Einrichtung nachweisen. Entspricht dieser nicht der
 109 aktuellen Rechtslage, insbesondere der gebotenen In-
 110 standhaltungen und energetischen Sanierungen, ist der
 111 TÜV zu verweigern. Für diesen Fall soll ein Zweckentfrem-
 112 dungsverbot nach Hamburger Vorbild (Hamburgisches
 113 Wohnraumschutzgesetz) greifen. Die Aufsichtsbehörde
 114 kann demnach die Sanierung der Wohnung treuhän-
 115 derisch auf Kosten der Eigentümer*innen vornehmen.
 116 Das Umlageverbot bei unangetasteter Gewinnsubstanz
 117 bleibt unberührt.

118

119 **Wohnungs- und Mietenkataster und Transparenzregister**

120

121 Die geringe öffentliche Kontrolle beim Erwerb und Ver-
 122 kauf von Immobilien, machen Berlin seit längerem zu ei-
 123 nem attraktiven Ort für Geldwäsche.

124

125 Gleichzeitig basieren viele gesetzliche Regelungen auf der
 126 sog. ortsüblichen Vergleichsmiete. Der Streit um ihre Hö-
 127 he prägt eine Vielzahl von Mieterhöhungs- und Mietpreis-
 128 bremsenverfahren. Die ortsübliche Vergleichsmiete wird
 129 in der Regel über Mietspiegel abgebildet, die Erstellung
 130 methodisch ausbaufähig ist und häufig angegriffen wer-
 131 den.

132

133 Um den Mangel an Informationen über Wohnraum, sei
 134 es Eigentümer*in, wirtschaftliche Berechtigte, oder Miet-
 135 höhen zu beseitigen, fordern wir die Einführung ein-
 136 nes Wohnungs- und Mietenkataster. Dieses soll für jede
 137 Immobilie die Eigentums- und Berechtigungsverhältnis-
 138 se, den Bestand an Mietwohnungen und die vereinbar-
 139 ten Miethöhen samt Nebenabreden erfassen.

140

141 **Milieuschutzberatung und Finanzierungsagentur**

142

143 Milieuschutzgebiete sind ein baurechtliches Instrument
 144 der Stadtentwicklung. Vorrangiges Ziel ist es die Sozial-
 145 struktur, also die Zusammensetzung der Wohnbevölke-
 146 rung, in einem bestimmten Gebiet zu erhalten.

147

148 Wird eine Immobilien in einem Milieuschutzgebiet ver-
 149 kauft, so hat der Bezirk ein Vorkaufsrecht. Er kann inner-
 150 halb von zwei Monaten selbst oder zu Gunsten Dritter
 151 in den Kaufvertrag eintreten. Der*die Kaufende kann ei-
 152 nen Vorkauf mittels einer Abwendungsvereinbarung ver-
 153 hindern. Im Gegenzug werden bestimmte Auflagen ver-
 154 einbart. Beispielsweise dürfen für eine bestimmte Zeit
 155 lang keine Sanierungen oder Umwandlungen in Eigen-
 156 tumswohnungen durchgeführt werden.

157

158 In der Praxis herrscht ein enormes Kräfteungleichge-

ist dahin zu ändern, dass die Zuständigkeit für den Voll-
 zug wohnraumschutzrechtlicher Regelungen zukünftig
 bei ein und demselben Amt liegt.

Wohnungs- und Mietenkataster und Transparenzregister

Wegen fehlender Regulierung und Kontrolle ist der Im-
 mobilienmarkt in der Bundesrepublik und insbesondere
 auch in Berlin attraktiv für Geldwäsche. In Anlehnung
 an die Kataster anderer Länder (z.B. Schweden, Däne-
 mark) führt Berlin ein Wohnungs- und Mietenkataster ein.
 Es soll insbesondere der Marktbeobachtung, dem Wohn-
 raumschutz und der Transparenz auf dem Berliner Woh-
 nungsmarkt dienen. Es enthält Angaben zu Lage, Bau-
 jahr, Ausstattung, **Barrierefreiheit**, bauordnungsrechtli-
 chen Genehmigungen, Mietverhältnissen und Miethö-
 hen; darüber hinaus werden die jeweiligen Verfügungs-
 und Nutzungsberechtigten und die wirtschaftlich Berech-
 tigten erfasst.

Vorkaufsrecht und Milieuschutz

Die bisherige Praxis des gemeindlichen Vorkaufsrechts
 in Milieuschutzgebieten wurde 2021 durch ein Urteil des
 Bundesverwaltungsgerichts stark eingeschränkt. Damit
 ging ein wichtiges Instrument der gemeinwohlorientier-
 ten Stadtentwicklungspolitik verloren. Das Land Berlin
 und die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesre-
 gierung setzen sich derzeit für eine bundesgesetzliche
 Reform des Vorkaufsrechts ein, um auch in Zukunft den
 Wohnungsbestand kommunaler und gemeinwohlorien-
 tierter Anbieter zu erhöhen.

In Erwartung einer entsprechenden baldigen Änderung
 des BauGB soll das Land eine besondere Stelle einrich-
 ten, die eine unverzügliche Benachrichtigung der von ein-
 em Verkauf betroffenen Mieter*innen garantiert und
 den Betroffenen rechtliche Beratung anbietet. Das Land
 fördert Hausgemeinschaften finanziell, zu deren Gunsten
 das Land sein Vorkaufsrecht ausübt, sofern sich diese dau-
 erhaft auf eine gemeinwohlorientierte Bewirtschaftung
 verpflichten.

Schnelle Bearbeitung von Wohngeld-Anträgen

Wohngeld ist eine aktuell unverzichtbare Sozialleistung
 zur Unterstützung besonders belasteter Haushalte, die
 Mieter*innen spürbar entlastet. Wir begrüßen vor dem
 Hintergrund der steigenden Wohn- und Lebenshaltung-
 kosten die Ankündigung des Bundes, den Kreis der
 Wohngeld-Berechtigten auszuweiten und dieses deut-
 lich zu erhöhen. Wir stellen jedoch auch fest, dass der
 Staat durch das Wohngeld indirekt Miethöhen, die am
 Markt sonst nicht zu erzielen wären, und damit private
 Gewinne durch Steuergelder subventioniert. Da nur ein
 Bruchteil der Berechtigten tatsächlich Wohngeld bean-
 tragt, verstärkt dies mittelbar die finanzielle Belastung
 der Haushalte. Neben einem Einsatz der Landesregierung

159 wicht zwischen Mieter*innen und Bezirk gegenüber Käufer*innen und Verkäufer*innen. Einerseits liegen aufgrund des überhitzten Marktes die Kaufpreise deutlich über dem Verkehrswert der Objekte, andererseits muss das Vorkaufsrecht innerhalb einer vergleichsweise kurzen Frist gezogen werden, wobei die Finanzierung des Vorkaufs sichergestellt sein muss. Wir fordern daher weiterhin, dass sich die SPD auf allen Ebenen für eine Preislimitierung beim Vorkauf von Immobilien in Milieuschutzgebieten einsetzt.

169

170 Zusätzlich fordern wir die Einführung einer Milieuschutzberatung. Betroffene Mieter*innen sollen vom Bezirk aktiv über die Situation und die Möglichkeiten eines Vorkaufs informiert werden. Ziel ist es, dass nicht nur die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften, welche oft nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten entscheiden, ob sie in den Kaufvertrag eintreten, miteinbezogen werden. Stattdessen soll auch auf die Möglichkeit durch den Erwerb durch andere, gemeinwohlorientierte Dritte hingewiesen werden.

180

181 Der Senat soll die Überführung von Objekten in Milieuschutzgebieten in die Hände der Mieter*innen oder gemeinwohlorientierte Akteur*innen durch Fördermaßnahmen unterstützen, beispielsweise indem günstige Darlehen gewährt werden.

186

187 **Ein Vorkaufsrecht für einzelne Wohneinheiten**

188

189 Zudem sollten Mieter*innen von Einzelwohnungen ein über § 577 Abs. 1 BGB hinausgehendes Vorkaufsrecht erhalten. Vermieter*innen werden in dem Rahmen verpflichtet Mieter*innen vor Verkauf der Wohnung das Mietobjekt zu einem angemessenen Preis anzubieten. Angemessen ist der Preis, wenn er den Verkehrswert der Wohnung nicht übersteigt. Als Einzelwohnungen gelten alle Mietwohnungen, die sich im Privateigentum des* der Vermieter*in befinden und keine zusammenhängenden Wohneinheiten darstellen bzw. als zusammenhängende Wohneinheiten an unterschiedliche Dritte zum Verkauf angeboten werden sollen. Das Vorkaufsrecht kann unbeschadet des Milieuschutzes auch an staatliche Stellen abgetreten werden, und von diesen zugunsten der Mietenden im Rahmen der Erbpacht ausgeübt werden. Entsprechende Mittel insbesondere für sozial bedürftige sollen in den Haushalt eingestellt werden. Diese Maßnahmen sollen insbesondere Verdrängungseffekten entgegenwirken.

für eine wirksame Mietpreisregulierung bedarf es deshalb leicht zugänglicher Informationen über den Anspruch auf Wohngeld sowie einer zeitnah nach Antragsstellung erfolgenden Auszahlung des Wohngeldes an die Anspruchsberechtigten. Eine mehrmonatige Bearbeitungszeit für Wohngeldanträge, wie sie aktuell zu verzeichnen ist, birgt die Gefahr der Überschuldung von Haushalten sowie des Wohnungsverlustes. Es bedarf deshalb einer Aufstockung des Personals in der hierfür zuständigen Behörde. Entsprechende Haushaltsmittel sind bereitzustellen.

Landesamt für Wohnraumsicherung

Um der Bedeutung der Wohnraumvorsorge und Wohnraumsicherung für die Berliner*innen gerecht zu werden und eine in allen Bezirken kraftvolle Steuerung des Wohnungsmarktes zu ermöglichen bedarf es einer belastbaren Verwaltungsstruktur und einer handlungsfähigen Behörde mit ausreichend Personal. Dies gilt besonders hinsichtlich der Ausweitung des Wohngeldanspruchs und der damit einhergehenden zu erwartenden Mehrbelastungen für die Bezirke. Die Kompetenzen im Wohnungswesen sollen deshalb in einem neuzugründenden Landesamt gebündelt und Synergieeffekte damit nutzbar gemacht werden. Das Landesamt für Wohnraumsicherung soll insbesondere für die Verwaltung der Belegungsbindungen, das Führen des Wohn- und Mietenkatasters, die Zweckentfremdung von Wohnraum, die Wohnungsaufsicht und als Wohngeldbehörde zuständig sein und damit das Recht der Berliner*innen auf bezahlbaren, **angemessenen und barrierefreien** Wohnraum effektiv sichern und die Bürger*innen unserer Stadt vor Verdrängung schützen.

Antrag 314/II/2022**FA VII - Wirtschaft, Arbeit, Technologie****Der Landesparteitag möge beschließen:****Ein Game House für Berlin**

1 Die Berliner SPD fordert eine senatsgesteuerte Initiative
 2 für die Einrichtung eines Game Houses im Berliner Stadt-
 3 gebiet ein und regt an, diese aktiv zu unterstützen. Da-
 4 bei sollen den rasch steigenden Mieten und der damit
 5 einhergehenden Vertreibung von entsprechenden Firmen
 6 aus ihren angestammten Sitzen und dem daraus resultie-
 7 renden Fehlen eines fachlich geeigneten Begegnungsor-
 8 tes der Branche entgegengewirkt werden. Aufmerksam-
 9 keit für diese Branche bringt zudem positive kulturelle
 10 und wirtschaftliche Effekte.

11
 12 Bei der Umsetzung des Projektes sollten vor allem kreative
 13 KMU aus der Hauptstadtregion als Zielgruppe angespro-
 14 chen werden. Es muss sichergestellt sein, dass die Inter-
 15 essen der Hauptstadtregion im Konzert der Bundesländer
 16 und im internationalen Kontext gewahrt werden. Wichtig
 17 ist, dass ein zentraler Ort gefunden wird, der ausreichend
 18 Platz bietet bzw. erweiterbar ist. Vorzuziehen ist ein Ort
 19 im Eigentum der öffentlichen Hand, um auf Dauer günstige
 20 Gewerbemieten zu ermöglichen. Das Community Man-
 21 agement sollte durch ein Team realisiert werden, dass
 22 bereits in Berlin entsprechende Erfahrungen gesammelt
 23 hat.

24
 25
 26
 27
 28
 29
 30
 31
 32
 33
 34
 35
 36
 37
 38
 39
 40
 41
 42
 43
 44
 45
 46
 47
 48
 49
 50

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)****Mit einem „Game House“ den Standort Berlin nachhal-
tig fördern und stärken**

Die Abgeordneten der SPD und die Mitglieder des Berliner Senats werden aufgefordert, die Konzeption eines „Game House“ für Berlin aktiv zu unterstützen.

Wir möchten Unternehmen, Studios und Selbstständige der Gaming Branche fördern, die innovative Games und Geschäftsmodelle im Sinne der Verbraucher:innen und Gamer:innen entwickeln.

Neue digitale Geschäftsmodelle brauchen gerade, wenn sie interdisziplinär ausgerichtet sind, auch reale Orte der Begegnung, des Austausches und der konstitutionellen Weiterentwicklung und Fortbildung der Unternehmen und deren Kreativen mittels geförderter Inkubations- und Accelerator-Programme.

Ein künftiges Community-Management, welches einen solchen Ort der Begegnung der Digitalen Wirtschaft – Game House – organisiert, sollte durch ein Team realisiert werden, welches bereits in Berlin entsprechende Erfahrungen gesammelt hat.

Begründung: Seit etwa 20 Jahren wird in Berlin über die Einrichtung eines Game Houses diskutiert. Es wurden immer wieder Konzepte vorgelegt. Dabei ist die Notwendigkeit einer solchen Einrichtung angesichts der rasch steigenden Mieten immer offensichtlicher geworden. Unter einem Game House wird dabei ein zentraler Ort für die Berliner Gamesbranche verstanden, der sowohl als auch Unternehmen aus allen Wertschöpfungsbereichen Institutionen der Gamesbranche eine Heimat bietet. Diskutiert wird eine Fläche zwischen 3000 und 30000 m². Es ist sehr zu begrüßen, dass dies jetzt endlich konkret wird. Allerdings divergieren die Vorstellungen über die Aufgabe und Rolle einer solchen Einrichtung leicht. Aus Sicht der SPD sollte die Rolle der Independent Studios gestärkt werden, sie sind die kreative KMU's die die Spieleindustrie in der Region tragen. Große, internationale Konzerne sind auch wichtig, aber operieren zunächst nicht von Berlin aus. Auch innerhalb Deutschlands sollte insofern auf die besonderen Interessen Berlins (z.B. beim Community Management) genau geachtet werden; dies tun die anderen Bundesländer auch. Wichtig ist auch, dass der Ort einer solchen Einrichtung zentral und möglichst in öffentlicher Hand ist, um sich von kommerziellen Immobilien-Unternehmen unabhängig zu machen und langfristig günstige Mieten anbieten zu können. Trotzdem sollte ausreichend Fläche zur Verfügung gestellt werden können bzw.

51
52
53
54
55

Erweiterbarkeit bestehen.

Wichtig ist, dass das Berliner Game House Projekt von der gesamten lokalen Gamesbranche getragen wird. Dabei könnte das MediaNet Berlin Brandenburg ein geeignetes Forum darstellen.

Bildung

Antrag 52.1/II/2022

Fassung der Antragskommission

Der Landesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

Annahme (Konsens)

Schulbau und Sanierung bleibt unsere Priorität! (Ersetzungsantrag zu Anträgen 52-55/II/2022)

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und die
2 SPD-Fraktion werden aufgefordert, sich weiterhin mit vol-
3 ler Kraft hinter die Schulbauoffensive zu stellen.

4
5 Bereits in den Verhandlungen zum Berliner Landeshaus-
6 halt wurde seitens Senatsverwaltung für Finanzen der
7 Versuch unternommen dringend nötige Investitionen in
8 den Schulbau hinauszuschieben. Dies konnte gerade noch
9 rechtzeitig durch einen breiten öffentlichen Widerstand
10 und den Druck der SPD-Fraktion verhindert werden. Doch
11 auch jetzt plant die Senatsverwaltung für Finanzen durch
12 die Hintertür erneut Investitionsmaßnahmen zu verschie-
13 ben. Dadurch wird das Volumen der Schulbauoffensive
14 faktisch gekürzt und diese entgegen aller Bedarfe hin-
15 ausgezögert. Dies verstärkt nicht nur den enormen Schul-
16 platzmangel in Berlin, sondern widerspricht auch sämtli-
17 chen Verlautbarungen des Senats nicht an Investitionen
18 zu sparen.

19
20 Für uns ist klar: auch in Krisenzeiten werden wir keine Kür-
21 zung oder Verschiebung der Schulbauoffensive vorneh-
22 men und mit allen Kräften gegen entsprechende Vor-
23 haben wenden. Hierbei ist der aktuelle Beschluss der SPD-
24 Fraktion, eine zweite Wohnungsbaugesellschaft für den
25 Schulbau zu verpflichten, ausdrücklich zu begrüßen. Nicht
26 nur die Planungskapazitäten der Berlinovo sondern auch
27 die dabei entstehenden, zusätzlichen finanziellen Spiel-
28 räume eröffnen uns die Möglichkeit schneller mehr Plät-
29 ze zu schaffen oder zu erhalten - ein Ziel das die abso-
30 lute Priorität dieser Legislatur bleiben muss. Bei der Um-
31 setzung ist Dringlichkeit geboten, eine Verzögerung durch
32 Wahlkampf würde nur auf Kosten der dringend benötig-
33 ten Schulplätze gehen. Daher sind schon im Verlauf des
34 Jahres 2022 erste Weichen zu stellen und die Abfrage der
35 Bezirke zu starten.

36
37 Bei der vertraglichen Ausgestaltung sind folgende Aspek-
38 te zwingend zu berücksichtigen:

- 39 • Der Berlinovo-Vertrag soll analog zur HOWOGE
40 nicht nur Neubau, sondern vor allem Großsanie-
41 rung abdecken, denn nur die schnelle Übernahme
42 von Großsanierungen wird dafür sorgen, dass der
43 Erhalt der bestehenden Schulplätze in den Mittel-
44 punkt rückt.
- 45 • Des Weiteren soll mit der Berlinovo erstmalig die
46 Möglichkeit eröffnet werden, dass statt Neubau
47 temporäre Bauten errichtet werden, bspw. "fliegen-
48 de Klassenzimmer". Bisher wird diese Möglichkeit

49 vor allem vom Land selbst für Erweiterungsbauten
50 in Anspruch genommen. Aktuell steht die Zeit, die
51 ein Neubau benötigt, in Konflikt mit der Geschwin-
52 digkeit, mit der neue Plätze benötigt werden. Nicht
53 zu unterschätzen sind auch die finanziellen Aspek-
54 te, die für dasselbe Geld mehr Plätze ermöglichen.
55 Daher soll bei jedem neu zu beginnenden Projekt
56 auch die Abwägung vorgenommen werden, ob die
57 benötigten Schulplätze die Zeit haben, auf den Bau
58 einer neuen Compartmentschule zu warten, oder ob
59 nicht ein temporärer Bau schneller zum vergleichba-
60 ren Ziel führt.

- 61 • Die Verträge beider Gesellschaften sollen den
62 Tausch von Projekten ermöglichen und Übernahme
63 von Ausweichstandorten ermöglichen.
- 64 • Die Bezirke sollen für den Fall, dass ihre Maßnah-
65 men nicht von SenStadt, sondern von einer Bau-
66 gesellschaft übernommen werden, keine finanziel-
67 len Nachteile erleiden. Ihnen müssen alle Belas-
68 tungen aus dem Modell, die bei einer Bauausfüh-
69 rung in Eigenregie oder durch die Senatsverwaltung
70 für Stadtentwicklung und Wohnen nicht entstehen
71 würden (Finanzierung durch gezielte Zuweisungen
72 des Senats), ausgeglichen werden. Wir fordern da-
73 her, dass der Senat in Konkretisierung des Sidelet-
74 ters zum Rahmenvertrag mit der HOWOGE erklärt,
75 dass den Bezirken die an die HOWOGE zu leistenden
76 Mietzahlungen per Basiskorrektur und ohne Absen-
77 kung des Bezirksplafonds vollständig ausgeglichen
78 werden.

79
80 Auch wenn die Einbindung einer zweiten Wohnungsbaug-
81 esellschaft eine starke Entlastung für die Bezirke sein
82 wird und damit die zentrale Maßnahmen für die zusätz-
83 liche Beschleunigung der Schulbauoffensive, bleibt die In-
84 vestitionsplanung das zentrale Instrument für die Steue-
85 rung der unzähligen Sanierungsbedarfe dieser Stadt, die
86 auch in Zukunft in der bezirklichen Zuständigkeit bleiben
87 werden. Die SPD begrüßt, dass der Berliner Senat zugesagt
88 hat, dass – über die in der Investitionsplanung enthalte-
89 nen Schulbau- und Schulsanierungsmaßnahmen hinaus
90 – die Realisierung von Maßnahmen vorgezogen werden
91 kann.

92
93 Um der zukünftigen Ausgestaltung der Investitionspla-
94 nung erfolgreicher auszugestalten sind folgende Aspekte
95 zu berücksichtigen:

- 96 • Wir fordern mehr Transparenz bei der Erstellung von
97 I-Programm und überbezirklicher Dringlichkeitslis-
98 te. Hier müssen die Bezirke mehr Mitspracherecht
99 erhalten. Dazu sollen die Ausführungsvorschriften
100 zur Landeshaushaltsordnung so angepasst werden,
101 dass die fachliche zuständige Senatsverwaltung die
102 angewendeten Priorisierungskriterien den Bezirken
103 mitteilt, hierbei die von diesen gemeldeten Infor-

104 mationen über den baulichen Zustand (z.B. drohen-
 105 der Verlust an Schulplätzen) berücksichtigt, sowie
 106 den Bezirken vor Weiterleitung an die Senatsverwal-
 107 tung für Finanzen die Möglichkeit zur Stellungnah-
 108 me gibt.

- 109 • Die Aufnahme einer Baumaßnahme in die Investi-
 110 tionsplanung ist laut der Ausführungsvorschriften
 111 zur LHO Voraussetzung dafür, dass mit Planungen
 112 begonnen werden kann. Gäbe es mehr Freiheit zum
 113 Planen, könnten bei Verzögerungen stattdessen an-
 114 dere Maßnahmen vorangetrieben werden. Daher
 115 fordern wir die Streichung dieser Regelung in den
 116 Ausführungsvorschriften zur LHO, um den Bezirken
 117 die Freiheit einzuräumen, mehrere Maßnahmen in
 118 der Planung voranzubringen und damit bei Verzöge-
 119 rungen einzelner Maßnahmen schnell Alternativen
 120 aufnehmen zu können.
- 121 • Die dringend notwendigen Schulsanierungsmaß-
 122 nahmen in besonders betroffenen Bezirken sind mit
 123 entsprechender Verbindlichkeit abzusichern, um die
 124 baubedingte Schließung von Schulen abzuwenden
 125 und den Wegfall dringend benötigter Schulplätze
 126 nicht zu riskieren. Der Senat wird aufgefordert, diese
 127 Maßnahmen in die Investitionsplanung aufzuneh-
 128 men bzw. bei entsprechender Dringlichkeit außer-
 129 planmäßige Mittel im Sinne einer Haushaltsüber-
 130 schreitung gem. Art. 88 VvB zu genehmigen und
 131 nicht, wie bisher, einen Tausch mit Maßnahmen, die
 132 in der I-Planung sind, als zwingende Voraussetzung
 133 für die Aufnahme der dringlichen Maßnahmen vor-
 134 zusehen.
- 135 • Um das Finanzierungsbudget für Baumaßnahmen
 136 in den nächsten Jahren zu erhöhen, sollen Haus-
 137 haltsüberschüsse z.B. aus der vorläufigen Haus-
 138 haltsführung in 2022 in ein Sondervermögen einge-
 139 bracht werden.

140
 141 Für ein effektives Arbeiten im Bereich Schulbau ist eine
 142 konstruktive Zusammenarbeit der beteiligten Behörden
 143 von großer Bedeutung. Die sozialdemokratischen Bezirks-
 144 amtsmitglieder und Bezirksverordneten sollen sich daher
 145 für die Etablierung von Abstimmungsformaten auf bezirk-
 146 licher Ebene nach dem Vorbild der Taskforce Schulbau Mit-
 147 te einsetzen. Diese sollen auch die Rückkopplung zur Task-
 148 force Schulbau auf Landesebene ermöglichen.
 149

Antrag 57/II/2022

KDV Mitte

Der Landesparteitag möge beschließen:

Bildung für dich, für uns, für alle!

Empfehlung der Antragskommission

Annahme in der Fassung der AK (Kein Konsens)

1 In Berlin haben sich ca. 70.000 Geflüchtete alleine aus der
 2 Ukraine registriert, ca. 30.000 haben bisher eine Aufent-
 3 haltsgenehmigung erhalten, tausende sind noch in Be-
 4 arbeitung, während immer noch 300 Menschen täglich
 5 in Berlin ankommen. Dabei wird geschätzt, dass ca. die
 6 Hälfte der Geflüchteten Kinder und Jugendliche sind. Kin-
 7 der und Jugendliche, die beschult und betreut werden
 8 müssen, damit eine inklusives Miteinander schnell ge-
 9 lingen kann. Doch unser bereits zuvor stark überlastetes
 10 Bildungssystem ist hierfür nicht vorbereitet. Manche Be-
 11 zirksstadträte erwägen bereits, den Katastrophenschutz
 12 zu alarmieren, damit die Kinder und Jugendliche nach den
 13 Ferien in Zelten betreut und beschult werden können. Für
 14 uns ist das nicht hinnehmbar, denn alle Kinder und Ju-
 15 gendliche haben ein Recht auf gute Bildung. Denn nur so
 16 kann der Start in ein gutes, neues Leben gelingen! Hierfür
 17 sind eine Reihe von kurzfristigen Maßnahmen nötig.

18

19 **1. Bauen, mieten, enteignen!**

20 Es fehlen zur Zeit konkret an tausenden Schulplätze.
 21 Selbst ohne die ankommenden Geflüchteten aus allen
 22 Ländern, können wir den Bedarf kaum bis gar nicht de-
 23 cken. Durch die jetzige Situation ist also der beschleunig-
 24 te und langfristige Schulbau zu priorisieren. Doch selbst
 25 dann braucht es Zeit, bis der jetzige Schulbestand erwei-
 26 tert bzw. vergrößert werden kann. Alleine für die Bau-
 27 planung ist meist zwei Jahre einzuplanen. Eine kurzfristi-
 28 ge Alternative besteht in sogenannten modularen Ergän-
 29 zungsbauten. Das Problem hierbei ist, dass es zur Zeit kei-
 30 ne gibt. Aber auch hier gilt, selbst wenn es welche käuflich
 31 zu erwerben gäbe, bräuchte es zwei Jahre, um diese fach-
 32 gerecht zu montieren. Zeit die wir nicht haben. So bleibt
 33 nur eine kurzfristige Möglichkeit: Büro-, Vereins-, und re-
 34 ligiöse Gebäudeflächen anmieten. Nur hierdurch können
 35 schnell neue Schulräume geschaffen werden.

36

37 Deshalb fordern wir die SPD Mitglieder des Abgeordne-
 38 tenhauses und der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend
 39 und Familie auf, umgehend Gelder für die Bezirke frei-
 40 zugeben, um Büroflächen, Vereinsräume und - bei Siche-
 41 rung säkularer Nutzung - Flächen anerkannter Glaubens-
 42 gemeinschaften deutlich über dem eigenen Schulbedarf
 43 anzumieten. Die Zuordnung zu einer Regelschule sowie
 44 Verzahnung mit dem Unterricht der Regelklassen muss
 45 auch bei dieser Lösung erhalten bleiben.

46

47 Des weiteren fordern wir eben diese auf, dass auch das In-
 48 strument der Enteignung für eben diese Flächen geprüft
 49 wird. Da eine Enteignung zum Wohle der Allgemeinheit
 50 zulässig ist, halten wir diesen Schritt in diesem Fall für
 51 notwendig und nötig.

52

53 Als drittes fordern wir eben diese auf, ein Grundbedarf an
 54 modularen Ergänzungsbauten anzukaufen. Die derzeitige
 55 Situation zeigt uns, dass es angeraten ist besser mehr als

Antrag 57/II/2022 Gute Bildung für dich, für uns, für alle hier Lebenden und Ankommenden!

Die sozialdemokratischen Mitglieder im Senat und die
 SPD-Fraktion werden aufgefordert, sich im Sinne eines
 besseren Ankommens von geflüchteten Kindern und Ju-
 gendlichen sowie des Lehrpersonals für folgende Maß-
 nahmen einzusetzen:

1. Ausbau der Schulplatz- und Unterrichtskapazitäten für geflüchtete Kinder und Jugendliche

Unsere Priorität bei der Beschulung von neu ankome-
 nenden Kindern und Jugendlichen bleibt die Beschulung
 in Regelklassen bei Jüngeren bzw. in Sprachlern-
 klassen/Willkommensklassen bei älteren Kindern und Ju-
 gendlichen. Diese Priorität gerät jedoch aktuell aufgrund
 der eher knappen Schulplatzsituation unter Druck .

Eine gesamtstädtische Strategie für Hilfen für in Not ge-
 ratene Bezirke ist zu etablieren. Insbesondere müssen die
 durch die Geflüchteten entstehenden Schulplatzbedarfe
 zunächst einmal durch die betroffenen Senatsfachverwal-
 tungen anerkannt werden. Sodann müssen schnell und
 unbürokratisch die erforderlichen finanziellen Mittel für
 temporäre Schulbauten zur Verfügung gestellt werden.
 Zur Deckung kurzfristiger Bedarfe, soll es den Bezirken er-
 möglicht werden, diese sowohl über die Anmietung als
 auch über den Kauf von modularen Ergänzungsbauten
 sowie notfalls Schulcontainern zu decken. Es soll geprüft
 werden, wie hinsichtlich der Errichtung temporärer Schul-
 bauten (Pavillonprojekt, DFK) bereits anlaufende Formate
 überbezirklicher Dienstleistung bzw. Unterstützung aus-
 gebaut werden können. Die sozialdemokratischen Mit-
 glieder des Abgeordnetenhauses und des Senats sollen
 sich dafür einsetzen, dass diesem Vorhaben die erforder-
 liche Unterstützung hinsichtlich zusätzlicher Stellen, un-
 bürokratischer Verwaltungsabläufe sowie ggf. erforderli-
 cher gesetzgeberischer Akte gewährt wird bis hin zur Er-
 stellung von Rahmenverträgen.

**Sollte auch durch die intensivere Förderung der bestehen-
 de Strukturen, der Mangel an den bestehenden modu-
 laren Ergänzungsbauten oder Schulcontainer nicht behoben
 werden können, sollte geprüft werden, ob diese notfalls
 durch staatliche Unternehmen selbst produziert werden
 können.**

Sind weitere Kapazitäten über die Flächen der Regelschulen
 hinaus notwendig, sollen Mittel schnellstmöglich frei-
 gegeben werden, um bezirkseigener Bildungseinrichtungen
 zu nutzen. Gute Erfahrungen aus Bezirken wie Mitte
 mit Anbindung an Musik-, VHS-, sowie Jugendeinrich-
 tungen sind dabei bildungsfernen Einrichtungen vorzu-
 ziehen.

56 zu wenig modulare Ergänzungsbauten zu besitzen. Not-
57 falls sollten diese durch (ggf. neu zu gründende) staatliche
58 Unternehmen selbst produziert werden.

59

60 **2. Unterricht nur mit geeigneten Materialien**

61 Die besten Räume helfen jedoch nur wenig, wenn es an
62 geeigneten schulischen Materialien scheitert. Gerade hier
63 gibt es noch Nachholbedarf. Denn mit Heften und Co. al-
64 leine ist es nicht getan. Schüler*innen müssen auch in
65 ihren Herkunftssprachen gefördert werden. Deshalb soll
66 ausreichend Schulmaterial für alle Fächer in anderen Spra-
67 chen bedarfsgerecht angekauft werden. Zudem ist auch
68 bei pädagogischen Spielen sowie Büchern darauf zu ach-
69 ten. Daneben sollten auch alle Informationen an die Eltern
70 Übersetzungen in diesen Sprachen beinhalten.

71

72 Deshalb fordern wir die SPD Mitglieder des Abgeordne-
73 tenhauses und der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend
74 und Familie auf, geeignete Materialien für den schuli-
75 schen und pädagogischen Kontext bedarfsgerecht zu be-
76 schaffen.

77

78 **3. Digitale Angebote aus der Ukraine sicherstellen**

79 In den vergangenen Monaten hat sich gezeigt, dass gera-
80 de aus der Ukraine ein digitales schulisches Angebot auf-
81 recht erhalten wurde. So fanden entweder einzelne Un-
82 terrichtsstunde digital von der Ukraine aus statt oder es
83 wurden Lerninhalte durch das ukrainische Fernsehen wei-
84 tergegeben. Beides sorgte dafür, dass viele Kinder und Ju-
85 gendlichen zu Hause blieben, um den Anschluss zu ihrer
86 Schule in der Heimat nicht zu verlieren. Allerdings bedeu-
87 tete dies auch, dass viele Eltern die Betreuung ihre Kin-
88 der gewährleisten mussten. Hierdurch konnten weder die
89 Kinder noch die Eltern am inklusiven Miteinander in unse-
90 ren Schulen teilnehmen.

91 Dies ist ein Zustand, den wir nicht dauerhaft hinnehmen
92 dürfen.

93 Somit fordern wir die SPD Mitglieder des Abgeordneten-
94 hauses und der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und
95 Familie auf, dass digitale ukrainische (oder weitere) An-
96 gebote in den schulischen Unterricht integriert werden.

97 Die Kinder und Jugendlichen, sollten sich nicht entschei-
98 den müssen an welchem Unterricht sie teilnehmen wol-
99 len, sondern beides in einem bekommen dürfen. Die tech-
100 nischen Rahmenbedingungen sollten hierfür geschaffen
101 werden und entsprechende Mittel sind freizugeben.

102

103 **4. Anwerbung, Anerkennung und Vereinfachung**

104 Was hilft es, wenn die Räumlichkeiten und die Materialien
105 da sind, doch die Lehrkraft fehlt?

106 Zur Zeit fehlen gut 900 Lehrkräfte in Berlin. Zwar gibt es
107 eine Reihe an langfristigen Möglichkeiten, wie wir diese
108 Lücke schließen können. Doch brauchen wir angesichts
109 der derzeitigen Situation kurzfristige Lösungen. Diese be-
110 stehen aus drei Ansatzpunkten.

Hinzu sollen zweckgebundene Gelder für die Bezirke frei-
gegeben werden, um im äußersten Falle und in beson-
deren Notsituation auch Büroflächen, Vereinsräume und
- bei Sicherung sakularer Nutzung - Flächen anerkannter
Glaubensgemeinschaften deutlich über dem eigenen
Schulbedarf anzumieten. Die Zuordnung zu einer Regel-
schule sowie die Verzahnung mit dem Unterricht der Re-
gelklassen muss auch bei dieser Lösung erhalten bleiben,
wenn sie auch am schwersten zu bewerkstelligen ist.

DaZ-/DaF-Lehrkräfte sollen weiterhin den Unterricht in
besonderer Weise unterstützen und bleiben die Professi-
on der Wahl bei der Eingliederung.

2. Bereitstellung von herkunftssprachlichen analogen und digitalen Ressourcen für den Unterricht

Die kürzlich etablierten Begegnungsklassen in
Friedrichshain-Kreuzberg sowie die dualen Angebote
in Mitte sind ein Vorbild für behutsames Ankommen
der geflüchteten Kinder und Jugendlichen. In beiden
Fällen werden Lehrkräfte aus den Herkunftsländern und
Berliner Pädagog*innen gemeinsam eingesetzt, um eine
bestmögliche Begleitung der Jugendlichen sicherzustel-
len. Diese gilt es schrittweise auch in anderen Bezirken
auszubauen und den Austausch der Bezirke zu stärken.

Dafür sind personelle Ressourcen bereitzustellen, die die
Bereitstellung der Materialien in am stärksten vertrete-
nen Herkunftssprachen unter den Ankommenden Schritt
für Schritt ausbauen. Daneben sollen alle Informationen
an die Eltern auch Übersetzungen in der Herkunftsspra-
che beinhalten.

Aber nicht nur analoge, sondern auch digitale Angebote
der Herkunftsländer gilt es zu stärken und mit den An-
geboten des Landes Berlin zu verzahnen und in den Un-
terricht einzubinden. Die technischen Rahmenbedingun-
gen sollten hierfür geschaffen werden und entsprechende
Mittel sind freizugeben.

3. Eingliederung der Lehrkräfte aus dem EU- und Nicht-EU-Ausland erleichtern

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden
aufgefordert, sich innerhalb der KMK dafür einzusetzen,
dass alle Voraussetzungen zur Anerkennung eines Studi-
ums mit Lehramtsbezug oder eines Lehrkräfteabschlusses
innerhalb der EU reduziert bzw. gestrichen werden. Insbe-
sondere betrifft dies die sogenannte Zwei-Fach-Regelung,
die die Eingliederung und Anerkennung besonders er-
schwert.

Das C2 Niveau soll auf ein C1 Niveau reduziert werden. Sollte das C1 Niveau nicht nachgewiesen werden können, sollten geförderte staatliche Angebote etabliert werden.

111
 112 Zum einen müssen an allen Berliner Hochschulen Kam-
 113 pagnen gestartet werden, sich in Teilzeit an einer Schule
 114 zu bewerben. Dabei ist sekundär, ob die Studierenden in
 115 einem Lehramtsbezogenen Bachelor oder Master studie-
 116 ren oder nicht. Wichtig sind zwei Dinge: Erstens, kann das
 117 Studienfach auf ein Unterrichtsfach angewendet werden
 118 und sind Fremdsprachenkenntnisse in den Sprachen eng-
 119 lisch, ukrainisch, paschto, dari oder syrisch vorhanden. Na-
 120 türlich sollten die Studierenden nicht die vollen Aufgaben
 121 einer Lehrkraft mit übernehmen, vielmehr ist es wichtig
 122 diese in die Ganztagsbetreuung einzubinden und ggf. mit
 123 einer Lehrkraft den Unterricht zu betreuen.
 124
 125 Zum anderen sollten alle europäischen Lehramtsab-
 126 schlüsse, im Bachelor, Master oder Staatsexamen, mit so-
 127 fortiger Wirkung anerkannt werden. Zur Zeit müssen Per-
 128 sonen, die im Ausland ein Studium oder ein Lehramtsab-
 129 schluss besitzen, die Anerkennung beantragen. Dies al-
 130 leine kostet 55€ bis 222€. Des Weiteren müssen deut-
 131 sche Sprachkenntnis auf dem Niveau C2 nachgewiesen
 132 werden. Zudem muss nachgewiesen werden, dass ein Ab-
 133 schluss in zwei Fächern vorliegt. All' dies sind Hürden, die
 134 einer Anerkennung im Wege stehen und somit verhin-
 135 dern, dass eine weitere Lehrkraft unserem Schulsystem
 136 weiterhelfen kann.
 137
 138 Als drittes gibt es noch die Lehrkräfte außerhalb der euro-
 139 päischen Union, diese haben es nochmals deutlich schwe-
 140 rer ihre Abschlüsse anzuerkennen. Von bundesweit rund
 141 2500 Anträgen von zugewanderten Lehrkräften, die ihren
 142 Studienabschluss im Nicht-EU- Ausland erworben haben,
 143 werden pro Jahr nur etwa 500 anerkannt - also gerade
 144 einmal 20 Prozent. Dabei gibt es in vielen Bundesländern
 145 erfolgreiche Formate wie "InterTeach" oder "Lehrkräftep-
 146 lus". In diesen wird sowohl von der starren C2-Regel, wie
 147 auch der "Zwei-Schulfächer"- Politik abgewichen.
 148
 149 So fordern wir die SPD Mitglieder des Abgeordnetenhaus-
 150 es und der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Fa-
 151 milie auf, eine Kampagne zu entwickeln, um Studierende
 152 für die Betreuung von Kindern und Jugendlichen im Ganz-
 153 tag oder im Unterricht zu gewinnen. Es ist darauf zu ach-
 154 ten, dass die Kampagnen in verschiedenen Sprachen ge-
 155 staltet werden.
 156
 157 Desweiteren fordern wir eben diese dazu auf sich inner-
 158 halb der Kultusministerkonferenz dafür einzusetzen, dass
 159 alle Voraussetzungen zur Anerkennung eines Studiums
 160 mit Lehramtsbezug oder eines Lehrkräfteabschlusses in-
 161 nerhalb der EU reduziert bzw. gestrichen wird. Der Antrag
 162 zur Anerkennung, wie auch der Nachweis von zwei Unter-
 163 richtsfächern sollte hierbei gestrichen werden. Das C2 Ni-
 164 veau soll auf ein C1 Niveau reduziert werden. Sollte das C1
 165 Niveau nicht nachgewiesen werden können, sollten geför-

Als gutes Vorbild innerhalb der KMK soll im ersten Schritt die hohen Kosten des Anerkennungsverfahrens vom Land Berlin übernommen werden. Alle nicht EU- Absolvent*innen oder Lehrkräfte sollten zudem auch vor einem KMK Beschluss ebenfalls keinerlei Gebühren zur Anerkennung entrichten müssen. Zudem sind jegliche Verfahren auch hier zu vereinfachen und etwaige padagogische Lucken durch gezielte staatliche Fort- und Weiterbildungsangebote für Lehrkräfte aus dem nicht EU-Ausland zu schließen.

Zudem fordern wir die SPD Mitglieder des Abgeordnetenhaus und der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie auf, eine landesweite, mehrsprachige Kampagne zu entwickeln, um Studierende sehr guten Kenntnisse der häufigsten Herkunftssprachen für die Betreuung von neu angekommenen Kindern und Jugendlichen im Ganztage oder im Unterricht zu gewinnen. Es ist darauf zu achten, dass die Kampagnen in verschiedenen Sprachen gestaltet werden.

Des weiteren fordern wir, dass in Berlin nach dem Vorbild von "InterTeach" oder "Lehrkräfteplus" Angebote finanziert und geschaffen werden, die die Eingliederung der ausländischen Lehrkräfte ermöglichen, bevor die KMK-Reform erfolgt ist.

Begründung:

In Berlin haben sich ca. 70.000 Geflüchtete alleine aus der Ukraine registriert, ca. 30.000 haben bisher eine Aufenthaltsgenehmigung erhalten, tausende sind noch in Bearbeitung, während immer noch 300 Menschen täglich in Berlin ankommen. Dabei wird geschätzt, dass ca. die Hälfte der Geflüchteten Kinder und Jugendliche sind. Kinder und Jugendliche, die beschult und betreut werden müssen, damit ein inklusives Miteinander schnell gelingen kann. Doch unser bereits zuvor stark überlastetes Bildungssystem ist hierfür nicht vorbereitet. Manche Bezirksstadträte erwägen bereits, den Katastrophenschutz zu alarmieren, damit die Kinder und Jugendliche nach den Ferien in Zelten betreut und beschult werden können. Für uns ist das nicht hinnehmbar, denn alle Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf gute Bildung. Nur so kann der Start in ein gutes, neues Leben gelingen! Hierfür sind eine Reihe von kurzfristigen Maßnahmen nötig.

Es fehlen zur Zeit tausende Schulplätze und andere Ressourcen. Selbst ohne die ankommenden Geflüchteten aus allen Ländern, können wir den Bedarf kaum bis gar nicht decken. Durch die jetzige Situation ist also der beschleunigte und langfristige Schulbau zu priorisieren. Doch selbst dann braucht es Zeit, bis der jetzige Schulbestand erweitert bzw. vergrößert werden kann. Alleine für die Bauplanung sind meistens zwei Jahre einzuplanen. Eine kurzfristige Alternative besteht in sogenannten modula-

166 derte staatliche Angebote etabliert werden.
 167
 168 Als drittes fordern wir, dass nach dem Vorbild von “In-
 169 terteach” oder “Lehrkräfteplus” Angebote finanziert und
 170 geschaffen werden. Alle nicht EU- Absolvent*innen oder
 171 Lehrkräfte sollten zudem ebenfalls keinerlei Gebühren zur
 172 Anerkennung entrichten müssen. Jegliche Verfahren sind
 173 auch hier zu vereinfachen und etwaige pädagogische Lücken
 174 durch gezielte staatliche Fort- und Weiterbildungs-
 175 angebote für Lehrkräfte aus dem nicht EU-Ausland zu
 176 schließen.¹

177
 178
 179
 180
 181
 182
 183
 184
 185
 186
 187
 188
 189
 190
 191
 192
 193
 194
 195
 196
 197
 198
 199
 200
 201
 202
 203
 204
 205

ren Ergänzungsbauten. Das Problem hierbei ist, dass es zur Zeit zu wenige gibt. Aber auch hier gilt, selbst wenn es welche kauflich zu erwerben gabe, bräuchte es zwei Jahre, um diese fachgerecht zu montieren. Zeit die wir nicht haben.

In den vergangenen Monaten hat sich gezeigt, dass gerade aus der Ukraine ein digitales schulisches Angebot aufrechterhalten wurde. So fanden entweder einzelne Unterrichtsstunden digital von der Ukraine aus statt oder es wurden Lerninhalte durch das ukrainische Fernsehen weitergegeben. Beides sorgte dafür, dass viele Kinder und Jugendliche zu Hause blieben, um den Anschluss zu ihrer Schule in der Heimat nicht zu verlieren. Allerdings bedeutete dies auch, dass viele Eltern die Betreuung ihrer Kinder gewährleisten mussten. Hierdurch konnten weder die Kinder noch die Eltern am inklusiven Miteinander in unseren Schulen teilnehmen.

Zurzeit müssen Personen, die im Ausland ein Studium oder einen Lehramtsabschluss besitzen, die Anerkennung beantragen. Dies alleine kostet 55€ bis 222€. Des Weiteren müssen deutsche Sprachkenntnisse auf dem Niveau C2 nachgewiesen werden. Zudem muss nachgewiesen werden, dass ein Abschluss in zwei Fächern vorliegt. All’ dies sind Hürden, die einer Anerkennung im Wege stehen und somit verhindern, dass eine weitere Lehrkraft unserem Schulsystem weiterhelfen kann.

Von bundesweit rund 2500 Anträgen von zugewanderten Lehrkräften, die ihren Studienabschluss im Nicht-EU- Ausland erworben haben, werden pro Jahr nur etwa 500 anerkannt – also gerade einmal 20 Prozent. Dabei gibt es in vielen Bundesländern erfolgreiche Formate wie “InterTeach” oder “Lehrkräfteplus”. In diesen wird sowohl von der starren C2-Regel, wie auch der “Zwei-Schulfächer”- Politik abgewichen.

Dies ist ein Zustand, den wir nicht dauerhaft hinnehmen dürfen.

Internationales

Antrag 88/I/2022

FA I - Internationale Politik, Frieden und Entwicklung

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Völkerstrafrecht stärken auf nationaler und internationaler Ebene

1 Im Jahr 2022 Jahr feiern wir das 20-jährige Jubiläum des
 2 Inkrafttretens des Römischen, Statuts, der Gründung des
 3 Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) in Den Haag so-
 4 wie das Bestehen des Völkerstrafgesetzbuches (VStGB)
 5 in Deutschland. Anlässlich dieses Jubiläums, des erfolg-
 6 reichen Al-Khatib-Verfahrens in Koblenz, weiterer Verbre-
 7 chen in Syrien sowie der Ukraine und anderswo, sowie
 8 des Bekenntnisses im Koalitionsvertrag der Bundesregie-
 9 rung, die „Straflosigkeit bei Menschenrechtsverletzungen
 10 weltweit zu beenden“ sowie sich für die „Weiterentwick-
 11 lung des humanitären Völkerrechts einzusetzen“, fordern
 12 wir die SPD-Bundestagsfraktion sowie die sozialdemokra-
 13 tischen Mitglieder der Bundesregierung dazu auf, Völker-
 14 strafrecht auf nationaler wie internationaler Ebene kon-
 15 kret zu stärken.

16
 17 Auf nationaler Ebene betrifft dies drei zentrale Punkte:
 18 das Schließen der Regelungslücken im deutschen Völker-
 19 strafgesetzbuch und die Anpassung an das Römische Stat-
 20 ut hinsichtlich der Straftatbestände des Verschwinden-
 21 lassens sowie der sexualisierten, reproduktiven und ge-
 22 schlechtsbezogenen Gewalt; das Sicherstellen der stär-
 23 keren Beteiligung von Betroffenen und des besseren Zu-
 24 gangs der Zivilbevölkerung an Prozessen; und das Stärken
 25 der personellen und materiellen Ausstattung der für die
 26 Prozesse zuständigen Strafsenate der Oberlandesgerichte
 27 und der Generalbundesanwaltschaft sowie das Verbes-
 28 sern der internationalen Zusammenarbeit.

29
 30 Auf internationaler Ebene gilt es, den Internationalen
 31 Strafgerichtshof und Beweissicherungsmechanismen zur
 32 Aufarbeitung von Straftaten politisch und finanziell um-
 33 fassend, dauerhaft und nicht nur anlassbezogen, umfas-
 34 send zu unterstützen.

35

36 **Stärkung des Völkerstrafrechts auf nationaler Ebene**

37 **1. Verfolgen des Straftatbestands des Verschwindenlas-** 38 **sens:**

39 Das deutsche Völkerstrafgesetzbuch erkennt den Tatbe-
 40 stand des zwangsweisen Verschwindenlassens als Verbre-
 41 chen gegen die Menschlichkeit an (§ 7 I Nr. 7 a) VStGB),
 42 formuliert aber eine engere Definition im Vergleich zum
 43 Römischen Statut. Dies erschwert oftmals die Nachverfol-
 44 gung und Verurteilung des Verbrechens, wie zuletzt beim
 45 Al-Khatib Verfahren in Koblenz, und muss daher ange-
 46 passt werden.

47

Empfehlung der Antragskommission

Rücküberweisung an Antragsteller (Konsens)

Überarbeitete Fassung des FA I » Votum AK: Rücküberwei- sung an Antragsteller

Im Jahr 2022 Jahr feiern wir das 20-jährige Jubiläum des
 Inkrafttretens des Römischen, Statuts, der Gründung des
 Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) in Den Haag so-
 wie das Bestehen des Völkerstrafgesetzbuches (VStGB)
 in Deutschland. Anlässlich dieses Jubiläums, des erfolg-
 reichen Al-Khatib-Verfahrens in Koblenz, weiterer Verbre-
 chen in Syrien sowie der Ukraine und anderswo, sowie
 des Bekenntnisses im Koalitionsvertrag der Bundesregie-
 rung, die „Straflosigkeit bei Menschenrechtsverletzungen
 weltweit zu beenden“ sowie sich für die „Weiterentwick-
 lung des humanitären Völkerrechts einzusetzen“, fordern
 wir die SPD-Bundestagsfraktion sowie die sozialdemokra-
 tischen Mitglieder der Bundesregierung dazu auf, Völker-
 strafrecht auf nationaler wie internationaler Ebene kon-
 kret zu stärken.

Auf nationaler Ebene betrifft dies drei zentrale Punkte:
 die Prüfung auf und das Schließen der Regelungslücken
 im deutschen Völkerstrafgesetzbuch und die Anpassung
 an das Römische Statut hinsichtlich der Straftatbestände
 des Verschwindenlassens sowie der sexualisierten, repro-
 duktiven und geschlechtsbezogenen Gewalt; das Sicher-
 stellen der stärkeren Beteiligung von Betroffenen und der
 besseren Beteiligung der Öffentlichkeit an Prozessen; und
 das Stärken der personellen und materiellen Ausstattung
 der für die Prozesse zuständigen Strafsenate der Ober-
 landesgerichte und der Generalbundesanwaltschaft so-
 wie das Verbessern der internationalen Zusammenarbeit.

Auf internationaler Ebene gilt es, den Internationalen
 Strafgerichtshof und Beweissicherungsmechanismen zur
 Aufarbeitung von Straftaten politisch und finanziell um-
 fassend, dauerhaft und nicht nur anlassbezogen, umfas-
 send zu unterstützen.

Stärkung des Völkerstrafrechts auf nationaler Ebene

1. Verfolgen des Straftatbestands des Verschwindenlas- sens:

Das deutsche Völkerstrafgesetzbuch erkennt den Tatbe-
 stand des zwangsweisen Verschwindenlassens als Verbre-
 chen gegen die Menschlichkeit an (§ 7 I Nr. 7 a) VStGB),
 formuliert aber eine engere Definition im Vergleich zum

48 Daneben muss das Wissen über und die Fähigkeit zur Kon-
49 textualisierung des Verbrechens geschärft werden, um
50 entsprechende Ermittlungen und schließlich die Verfol-
51 gung zu gewährleisten. Hierfür sind entsprechende Schu-
52 lungen für Ermittler*innen, Staatsanwält*innen und Rich-
53 ter*innen notwendig.

54

55 **2. Abschaffung geschlechtsbezogener Verzerrungseffekte:**

56
57 Um eine effektive Verfolgung von sexualisierter, repro-
58 ductiver und geschlechtsbezogener Gewalt als Verbre-
59 chen gegen die Menschlichkeit oder als Kriegsverbrechen
60 in Deutschland zu ermöglichen, muss sich die Bundesre-
61 gierung dafür einsetzen, sowohl den Tatbestand des § 7
62 Abs. 1 Nr. 6 VStGB als auch den des § 8 Abs. 1 Nr. 4 VStGB zu
63 reformieren und jedenfalls an die Mindeststandards des
64 Römischen Statuts anzugleichen.

- 65 1. Der Tatbestand der sexuellen Sklaverei und der Auf-
66 fangtatbestand „jede andere Form sexueller Gewalt
67 von vergleichbarer Schwere“ müssen in die Auflis-
68 tung der Tathandlungen aufgenommen werden.
- 69 2. Das Tatbestandsmerkmal der erzwungenen
70 Schwangerschaft muss entsprechend der Defi-
71 nition in Art. 7 (2) (f) Römisches Statut erweitert
72 werden. Wer eine unter Anwendung von Zwang
73 geschwängerte Frau gefangen hält, muss bei Vor-
74 liegen der übrigen Tatbestandsvoraussetzungen
75 auch dann bestraft werden können, wenn dies in
76 der Absicht geschieht, schwere Verstöße gegen das
77 Völkerrecht zu begehen.
- 78 3. Der dem internationalen Strafrecht fremde Tatbe-
79 stand der sexuellen Nötigung sollte gestrichen wer-
80 den.

81

82 **3. Stärkere Beteiligung von Betroffenen an Prozessen:**

- 83 1. Um zu gewährleisten, dass die Betroffenen von Völ-
84 kerstraftaten an Strafverfahren teilnehmen können
85 und die hierfür erforderliche anwaltliche Unterstüt-
86 zung erhalten, müssen Völkerstraftaten nach dem
87 VStGB (§§ 6 – 13) in den in § 395 Abs. 1 StPO (Ne-
88 benklagebefugnis) und § 397a Abs. 1 StPO (Rechtsan-
89 spruch auf Verfahrensbeistand) enthaltenen Kata-
90 log der dort angeführten Straftaten aufgenommen
91 werden.
- 92 2. Die Kommunikation und Dokumentation von Straf-
93 verfahren zu Völkerstraftaten muss erheblich ver-
94 bessert werden, um die weltweite Aufmerksam-
95 keit über derart besondere Verfahren im Sinne des
96 Menschenrechtsschutzes zu erhöhen und Betroffe-
97 ne stärker zu involvieren. So sollte die Außenkom-
98 munikation der deutschen Gerichte, etwa von Form
99 von Pressemitteilungen oder soziale Medien, inten-
100 siviert und regelmäßig in die jeweilige Sprache der
101 Betroffenen übersetzt werden. Außerdem sollte die
102 Dokumentation durch Betroffene während der Pro-

Römischen Statut. Dies erschwert oftmals die Nachverfol-
gung und Verurteilung des Verbrechens, wie zuletzt beim
Al-Khatib Verfahren in Koblenz, weshalb eine Anpassung
geprüft werden sollte.

Daneben muss das Wissen über und die Fähigkeit zur Kon-
textualisierung des Verbrechens geschärft werden, um
entsprechende Ermittlungen und schließlich die Verfol-
gung zu gewährleisten. Hierfür sind entsprechende Schu-
lungen für Ermittler*innen, Staatsanwält*innen und Rich-
ter*innen notwendig.

2. Abschaffung geschlechtsbezogener Verzerrungseffekte:

Um eine effektive Verfolgung von sexualisierter, repro-
ductiver und geschlechtsbezogener Gewalt als Verbre-
chen gegen die Menschlichkeit oder als Kriegsverbrechen
in Deutschland zu ermöglichen, sollte die Bundesregie-
rung prüfen, ob der Tatbestand des § 7 Abs. 1 Nr. 6 VStGB
als auch der des § 8 Abs. 1 Nr. 4 VStGB reformiert werden
sollte und ob jedenfalls die Mindeststandards des Römi-
schen Statuts erfüllt sind..

1. Der Tatbestand der sexuellen Sklaverei und der Auf-
fangtatbestand „jede andere Form sexueller Gewalt
von vergleichbarer Schwere“ sollten in die Auflis-
tung der Tathandlungen aufgenommen werden.
2. Das Tatbestandsmerkmal der erzwungenen
Schwangerschaft sollte entsprechend der Defi-
nition in Art. 7 (2) (f) Römisches Statut erweitert
werden. Wer eine unter Anwendung von Zwang
geschwängerte Frau gefangen hält, muss bei Vor-
liegen der übrigen Tatbestandsvoraussetzungen
auch dann bestraft werden können, wenn dies in
der Absicht geschieht, schwere Verstöße gegen das
Völkerrecht zu begehen.
3. Der dem internationalen Strafrecht fremde Tatbe-
stand der sexuellen Nötigung sollte gestrichen wer-
den.

3. Stärkere Beteiligung von Betroffenen an Prozessen:

1. Um zu gewährleisten, dass die Betroffenen von Völ-
kerstraftaten an Strafverfahren teilnehmen können
und die hierfür erforderliche anwaltliche Unterstüt-
zung erhalten, sollte geprüft werden, ob Völkerstraf-
taten nach dem VStGB (§§ 6 – 13) in den in § 395 Abs.
1 StPO (Nebenklagebefugnis) und § 397a Abs. 1 StPO
(Rechtsanspruch auf Verfahrensbeistand) enthalte-
nen Katalog der dort angeführten Straftaten aufge-
nommen werden.
2. Die Kommunikation und Dokumentation von Straf-
verfahren zu Völkerstraftaten muss erheblich ver-
bessert werden, um die weltweite Aufmerksam-
keit über derart besondere Verfahren im Sinne des
Menschenrechtsschutzes zu erhöhen und Betroffe-
ne stärker zu involvieren. So sollte die Außenkom-
munikation der deutschen Gerichte, etwa von Form

103 zesse ermöglicht und Übersetzungsangebote ge-
 104 währleistet werden.
 105 3. Daneben muss das Angebot psychosozialer Beglei-
 106 tung der – oftmals schwer traumatisierten Opfer
 107 und Zeugen – ausgeweitet werden. Die Beiord-
 108 nung einer psychosozialen Prozessbegleitung nach
 109 § 406g StPO ist aktuell für die in § 397a StPO ge-
 110 nannten Straftaten möglich. Dazu zählen die Ver-
 111 brechen des VStGB nicht. Dies gilt es zu ändern.
 112 4. Ferner muss der Zeug*innenschutz verbessert wer-
 113 den. Als Vorbild können hier die Mechanismen des
 114 IStGH dienen.

115

116 **Ausstattung der deutschen Gerichte verbessern und in-** 117 **ternationale Kooperation vertiefen**

118 Es ist zu begrüßen, dass die personellen Mittel der Gene-
 119 ralbundesanwaltschaft in den letzten Jahren erhöht wur-
 120 den. Diese Mittel müssen jedoch weiter gestärkt werden.
 121 Um die Verfahren erfolgreich durchzuführen, muss insbe-
 122 sondere gewährleistet werden, dass auch die Spezialab-
 123 teilungen innerhalb der einzelnen Anklagebehörden mit
 124 ausreichenden Personalmitteln ausgestattet sind. Im In-
 125 teresse einer Effizienzsteigerung sollte geprüft werden, ob
 126 die Gerichtsbarkeit bei einem Oberlandesgericht gebün-
 127 delt werden kann, das die Verfahren in Deutschland zen-
 128 tral bearbeitet.

129

130 Von zentraler Bedeutung für die Ermittlungen der
 131 Justizbehörden ist die Zusammenarbeit mit dem ent-
 132 sprechenden Referat beim Bundeskriminalamt (Referat
 133 Völkerstrafrecht-Zentralstelle für die Bekämpfung von
 134 Kriegsverbrechen (ZBKV)) und den ZBKV-Ansprechstellen
 135 der Landeskriminalämter. Auf eine Stärkung dieser
 136 Stellen sollte hingewirkt werden.

137

138 Den Austausch mit der internationalen Strafgerichtsbar-
 139 keit und neuen Beweissicherungsverfahren wie dem von
 140 der UN-Generalversammlung geschaffenen IIIM- Mecha-
 141 nismus für Syrien oder dem vom UN-Menschenrechtsrat
 142 eingerichteten IIMM für Myanmar muss weiter vertieft
 143 werden. Der IIIM und IIMM könnte in einen permanenten
 144 Mechanismus umgewandelt werden, der bei Bedarf zur
 145 Anwendung käme, um Beweise zu sammeln und schließ-
 146 lich nationale und internationale Strafverfolgungsbemü-
 147 hungen zu unterstützen.

148

149 Daneben muss die zwischenstaatliche Zusammenarbeit
 150 ausgebaut werden. Innerhalb der EU gilt es, die Koope-
 151 ration im Rahmen des EU Genocide Networks zu stär-
 152 ken. Bei der Ermittlungszusammenarbeit können die EU-
 153 Agenturen, insbesondere Eurojust und Europol, einen
 154 wichtigen Beitrag leisten. Die Bundesregierung sollte fer-
 155 ner auf eine gemeinsame Initiative europäischer Staaten
 156 zur Stärkung der Strafgerichtsbarkeit sowie auf eine Har-
 157 monisierung der nationalen Völkerstrafrechtsansätze in-

von Pressemitteilungen oder soziale Medien, inten-
 siviert und regelmäßig in die jeweilige Sprache der
 Betroffenen übersetzt werden. Außerdem sollte die
 Dokumentation durch Betroffene während der Pro-
 zesse ermöglicht und Übersetzungsangebote ge-
 währleistet werden.

3. Daneben muss das Angebot psychosozialer Beglei-
 tung der – oftmals schwer traumatisierten Opfer
 und Zeugen – ausgeweitet werden. Die Beiord-
 nung einer psychosozialen Prozessbegleitung nach
 § 406g StPO ist aktuell für die in § 397a StPO ge-
 nannten Straftaten möglich. Dazu zählen die Ver-
 brechen des VStGB nicht. Die Aufnahme passender
 Tatbestände des VStGB sollte geprüft werden.
4. Ferner sollte geprüft werden, ob der Zeug*innen-
 schutz verbessert werden kann. Als Vorbild können
 hier die Mechanismen des IStGH dienen.

524 **Ausstattung der deutschen Gerichte verbessern und in-** 525 **ternationale Kooperation vertiefen**

526 Es ist zu begrüßen, dass die personellen Mittel der Gene-
 527 ralbundesanwaltschaft in den letzten Jahren erhöht wur-
 528 den. Diese Mittel müssen jedoch weiter gestärkt werden.
 529 Um die Verfahren erfolgreich durchzuführen, muss insbe-
 530 sondere gewährleistet werden, dass auch die Spezialab-
 531 teilungen innerhalb der einzelnen Anklagebehörden mit
 532 ausreichenden Personalmitteln ausgestattet sind. Im In-
 533 teresse einer Effizienzsteigerung sollte geprüft werden, ob
 534 die Gerichtsbarkeit bei einem Oberlandesgericht gebün-
 535 delt werden kann, das die Verfahren in Deutschland zen-
 536 tral bearbeitet.

Von zentraler Bedeutung für die Ermittlungen der
 Justizbehörden ist die Zusammenarbeit mit dem ent-
 sprechenden Referat beim Bundeskriminalamt (Referat
 Völkerstrafrecht-Zentralstelle für die Bekämpfung von
 Kriegsverbrechen (ZBKV)) und den ZBKV-Ansprechstellen
 der Landeskriminalämter. Auf eine Stärkung dieser
 Stellen sollte hingewirkt werden.

Den Austausch mit der internationalen Strafgerichtsbar-
 keit und neuen Beweissicherungsverfahren wie dem von
 der UN-Generalversammlung geschaffenen IIIM- Mecha-
 nismus für Syrien oder dem vom UN-Menschenrechtsrat
 eingerichteten IIMM für Myanmar muss weiter vertieft
 werden. Der IIIM und IIMM könnte in einen permanenten
 Mechanismus umgewandelt werden, der bei Bedarf zur
 Anwendung käme, um Beweise zu sammeln und schließ-
 lich nationale und internationale Strafverfolgungsbemü-
 hungen zu unterstützen.

Daneben muss die zwischenstaatliche Zusammenarbeit
 ausgebaut werden. Innerhalb der EU gilt es, die Koope-
 ration im Rahmen des EU Genocide Networks zu stär-
 ken. Bei der Ermittlungszusammenarbeit können die EU-

158 innerhalb der EU hinwirken.
 159
 160 An das Bündnis gegen Straflosigkeit im Rahmen der Alli-
 161 anz für Multilateralismus gilt es anzuknüpfen und konkre-
 162 te Initiativen zu entwickeln und umzusetzen. Ein weite-
 163 rer Anknüpfungspunkt könnte die Alliance for Democracy
 164 sein.

165
 166 **Stärkung des Völkerstrafrechts auf internationaler Ebene**
 167 Dem Internationalen Strafgerichtshof kommt unverän-
 168 dert eine zentrale Position in der Verfolgung von Völker-
 169 straftaten zu. Es ist dringend notwendig, dass die Bundes-
 170 regierung an ihrer finanziellen und politischen Unterstüt-
 171 zung des IstGH anknüpft und weiter ausbaut sowie ande-
 172 re Staaten kontinuierlich davon überzeugt, dies ebenfalls
 173 zu tun. Zudem sind Investitionen, etwa in digitale Tech-
 174 nologien, zur zeitgemäßen Verbrechensaufarbeitung un-
 175 erlässlich geworden. Neben der unzureichenden finanzia-
 176 ellen Ausstattung für die große Bandbreite an Verfahren
 177 ist ein Grundproblem beim IstGH die fehlende Planungs-
 178 sicherheit des eigenen Personals aufgrund einer relativ
 179 kurzfristigen Budgetplanung. Die aktuellen Ermittlungs-
 180 bemühungen zu den russischen Verbrechen in der Ukrai-
 181 ne verdeutlichen die Notwendigkeit, Kapazitäten zur Nut-
 182 zung, Auswertung und Überprüfung digitaler Informa-
 183 tionen zu stärken. Neben der Mittelserhöhung muss die
 184 Bundesregierung zugleich auf die konsequente Umset-
 185 zung der aktuellen Reformprozesse des IstGH, einschließ-
 186 lich der Reform des Auswahlverfahrens der Richter*innen,
 187 drängen.

188
 189 Daneben sollte sich die Bundesregierung weiterhin bi-
 190 lateral und multilateral dafür einsetzen, dass sich wei-
 191 tere Staaten dem IstGH anschließen. Bei zentralen in-
 192 ternationalen Akteuren wie den USA als ständigem Mit-
 193 glied des UN-Sicherheitsrats muss die Bundesregierung
 194 ihre Bemühungen fortsetzen, eine Unterstützung der
 195 Arbeit des IstGH etwa in Form von Überweisungen
 196 von unter das Völkerstrafrecht fallenden Fällen (Kriegs-
 197 verbrechen, Genozidverbrechen, Verbrechen gegen die
 198 Menschlichkeit) durch den UN-Sicherheitsrat oder den
 199 UN-Menschenrechtsrat an den IstGH oder ein gleichwer-
 200 tiges Ad-hoc-Tribunal sowie durch Unterstützung von Er-
 201 mittlungen des Chefanklägers des IstGH zu erreichen.

202
 203 Neben der Unterstützung für den IstGH sollte sich Bun-
 204 desregierung dafür engagieren, internationale Beweissi-
 205 cherungsmechanismen (aktuell für Syrien, Irak, Myanmar)
 206 zu stärken und darauf zu drängen, eine enge Zusammen-
 207 arbeit mit lokalen Organisationen zu gewährleisten.

208
 209 Um die Kriegsverbrechen in Syrien, Jemen und jüngst in
 210 der Ukraine zu ahnden, sollte sich die Bundesregierung
 211 dafür einsetzen, Prozesse entweder durch ein Mandat des
 212 UN-Sicherheitsrats für den IstGH oder durch Schaffung ei-

Agenturen, insbesondere Eurojust und Europol, einen
 wichtigen Beitrag leisten. Die Bundesregierung sollte fer-
 ner auf eine gemeinsame Initiative europäischer Staaten
 zur Stärkung der Strafgerichtsbarkeit sowie auf eine Har-
 monisierung der nationalen Völkerstrafrechtsansätze in-
 nerhalb der EU hinwirken.

An das Bündnis gegen Straflosigkeit im Rahmen der Alli-
 anz für Multilateralismus gilt es anzuknüpfen und konkre-
 te Initiativen zu entwickeln und umzusetzen. Ein weite-
 rer Anknüpfungspunkt könnte die Alliance for Democracy
 sein.

Stärkung des Völkerstrafrechts auf internationaler Ebene
 Dem Internationalen Strafgerichtshof kommt unverän-
 dert eine zentrale Position in der Verfolgung von Völker-
 straftaten zu. Es ist dringend notwendig, dass die Bundes-
 regierung an ihrer finanziellen und politischen Unterstüt-
 zung des IstGH anknüpft und weiter ausbaut sowie ande-
 re Staaten kontinuierlich davon überzeugt, dies ebenfalls
 zu tun. Zudem sind Investitionen, etwa in digitale Tech-
 nologien, zur zeitgemäßen Verbrechensaufarbeitung un-
 erlässlich geworden. Neben der unzureichenden finanzia-
 ellen Ausstattung für die große Bandbreite an Verfahren
 ist ein Grundproblem beim IstGH die fehlende Planungs-
 sicherheit des eigenen Personals aufgrund einer relativ
 kurzfristigen Budgetplanung. Die aktuellen Ermittlungs-
 bemühungen zu den russischen Verbrechen in der Ukrai-
 ne verdeutlichen die Notwendigkeit, Kapazitäten zur Nut-
 zung, Auswertung und Überprüfung digitaler Informa-
 tionen zu stärken. Neben der Mittelserhöhung muss die
 Bundesregierung zugleich auf die konsequente Umset-
 zung der aktuellen Reformprozesse des IstGH, einschließ-
 lich der Reform des Auswahlverfahrens der Richter*innen,
 drängen.

Daneben sollte sich die Bundesregierung weiterhin bi-
 lateral und multilateral dafür einsetzen, dass sich wei-
 tere Staaten dem IstGH anschließen. Bei zentralen in-
 ternationalen Akteuren wie den USA als ständigem Mit-
 glied des UN-Sicherheitsrats muss die Bundesregierung
 ihre Bemühungen fortsetzen, eine Unterstützung der
 Arbeit des IstGH etwa in Form von Überweisungen
 von unter das Völkerstrafrecht fallenden Fällen (Kriegs-
 verbrechen, Genozidverbrechen, Verbrechen gegen die
 Menschlichkeit) durch den UN-Sicherheitsrat oder den
 UN-Menschenrechtsrat an den IstGH oder ein gleichwer-
 tiges Ad-hoc-Tribunal sowie durch Unterstützung von Er-
 mittlungen des Chefanklägers des IstGH zu erreichen.

Neben der Unterstützung für den IstGH sollte sich Bun-
 desregierung dafür engagieren, internationale Beweissi-
 cherungsmechanismen (aktuell für Syrien, Irak, Myanmar)
 zu stärken und darauf zu drängen, eine enge Zusammen-
 arbeit mit lokalen Organisationen zu gewährleisten.

213 nes Ad-hoc-Tribunals einzuleiten.

214

215 **Begründung**

216 Wir Sozialdemokrat*innen bekennen uns zur Idee der
217 Menschenrechte als universellem Versprechen von Frei-
218 heit und Selbstbestimmung sowie zur internationalen
219 Verantwortung und Solidarität. Das Inkrafttreten des Rö-
220 mischen Statuts und des Internationalen Strafgerichts-
221 hofs (IStGH) im Jahr 2002 sowie die geschaffenen Straf-
222 tatbestände des Völkermords, des Verbrechens gegen die
223 Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Verbrechen der Ag-
224 gression sind ein wegweisender Schritt in der Weiter-
225 entwicklung des humanitären Völkerrechts. Staaten wie
226 Deutschland können im nationalen Recht die wichtige Ar-
227 beit des IStGH in Den Haag dahingehend unterstützen, in-
228 dem sie diese Straftatbestände auch selbst ahnden (*Welt-*
229 *rechtsprinzip*). Der Krieg in der Ukraine führt der interna-
230 tionalen Staatengemeinschaft noch einmal sehr deutlich
231 vor Augen, dass die Stärkung der völkerstrafrechtlichen
232 Ahndung dieser Verbrechen wichtiger ist, denn je.

233

234

235

236

237

Um die Kriegsverbrechen in Syrien, Jemen und jüngst in der Ukraine zu ahnden, sollte sich die Bundesregierung dafür einsetzen, Prozesse entweder durch ein Mandat des UN-Sicherheitsrats für den IStGH oder durch Schaffung eines Ad-hoc-Tribunals einzuleiten.

Begründung

Wir Sozialdemokrat*innen bekennen uns zur Idee der Menschenrechte als universellem Versprechen von Freiheit und Selbstbestimmung sowie zur internationalen Verantwortung und Solidarität. Das Inkrafttreten des Römischen Statuts und des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) im Jahr 2002 sowie die geschaffenen Straftatbestände des Völkermords, des Verbrechens gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Verbrechen der Aggression sind ein wegweisender Schritt in der Weiterentwicklung des humanitären Völkerrechts. Staaten wie Deutschland können im nationalen Recht die wichtige Arbeit des IStGH in Den Haag dahingehend unterstützen, indem sie diese Straftatbestände auch selbst ahnden (*Weltrechtsprinzip*). Der Krieg in der Ukraine führt der internationalen Staatengemeinschaft noch einmal sehr deutlich vor Augen, dass die Stärkung der völkerstrafrechtlichen Ahndung dieser Verbrechen wichtiger ist, denn je.

Integration, Migration

Antrag 107/II/2022

AG Migration und Vielfalt LDK

Der Landesparteitag möge beschließen:

Willkommenskultur stärken, personelle Vielfalt vorleben, Einbürgerungen steigern - die SPD will das neue Landeseinbürgerungszentrum als Leuchtturmprojekt an den Start bringen

1 Die sozialdemokratischen Senatsmitglieder und die SPD-
2 Fraktion im Abgeordnetenhaus werden aufgefordert da-
3 für Sorge zu tragen, dass bei dem im Aufbau befindlichen
4 Landeseinbürgerungszentrum, Vielfalt auf allen Ebenen
5 des Amtes bis in die Spitze personell vorgelebt und eine
6 wertschätzende Willkommenskultur gegenüber den Ein-
7 bürgerungsantragssteller:innen etabliert wird.

8 Das richtige politische Ziel einer deutlichen Steigerung
9 der Einbürgerungen kann nur gelingen, wenn eine posi-
10 tive Identifikation der eingewanderten Bevölkerung mit
11 dem Landeseinbürgerungszentrum und seinen vielfälti-
12 gen Beschäftigten sowie der gelebten Willkommenskul-
13 tur entsteht und ein starker Servicegedanke den Geist des
14 Amtes prägt, der Einbürgerungswilligen Wertschätzung
15 und Unterstützung auf dem Weg zur deutschen Staats-
16 bürgerschaft entgegenbringt und bestehende Hürden im
17 Antragsverfahren entsprechend der rechtlichen Vorgaben
18 im Sinne der Antragstellenden überwinden hilft.

19

20 Daher fordern wir: Um die personelle und kulturelle Auf-
21 stellung im Sinne einer inklusiven und diversitätsorien-
22 tierten Behörde zu meistern, ist das Gesetz zur Förderung
23 der Partizipation in der Migrationsgesellschaft (PartMigG)
24 anzuwenden und die fachliche Expertise der vom Land
25 Berlin extra dafür geschaffenen und finanzierten Fach-
26 stelle Diversitätsorientierte Organisations- und Kompe-
27 tenzentwicklung im Land Berlin (Fachstelle DOKE) zu be-
28 teiligen, die den Prozess begleitet.

29

30 Begründung

31 Das Land Berlin hat angekündigt, dass es mit der Errich-
32 tung des Landeseinbürgerungszentrums seine Einbürge-
33 rungszahlen auf jährlich 20.000 steigern und damit mehr
34 als verdreifachen will. Denn die Schere zwischen Wohn-
35 und Wahlbevölkerung geht immer weiter auseinander.
36 Mehr als 36 % der Berliner:innen haben mittlerweile ei-
37 nen Migrationsbackground, aber nur ein Drittel ist einge-
38 bürgert, obwohl die Mehrheit schon so lange in Deutsch-
39 land lebt, dass sie einen Einbürgerungsanspruch hat. Ne-
40 gative Erfahrungen mit Ausländerbehörden und bislang
41 fehlende Möglichkeiten der Mehrstaatigkeit haben ganze
42 Generationen von einer Einbürgerung abgehalten.

43

44 Das wird sich mit der Staatsbürgerschaftsreform 2023
45 im Bund ändern. Kürzere Einbürgerungsanspruchsfristen
46 und doppelte Staatsbürgerschaften werden dann Realit-
47 tät. Viele, die bisher einer Einbürgerung skeptisch gegen-

Empfehlung der Antragskommission

Annahme in der Fassung der AK (Konsens)

Die sozialdemokratischen Senatsmitglieder und die SPD-
Fraktion im Abgeordnetenhaus werden aufgefordert da-
für Sorge zu tragen, dass bei dem im Aufbau befindlichen
Landeseinbürgerungszentrum, Vielfalt auf allen Ebenen
des Amtes bis in die Spitze personell vorgelebt und eine
wertschätzende Willkommenskultur gegenüber den Ein-
bürgerungsantragssteller:innen etabliert wird.

Das richtige politische Ziel einer deutlichen Steigerung
der Einbürgerungen kann nur gelingen, wenn eine posi-
tive Identifikation der eingewanderten Bevölkerung mit
dem Landeseinbürgerungszentrum und seinen vielfälti-
gen Beschäftigten sowie der gelebten Willkommenskul-
tur entsteht und ein starker Servicegedanke den Geist des
Amtes prägt, der Einbürgerungswilligen Wertschätzung
und Unterstützung auf dem Weg zur deutschen Staats-
bürgerschaft entgegenbringt und bestehende Hürden im
Antragsverfahren entsprechend der rechtlichen Vorgaben
im Sinne der Antragstellenden überwinden hilft.

**Wir werden sicherstellen, dass die personelle und kultu-
relle Aufstellung im Sinne einer inklusiven und diversi-
tätsorientierten Behörde gemeistert wird. Die strategi-
sche Grundlage dafür ist das Gesetz zur Förderung der Par-
tizipation in der Migrationsgesellschaft (PartMigG) und
die fachliche Expertise der Fachstelle Diversitätsorientier-
te Organisations- und Kompetenzentwicklung im Land
Berlin (Fachstelle DOKE), welche maßgeblich den Orga-
nisationsentwicklungsprozess der neuen Behörde beglei-
ten wird.**

48 überstanden, könnten dann positiv umgestimmt werden,
49 wenn das Landeseinbürgerungszentrum diese Chance po-
50 sitiv für sich nutzt und eine Identifikation durch eine Will-
51 kommenskultur und eine personelle Vielfalt im Amt selbst
52 herstellt. Vor allem die in der Öffentlichkeit sichtbare Lei-
53 tungsebene entscheidet über das Image dieser neuen Be-
54 hörde. Deshalb ist die personelle Vielfalt nicht nur in den
55 Fachebenen sondern auch an der Spitze des Landesein-
56 bürgerungszentrums von großer Bedeutung.

57

58 Vor allem die SPD Berlin pusht das Landeseinbürge-
59 rungszentrum als Leuchtturmprojekt der Landespolitik.
60 Sie steht für Respekt und gleiche Rechte. Von ihr und
61 ihren Mitgliedern in den Landesressorts und der Frak-
62 tion wird abhängen, ob das richtige politische Ziel, die
63 Einbürgerungszahlen im Land Berlin deutlich zu stei-
64 gern, erreicht wird. Dies kann nur gelingen, wenn ne-
65 ben der inhaltlich-fachlichen Ausrichtung des Landesein-
66 bürgerungszentrums auch eine gelebte personelle Viel-
67 falt und eine Willkommenskultur das Amt prägt, die An-
68 tragstellende nicht als Bittsteller wahrnimmt, sondern die
69 ihren Wunsch, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erwerben,
70 positiv aufgreift und zum Erfolg führt. Das seit Jahren
71 erfolgreich im Sinne dieser Willkommenskultur arbeiten-
72 de Willkommenszentrum kann hier als Anregung dienen.

Inneres / Recht**Antrag 163/II/2022****Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Mehr Polizei bedeutet nicht mehr Sicherheit – Keine Polizeiwache am Kotti!**

1 Das Kottbusser Tor ist Begegnungsort für viele Men-
 2 schen der Berliner Stadtgesellschaft. Immer wieder ist das
 3 Kottbusser Tor ein polarisierendes Diskussionsthema. Sei
 4 in der mietenpolitischen Debatte über das Neue Kreuz-
 5 berger Zentrum (NKZ), den Umgang mit Drogenkonsum-
 6 ment*innen und Obdach- und Wohnungslosigkeit oder
 7 das Vorgehen der Berliner Polizei an einem durch sie selbst
 8 definierten "kriminalitätsbelasteten Ort". Dass nun gera-
 9 de am Kotti die Polizeipräsenz verstärkt werden soll, hat
 10 System: Als kriminalitätsbelastete Orte werden meistens
 11 solche Orte definiert, an denen viele Black, Indigenous,
 12 and People of Color (BIPoCs) leben und arbeiten. Dass
 13 hier bisher verdachtsunabhängige Polizeimaßnahmen er-
 14 laubt sind, führt dazu, dass überproportional viele BIPoCs
 15 von diesen Maßnahmen betroffen sind. Auch durch die-
 16 sen Teufelskreis werden Narrative von kriminellen "Aus-
 17 ländern" seit Jahrzehnten in der öffentlichen Debatte be-
 18 feuert. In diese Diskussion kommt nun der Vorstoß der
 19 Senatsverwaltung für Inneres, im ersten Stock des Neuen
 20 Kreuzberger Zentrum eine Polizeiwache zu errichten. Als
 21 Vorbild dient die Polizeiwache am Alexanderplatz, die ak-
 22 tuell wegen Rassismuskorruptionen und Beschuldigung der
 23 Körperverletzung im Amt in der Kritik steht. Wir Jusos se-
 24 hen uns daher in unserer Position bestärkt, dass mehr
 25 Polizeipräsenz nicht zu mehr Sicherheit führt. Eine höhe-
 26 re Polizeipräsenz verstärkt vorherrschende Machtstruktu-
 27 ren und führt zu stärkerer Ausgrenzung marginalisierter
 28 Gruppen. Gleichzeitig fühlen sich BIPoC durch vermehrte
 29 Polizeipräsenz oft alles andere als sicher, da für die-
 30 se Communitys die Gefahr steigt, Racial Profiling ausge-
 31 setzt zu sein und Polizeigewalt zu erleben. Wenn über-
 32 haupt, steigt das subjektive Sicherheitsgefühl durch die
 33 Anwesenheit der Polizei somit nur für weiße Menschen.
 34 Wir Jusos stehen für einen inklusiven Sicherheitsbegriff,
 35 der die soziale Sicherheit in den Blick nimmt und sich auch
 36 an den Bedürfnissen marginalisierter Gruppen wie FINTA,
 37 BIPoC und Menschen mit Behinderungen orientiert. Wäh-
 38 rend die Polizeiwache am Kottbusser Tor insgesamt von
 39 einigen Anwohner*innen und örtlichen Gastronom*innen
 40 gefordert wird und sich auch im Bezirk und im Land die
 41 Fraktionen der Grünen, Linken und SPD für eine Wache
 42 am Kottbusser Tor ausgesprochen haben, ist der nun fest-
 43 gelegte Standort mehr als problematisch. Die Polizeiwache
 44 soll im ersten Stock des NKZ durch eine Glasfassade
 45 Überblick über das gesamte Kottbusser Tor haben. Dabei
 46 ist die Wache weder barrierefrei zugänglich noch räum-
 47 lich ausreichend dimensioniert für eine dauerhafte Beset-
 48 zung. Dennoch wurde der Mietvertrag ohne eine vorheri-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)****Änderung Überschrift "Solidarische Sicherheit stärken:
Für ein präventives Gesamtkonzept am Kotti!"**

Das Kottbusser Tor ist Begegnungsort für viele Menschen der Berliner Stadtgesellschaft. Immer wieder ist das Kottbusser Tor ein polarisierendes Diskussionsthema. Sei es in der mietenpolitischen Debatte über das Neue Kreuzberger Zentrum (NKZ), den Umgang mit Drogenkonsum*innen und Obdach- und Wohnungslosigkeit, die häufigen Polizeieinsätze oder die Definition als kriminalitätsbelasteter Ort und den damit einhergehenden besonderen polizeilichen Befugnissen. Dass am Kottbusser Tor überdurchschnittlich viele BIPoCs (Black, Indigenous, and People of Color) leben und verdachtsunabhängige Polizeimaßnahmen an kriminalitätsbelasteten Orten bisher erlaubt sind, führt dazu, dass überproportional viele BIPoCs von diesen Maßnahmen betroffen sind und die Befürchtung, Racial Profiling ausgesetzt zu sein, steigt. Das bisher fehlende Lichtkonzept führt dazu, dass insbesondere Frauen und queere Personen sich am Kottbusser Tor in der Dunkelheit oft nicht sicher fühlen.

Unser Ziel ist es, das Kottbusser Tor für alle Bevölkerungsgruppen zu einem lebenswerteren und sichereren Ort zu machen. Mehr Polizeipräsenz allein ist für uns kein Garant für mehr Sicherheit, sondern muss im Sinne unseres inklusiven Sicherheitsbegriffs mit sozialen Maßnahmen flankiert werden, die sich besonders an den Bedürfnissen marginalisierter Gruppen orientieren. Dabei wollen wir für die Interessen der Anwohner*innen ansprechbar sein und sie in die Planung unserer Sicherheitsarchitektur bestmöglich einbeziehen.

Wir fordern daher unsere sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und Abgeordnetenhauses auf, im Zuge der Errichtung der Kotti-Wache auf Folgendes hinzuwirken:

- Die Ausarbeitung weiterer städtebaulicher Entwicklungskonzepte wie Beleuchtungskonzepte für eine ganzheitlich gedachte Sicherheit
- Die enge Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen vor Ort wie beispielsweise dem Fixpunkt e.V. und dem Mieterrat des Neuen Kreuzberger Zentrums (NKZ) bei der weiteren kommunalen Entwicklung des Kottbusser Tors
- Eine stärkere Finanzierung und Bereitstellung von mehr Drogenkonsumräumen
- Ausbau der Zusammenarbeit mit Streetworker*innen und Suchtberater*innen

49 ge gesamtgesellschaftliche oder innerparteiliche Debatte
 50 ein paar Tage vor dem Landesparteitag der SPD Berlin un-
 51 terschrieben. Dieses Vorgehen trägt nicht zur allgemeinen
 52 Akzeptanz der Maßnahme bei.

53

54 Abgesehen von den grundsätzlichen Argumenten gegen
 55 die Wache haben sich sowohl einige der Anwohner*in-
 56 nen und Gastronomiebetreiber*innen, als auch die SPD-
 57 Fraktion der BVV Friedrichshain-Kreuzberg deutlich gegen
 58 den gewählten Standort positioniert. Aus Kreisen der Se-
 59 natsverwaltung für Inneres heißt es, es wären mehrere
 60 mögliche Standorte geprüft worden und der nun gewähl-
 61 te Platz sei die bestmögliche Lösung. Eine transparente
 62 Liste der geprüften Standorte und der zugrundeliegenden
 63 Auswahlkriterien existiert jedoch nicht. Die Polizeiwache
 64 ist Teil eines Gesamtkonzepts für das Kottbusser Tor, das
 65 neben der Polizeipräsenz eine stärkere Unterstützung der
 66 sozialen Projekte vor Ort und ein Konzept für mehr Sau-
 67 berkeit vorsieht. Diese sind in der Verantwortung der Se-
 68 natsverwaltung für Soziales und dem Straßen- und Grün-
 69 flächenamt. Nach der Vorstellung des Plans für die Polizei-
 70 wache halten sich die anderen Ressorts leider sehr zurück
 71 mit der Umsetzung ihrer Verantwortlichkeiten. Ursprüng-
 72 lich waren Finanzmittel von 250.000 Euro für den Neubau
 73 der Wache vorgesehen, inzwischen belaufen sich die Kos-
 74 ten auf 3,75 Millionen. Dieses Geld wäre aus unserer Sicht
 75 mit Investitionen in soziale Projekte, eine bessere Ausstat-
 76 tung der Drogenkonsumräume und mehr Sauberkeit der
 77 Straßen- und Grünflächen sinnvoller angelegt.

78

79 Wir fordern daher von der SPD-Fraktion im Abgeordne-
 80 tenhaus sowie den sozialdemokratischen Mitgliedern des
 81 Berliner Senats:

- 82 • Den Stopp der Planungen und Baumaßnahmen der
- 83 Polizeiwache am Kottbusser Tor
- 84 • Eine stärkere Finanzierung und Bereitstellung von
- 85 mehr Drogenkonsumräumen
- 86 • Ausbau der Zusammenarbeit mit Streetworker*in-
- 87 nen und Suchtberater*innen
- 88 • Offenlegung der Liste der geprüften Standorte für
- 89 die geplante Polizeiwache am Kottbusser Tor
- 90 • Umsetzung des im Koalitionsvertrag verankerten
- 91 Racial-Profilings-Verbot
- 92 • Einwirken auf die Senatsverwaltung für Umwelt,
- 93 Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz zur Um-
- 94 setzung ihres Sauberkeits- und Grünflächenkon-
- 95 zepts, sowie auf das Straßen- und Grünflächenamt
- 96 für das Kottbusser Tor
- 97 • Einwirken auf die Senatsverwaltung für Integration,
- 98 Arbeit und Soziales zur Umsetzung des Sozialkon-
- 99 zepts für das Kottbusser Tor

100

- Die unverzügliche Umsetzung des im Koalitionsver-
 trag verankerten Racial-Profilings-Verbot im Allge-
 meinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG)
 sowie einer Regelung, dass Identitätsprüfungen an
 kriminalitätsbelasteten Orten im ASOG an das Ver-
 halten anknüpfen,
- Einwirken auf die Senatsverwaltung für Umwelt,
 Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz zur Um-
 setzung ihres Sauberkeits- und Grünflächenkon-
 zepts, sowie auf das Straßen- und Grünflächenamt
 für das Kottbusser Tor
- Einwirken auf die Senatsverwaltung für Integration,
 Arbeit und Soziales zur Umsetzung des Sozialkon-
 zepts für das Kottbusser Tor

Digital / Medien / Datenschutz**Antrag 150/I/2022****KDV Neukölln****Der Landesparteitag möge beschließen:****Hände weg von den Daten - Kein Big Data für die Polizei!**

1 Durch die fortschreitende Digitalisierung lassen sich immer
 2 mehr Daten über Menschen und ihr Leben erheben.
 3 Diese Daten entstehen maßgeblich im digitalen Raum.
 4 So zeigen immer wieder Untersuchungen, dass Unmen-
 5 gen an Daten im Internet über die Nutzer*innen gesam-
 6 melt werden – oftmals ohne ihr Wissen. Weiterhin gibt
 7 es Berichte, dass selbst digitale Profile von Menschen von
 8 Diensten angelegt werden, die diese Dienste (z.B. Face-
 9 book) gar nicht selbst nutzen. Klar ist: Es werden immer
 10 mehr Daten über Menschen erhoben, ob sie es wissen
 11 oder nicht.
 12 Im Zuge der Pandemiebekämpfung wurden auch Apps
 13 zur Kontaktnachverfolgung eingesetzt. So arbeitete die
 14 Corona-Warn-App mit Open Source (also einem öffent-
 15 lich einsehbar und bearbeitbaren Code) und möglichst
 16 datensparsam, um die notwendigen Daten zur Kontaktnach-
 17 verfolgung zu erheben. Neben der von der öffent-
 18 lichen Hand finanzierten Corona-Warn-App gab es auch
 19 kommerzielle Alternativen, wie die Luca-App. Diese wur-
 20 de vor allem zur Kontaktnachverfolgung in Restaurants
 21 eingesetzt. Dazu musste allerdings immer ein Name ein-
 22 gegeben werden, sodass die Nutzung - anders als bei
 23 der Corona-Warn-App - nicht anonym war. Diese fehlen-
 24 de Anonymität versuchte sich die Polizei in mehreren Län-
 25 dern zunutze zu machen. So wurde beispielweise in Mainz
 26 ohne Rechtsgrundlage seitens der Polizei auf Daten aus
 27 der Luca-App zurückgegriffen, um Zeug*innen in einem
 28 mutmaßlichen Tötungsdelikt ausfindig zu machen. Das
 29 heißt, in diesem Fall wurden ohne richterlichen Beschluss,
 30 die persönlichen Daten von Unbeteiligten abgefragt. In
 31 Baden-Württemberg gab es ähnliche Fälle und auch in
 32 Brandenburg kündigte die Polizei an, dass Daten aus der
 33 Luca-App genutzt werden sollten.
 34
 35 Dies sind allerdings nicht die einzigen Fälle, in denen
 36 Strafverfolgungsbehörden Daten von Unbeteiligten mas-
 37 senhaft abgreifen. So beschloss vor kurzem das bayeri-
 38 sche Landeskriminalamt, die umstrittene Software Palan-
 39 tir einzusetzen. Diese Software wird bereits von Hessen
 40 genutzt und setzt das sogenannte Datenmining ein. Da-
 41 bei werden Daten aus verschiedenen Datenbanken mit-
 42 einander verknüpft. Palantir ist für den Bereich der Big Da-
 43 ta, also sehr große Datenmengen, konzeptioniert. Zwar
 44 soll die Software nach Angaben des bayerischen LKAs
 45 nicht mit dem Internet verbunden werden und keine neu-
 46 en Daten erhoben werden, aber dennoch werden Daten
 47 nicht für den Zweck verwendet, für den sie ursprünglich
 48 gespeichert worden sind. Die Wahrscheinlichkeit, dass

Empfehlung der Antragskommission**zurückgestellt - Votum AK folgt am 08.11.2022****LPT I-2022 - Überweisen an ASJ, FA III - Innen- und Rechts-
politik, Forum Netzpolitik _____****Die ASJ Berlin empfiehlt Annahme in geänderter Fassung:
Der Titel des Antrages lautet: "Informationelle Selbstbe-
stimmung stärken"**

Wir lehnen eine intransparente Datenzusammenführun-
gen und Mega-Datenbanken - wie beispielsweise durch
die Software Palantir - als unzulässigen Eingriff in das
Recht auf informationelle Selbstbestimmung ab.

Die Nutzung von Apps wie z.B. zur Pandemiebekämpfung
– wie die Luca-App - dürfen nicht ohne richterlichen Be-
schluss durch die Polizei zur Strafverfolgung genutzt wer-
den.

Die Nutzung von Palantir oder vergleichbarer Software,
die in der Lage ist, enorme Datensammlungen des Staates
ohne Wissen der Betroffenen oder ohne richterliche Kon-
trolle zusammenzuführen, lehnen wir ab.

Berlin wird sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass
strenge Datenschutzmaßnahmen, insbesondere an den po-
liceilichen Umgang mit Daten beschlossen und umge-
setzt werden. Das Ziel dieser Maßnahmen muss sein, das in-
formationelle Selbstbestimmungsrecht zu schützen, Ein-
griffe zu beschränken und den Einsatz von entsprechen-
der Software streng zu regulieren und zu kontrollieren.

**Fachausschuss III empfiehlt Annahme in geänderter Fas-
sung:****Der Titel des Antrages lautet: "Informationelle Selbstbe-
stimmung stärken"**

Wir lehnen eine intransparente Datenzusammenführun-
gen und Mega-Datenbanken - wie beispielsweise durch
Software Palantir - als unzulässigen Eingriff in das Recht
auf informationelle Selbstbestimmung ab.

Die Nutzung von Apps z. B. wie die Luca App zur Pandemie-
bekämpfung dürfen nicht ohne richterlichen Beschluss
durch die Polizei zur Strafverfolgung genutzt werden.

Die Nutzung von Palantir oder vergleichbarer Software,
die in der Lage ist, enorme Datensammlungen des Staates
ohne Wissen der Betroffenen und ohne richterliche Kon-
trolle zusammenzuführen, lehnen wir ab.

Berlin wird sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass
strenge Datenschutzmaßnahmen, insbesondere an den po-
liceilichen Umgang mit Daten beschlossen und umge-
setzt werden. Das Ziel dieser Maßnahmen muss sein, das in-
formationelle Selbstbestimmungsrecht zu schützen, Ein-

49 Daten so zweckentfremdet werden, ist dadurch sehr groß.
 50 Die Software soll für Terrorismusbekämpfung eingesetzt
 51 werden. Allerdings werden durch die Verknüpfung von
 52 Datenbanken auch massiv persönliche Daten von Men-
 53 schen abgefragt, die nicht im Kontext von Terrorismus-
 54 bekämpfung erhoben worden sind. Der bayerische Lan-
 55 desdatenschutzbeauftragte hält dies für einen deutlichen
 56 Eingriff in die Grundrechte vieler Menschen. Wie genau
 57 welche Daten abgefragt und verknüpft werden, ist zudem
 58 nicht öffentlich bekannt. Der Vertrag, den die bayerische
 59 Polizei mit Palantir abgeschlossen hat, ist so ausgelegt,
 60 dass andere Länder und auch der Bund diesem leicht bei-
 61 treten und die Software auch nutzen können. Viele Ex-
 62 pert*innen hegen allerdings Zweifel an der Datenschutz-
 63 und Verfassungskonformität der Software. Nach Berich-
 64 ten hat das Unternehmen seine Produkte auch der Berli-
 65 ner Polizei vorgestellt. Für uns ist ein Einsatz einer Soft-
 66 ware, die nachweislich im Widerspruch zum Grundgesetz
 67 steht, nicht hinnehmbar. Wir lehnen eine solche Koopera-
 68 tion strikt ab.

69
 70 Die Daten, die von Strafverfolgungsbehörden in Deutsch-
 71 land erhoben werden, sind hochsensibel. Immer wieder
 72 gab es in den letzten Jahren Berichte darüber, dass Adres-
 73 sen von Aktivist*innen, Politiker*innen oder Prominenten
 74 ohne Rechtsgrundlage abgefragt worden sind. Fast wö-
 75 chentlich gibt es neue Berichte über rechtsextreme Po-
 76 lizist*innen. Der Einsatz undurchsichtiger, umstrittener
 77 und datenschutzrechtlich hoch zweifelhafter Software
 78 wird diese angespannte Lage nicht verbessern. Stattdes-
 79 sen müssen Menschen nun Sorge haben, dass ihre Daten
 80 ohne Grund auf einmal in Terrorismuskontexten auftau-
 81 chen, nur weil eine Software dies entschieden hat. Die
 82 neuen Möglichkeiten, die sich auch für Strafverfolgungs-
 83 behörden durch die Digitalisierung ergeben, dürfen kein
 84 Freifahrtschein für Grundrechtseinschränkungen sein.

85

86 Wir fordern daher:

- 87 • Die Berliner Polizei wird weder die Luca-App, noch
- 88 vergleichbare Apps ohne richterlichen Beschluss für
- 89 die Strafverfolgung oder andere Ermittlungen nut-
- 90 zen.
- 91 • Die Berliner Polizei wird Auswertung- und Analyse-
- 92 software wie z.B. Palantir nicht für die Auswertung
- 93 eingriffsintensitätsarmer Daten nutzen.
- 94 • Berlin wird sich auf Bundesebene dafür einsetzen,
- 95 dass strenge Datenschutzmaßnahmen insbesondere
- 96 an den polizeilichen Umgang mit Daten beschlos-
- 97 sen und umgesetzt werden. Das Ziel dieser Maßga-
- 98 ben muss sein, Grundrechte zu schützen und den
- 99 Einsatz sowie den Kauf von Software wie Palantir zu
- 100 unterbinden.

101

griffe zu beschränken und den Einsatz von entsprechen-
 der Software streng zu regulieren und zu kontrollieren.

**Das Forum Netzpolitik empfiehlt Zustimmung unter fol-
 gender Maßgabe:**

Das Forum Netzpolitik schließt sich dem Ziel der Anträ-
 ge an, dass intransparente Datenzusammenführungen
 und Mega-Datenbanken durch Software wie Palantir ei-
 nen unzulässigen Eingriff in das Recht auf informationelle
 Selbstbestimmung aller betroffenen Bürger darstellen.

In Bezug auf die Forderungen schlagen wir folgende Kon-
 kretisierung in der Formulierung der ersten Forderungen
 vor, welche konkrete Software in wie fern zu beschränken
 ist (basierend auf Antrag 151/I/2022):

- Die Berliner Polizei wird weder die Luca-App, noch
 vergleichbare Apps [die vorrangig der Pandemiebekämpfung dienen,] für die Strafverfolgung oder andere Ermittlungen nutzen.
- Die Berliner Polizei wird nicht Palantir oder ver-
 gleichbare Software[n] nutzen, die [in der Lage ist,
 die enormen Datensammlungen des Staates ohne
 Wissen der Betroffenen zusammenzuführen und
 damit] das Potential massiver Grundrechtsverlet-
 zungen aufweisen.

Antrag 155/I/2022**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Hass auf Telegram – Geltendes Recht auch online durchsetzen**

1 Im Netz finden massenweise Gesetzesverstöße statt: Be-
 2 leidigungen, Bedrohungen, Aufrufe zu Gewalt bis hin zu
 3 Volksverhetzung. Zuletzt steht besonders der Messenger-
 4 Dienst Telegram unter Kritik. Er ist derzeit eine der wich-
 5 tigsten Plattformen von Pandemie-Leugner*innen und
 6 der verschwörungsideologischen Szene. In den Gruppen
 7 und Kanälen der App vermischen sich unter anderem
 8 Querdenker*innen und Rechtsextreme. Dabei werden so-
 9 wohl irreführende und falsche Informationen über die
 10 Pandemie verbreitet, Proteste organisiert und Hass und
 11 Hetze verbreitet.
 12
 13 Durch eine Suchfunktion und das problemlose Hinzufü-
 14 gen von Kontakten in Gruppen, kann das dazu beitragen,
 15 dass sich unterschiedlichste Menschen radikalisieren. Un-
 16 ter anderem solche, die sich auf Telegram einfach nur um-
 17 schauen möchten oder den Messenger nur nutzen, um im
 18 Kontakt mit ihrer Familie oder Freund*innen zu bleiben.
 19
 20 Im Dezember 2021 berichtete das ZDF-Magazin "Frontal"
 21 über Mordpläne gegen den sächsischen Ministerpräsi-
 22 denten auf Telegram. Während andere Plattform-Betreiber
 23 wie Facebook oder Twitter mittlerweile verstärkt gegen
 24 solche rechtswidrigen Inhalte in ihren Netzwerken vor-
 25 gehen, löscht oder sperrt der Messenger-Dienst Telegram
 26 nur selten. Telegram ist dafür bekannt, Meinungsfreiheit
 27 äußerst weit auszulegen und Behörden abblitzen zu las-
 28 sen. Das hat die Plattform in autoritären Ländern wie Bela-
 29 rus, wo Demonstrant*innen seit Monaten für Freiheit, De-
 30 mokratie und Rechtsstaatlichkeit in ihrem Land kämpfen
 31 zu einem wichtigen Werkzeug für demokratische Protest-
 32 bewegungen gemacht, führt aber hierzulande auch zur
 33 Situation, dass Mordaufrufe einfach stehen bleiben und
 34 nicht gelöscht werden.
 35
 36 Telegram ermöglicht es, private Nachrichten auszutau-
 37 schen. Daneben können Nutzer*innen über den Dienst
 38 aber auch öffentlich kommunizieren, in Gruppen mit bis
 39 zu 200.000 Mitgliedern oder über sogenannte Kanäle.
 40 Wegen dieser Funktionen stufen deutsche Justizbehör-
 41 den Telegram mittlerweile nicht mehr als bloßen Mes-
 42 senger, sondern als soziales Netzwerk ein. Damit fällt der
 43 Dienst unter das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (Netz-
 44 DG). Das verpflichtet Anbieter*innen sozialer Netzwerke
 45 dazu, rechtswidrige Inhalte auf ihren Plattformen zu lö-
 46 schen, wenn sie ihnen gemeldet werden. Ab Februar 2022
 47 gilt zudem die Pflicht, bestimmte strafbare Inhalte an das
 48 Bundeskriminalamt zu melden, inklusive der IP-Adresse,
 49 über die die Nutzer*innen identifizierbar sind. Wir blei-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Der Titel des Antrags wird abgeändert zu:

**"Hass auf Telegram und anderen Messengern unterbin-
den – Geltendes Recht auch online durchsetzen".**

Wir lehnen Beleidigungen, Bedrohungen, Aufrufe zu Ge-
 walt bis hin zu Volksverhetzung im Netz entschieden ab.
 Für uns ist die Bekämpfung und Verfolgung von Straftaten
 online wie offline eine Kernaufgabe unseres Rechtsstaa-
 tes.

Messenger-Dienste wie Telegram werden als Plattformen
 von Pandemie-Leugner*innen und der verschwörungsideo-
 logischen Szene genutzt. In den Gruppen und Ka-
 nälen der App vermischen sich unter anderem Querden-
 ker*innen und Rechtsextreme. Dabei werden sowohl irre-
 führende und falsche Informationen über die Pandemie
 verbreitet, Proteste organisiert und Hass und Hetze ver-
 breitet.

Die Verfolgung von Straftaten, wie Beleidigungen, Dro-
 hungen, Aufrufen zu Gewalt und Volksverhetzung darf
 nicht von der Kooperationswilligkeit der Betreiber des
 Messenger-Dienstes abhängig sein, sondern muss konse-
 quent durch den deutschen Staat erfolgen.

Wir fordern,

- dass das Landes- und Bundeskriminalamt entspre-
 chend ausgestattet werden und für den Umgang
 mit Straftaten im Netz besser ausgestattet werden,
 damit verübte Straftaten konsequent verfolgt und
 vor Gericht gebracht werden können,
- eine bessere personelle Ausstattung und Schulung
 deutscher Polizei- und Justizbehörden, um gel-
 tendes Recht in digitalen Strukturen effektiv durchzu-
 setzen,
- eine niedrigschwellige Meldestellen für Online-
 Delikte bei den Landeskriminalämtern, um Strafta-
 ten auf Messenger-Plattformen wie Telegram un-
 kompliziert und direkt melden zu können und
- Staatsanwaltschaften und Strafgerichte mit dem
 Schwerpunkt "Hasskriminalität im Netz" eingerich-
 tet und gestärkt werden.

50 ben bei unserer Ablehnung des Netzwerkdurchsetzungs-
51 gesetzes. Dass private Unternehmen nach eigenem Er-
52 messen Daten an Strafverfolgungsbehörden ohne richter-
53 lichen Beschluss schicken, entspricht nicht unserer Auflas-
54 sung des Rechtsstaats.

55

56 Telegram hält diese Verpflichtungen jedoch nur spora-
57 disch ein. Das Unternehmen mit Sitz in Dubai ist für
58 deutsche Behörden in der Vergangenheit nur schwer er-
59 reichbar gewesen und Schreiben von Staatsanwaltschaften
60 und des Bundesamtes für Justiz, die den Messenger
61 nach den Regeln des NetzDG behandeln wollte, blieben
62 zunächst unbeantwortet. Um Druck aus Telegram auszu-
63 üben, haben sich daher in den letzten Monaten Forderun-
64 gen zur Regulierung des Messengers – vom Ausschluss
65 aus den App-Stores bis hin zur Blockade mittels Netzsperr-
66 ren, die das Bundesministerium des Innern und für Hei-
67 mat als letzte Konsequenz ins Spiel gebracht hat, über-
68 schlagen.

69

70 Laut Recherchen von Netzpolitik.org ist Telegram nun seit
71 Beginn diesen Jahres sehr punktuell gegen einige Ver-
72 schwörungsinhalte in deutschen Gruppen vorgegangen -
73 möglicherweise ein erstes Signal des Einlenkens. Manche
74 Gruppen ließen sich nicht öffnen und Kommentare in Ka-
75 nälen seien nicht sichtbar. Dabei handele es sich jedoch
76 offenbar nur um wenige Einzelfälle.

77

78 Zudem soll es Anfang Februar ein erstes Gespräch des In-
79 nenstaatssekretärs Markus Richter mit Verantwortlichen
80 bei Telegram gegeben haben, nachdem Google der Bun-
81 desregierung eine E-Mailadresse zur Kontaktaufnahme
82 von Telegram verraten hatte.

83

84 Trotz aller Probleme mit Telegram ist ein Großteil der Kom-
85 munikation über den Messenger völlig legal. Eine Sper-
86 rung des Messenger-Diensts ist daher weder zielführend
87 noch verhältnismäßig. Für uns ist die Bekämpfung und vor
88 allem Verfolgung von Straftaten online wie offline eine
89 Kernaufgabe unseres Rechtsstaates. Die Verfolgung von
90 Straftaten, wie Beleidigungen, Drohungen, Aufrufen zu
91 Gewalt und Volksverhetzung auf Telegram darf nicht von
92 der Kooperationswilligkeit der Betreiber des Messenger-
93 Dienstes abhängig sein, sondern muss konsequent durch
94 den deutschen Staat erfolgen.

95

96 Eine General-Sperre für soziale Netzwerke beinhaltet da-
97 neben das Risiko, dass problematische Kommunikati-
98 on schlicht auf andere Plattformen abwandert. So wird
99 das Problem nur verlagert, nicht aber effektiv bekämpft.
100 Wenn also ein Messenger-Dienst vielfach genutzt wird,
101 um Straftaten zu verüben, ist nicht die Blockierung des
102 Dienstes zielführend, sondern vor allem ein gezielter Ein-
103 satz von Polizei und Bundeskriminalamt, die auch im di-
104 gitalen Raum in die Lage versetzt werden müssen, gelten-

105 des Recht durchzusetzen und so sichere kommunikative
106 Teilhabe zu ermöglichen.

107

108 Die fehlende Handlungsfähigkeit des deutschen Staates
109 im Bezug auf Telegram zeigt, dass es an digitalen Kompe-
110 tenzen und dem Willen, Recht im Digitalen durchzusetzen
111 fehlt.

112

113 Es ist für uns nicht hinnehmbar, dass es offenbar einen
114 Bericht von ZDF-Journalist*innen braucht, bis Polizei und
115 Staatsanwaltschaft auf Mordpläne gegen Ministerpräsi-
116 dent*innen in öffentlich zugänglichen und mitlesbaren
117 Chatgruppen aufmerksam werden und handeln. Immer
118 wieder gibt es desweiteren Fälle, bei denen Menschen un-
119 ter Klarnamen zu schweren Straftaten bis zu Morden auf-
120 rufen. Passiert ist lange Zeit nichts und gehandelt wurde
121 erst, als eine große Öffentlichkeit entstanden ist.

122

123 Deswegen fordern wir:

- 124 • Wir fordern, dass das Bundeskriminalamt entspre-
125 chend ausgestattet und für den Umgang mit Straf-
126 taten im Netz geschult wird, damit verübte Straf-
127 taten konsequent verfolgt und vor Gericht gebracht
128 werden können.
- 129 • Wir fordern eine bessere personelle Ausstattung
130 und Schulung deutscher Polizei- und Justizbehör-
131 den, um geltendes Recht in digitalen Strukturen ef-
132 fektiv durchzusetzen.
- 133 • Wir fordern niedrigschwellige Meldestellen für
134 Online-Delikte bei den Landeskriminalämtern,
135 um Straftaten auf Messenger-Plattformen wie
136 Telegram unkompliziert und direkt melden zu
137 können.
- 138 • Beleidigungen, Drohungen, Volksverhetzung und
139 Aufrufe zu Gewalt in öffentlichen Kanälen sind für
140 alle einsehbar und verstoßen klar gegen das Gesetz.
141 Chatgruppen können infiltriert werden, es besteht
142 lediglich ein Vollzugsdefizit. Wir halten deshalb
143 fest an unserer Forderung nach auf Plattformen
144 wie Telegram zugeschnittene Schwerpunktstaats-
145 anwaltschaften, um Ermittlungsverfahren tatsäch-
146 lich durchzuführen.

147

Mobilität

Antrag 169.1/II/2022

Neufassung zu den Anträgen 169/I/2022 + 179/II/2022 und 190/II/2022

Empfehlung der Antragskommission

Annahme (Konsens)

Klimafreundlich und sozial gerecht: Turbo anwerfen für die Mobilitätswende in Berlin!

1 **Klimafreundlich und sozial gerecht: Turbo anwerfen für**
 2 **die Mobilitätswende in Berlin!**
 3
 4 Die Bedrohung durch den menschengemachten Klima-
 5 wandel, der anhaltende Trend der Urbanisierung und
 6 die fortschreitende Gentrifizierung machen eine radika-
 7 le Wende in der Mobilitätspolitik erforderlich. Seit den
 8 50er Jahren des 20. Jahrhunderts wurde dem motorisier-
 9 ten Individualverkehr (MIV) auch in unserer Stadt absolu-
 10 ter Vorrang gegenüber den öffentlichen Verkehrsmitteln
 11 und dem Fuß- und Radverkehr eingeräumt. Auch wenn
 12 das Konzept der autogerechten Stadt seit einiger Zeit zu-
 13 nehmend kritisch betrachtet wird, hat sich am Vorrang
 14 des motorisierten Individualverkehrs auch in Berlin bisher
 15 wenig geändert.
 16
 17 Zwar müssen wir uns eingestehen: Auch der motorisier-
 18 te Individualverkehr hat seine Berechtigung und Notwen-
 19 digkeit. Die Mobilitätsbedürfnisse von Menschen mit kör-
 20 perlichen Einschränkungen, der Transport von Waren und
 21 Gütern, aber auch die Wahrnehmung öffentlicher Aufga-
 22 ben wird auch in der Zukunft motorisierten Individualver-
 23 kehr in einem gewissen Maß erforderlich machen, wenn
 24 auch in einem eklatant verringerten Umfang. Eine gänz-
 25 lich "autofreie" Stadt wird es nicht geben. Für uns ist aber
 26 klar: In dicht besiedelten Räumen und insbesondere in
 27 Millionenstädten wie Berlin ist der motorisierte Individu-
 28 alverkehr aus gesamtgesellschaftlicher Perspektive kein
 29 effektives Verkehrsmittel. Die Mobilität im Umweltver-
 30 bund, also öffentlicher Personennah- und -fernverkehr so-
 31 wie Fuß- und Radverkehr, ist dem MIV hinsichtlich des Flä-
 32 chenverbrauchs, der Umweltauswirkungen und des Ein-
 33 satzes öffentlicher Mittel überlegen. Wir wollen daher,
 34 dass möglichst viele Wege in Berlin im Umweltverbund
 35 zurückgelegt werden und der motorisierte Individualver-
 36 kehr für einen Großteil der Berliner*innen im alltäglichen
 37 Mobilitätsverhalten keine Relevanz mehr hat. Mobilitäts-
 38 wende bedeutet daher nicht lediglich, den motorisierten
 39 Individualverkehr zu elektrifizieren und ansonsten unan-
 40 getastet zu lassen. Ziel der Mobilitätswende ist es, die
 41 Prioritäten umzukehren: Weg vom Vorrang des motori-
 42 sierten Individualverkehrs, hin zum Vorrang des Umwelt-
 43 verbundes.
 44
 45 Wir wollen, dass der Verkehrssektor in Berlin so zügig wie
 46 möglich klimaneutral wird. Für uns als **demokratische** So-
 47 zialist*innen dient die Mobilitätswende jedoch nicht nur
 48 dem Klimaschutz. Mobilität ist Grundvoraussetzung für

49 die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Eine schlechte
50 Anbindung an den ÖPNV und die Umweltauswirkungen
51 des motorisierten Individualverkehrs belasten auch in
52 Berlin insbesondere Menschen mit geringem Einkommen.
53 Die immer weiter fortschreitende Verdrängung von Men-
54 schen mit geringem- und auch mittlerem Einkommen aus
55 den an den ÖPNV gut angebundenen Quartieren unserer
56 Stadt verstärkt dies weiter.

57
58 Das Voranbringen der Mobilitätswende ist für uns in ers-
59 ter Linie eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und keine
60 Frage individuellen Konsumverhaltens oder "Verzichts".
61 Sie wird nur dann Erfolg haben, wenn sie Mobilität für
62 einen Großteil der Gesellschaft angenehmer macht und
63 die Belastungen durch Lärm und Abgase sowie Gefahren
64 des Verkehrs gerade auch für Menschen mit geringem Ein-
65 kommen verringert. Die Mobilitätswende wird dagegen
66 keinen Erfolg haben, wenn sie vor allem der weiteren Auf-
67 wertung von Innenstadtkiezen dient, in denen einkom-
68 mensstarke Bevölkerungsgruppen zunehmend unter sich
69 bleiben.

70
71 Berlin braucht die Mobilitätswende: In der gesamten
72 Stadt und im Umland. So schnell wie möglich, nicht erst in
73 einigen Jahrzehnten. Auf den Straßen unserer Stadt, nicht
74 lediglich als Idealvorstellung in den Köpfen. Dabei setzen
75 wir auf Effektivitätssteigerungen, Verkehrsreduktion und
76 Flächengerechtigkeit.

77

78 **1. Vielfältige Stadt, vielfältige Mobilitätsbedürfnisse**

79

80 Ein gerechter Zugang zu Mobilität ermöglicht jedem Men-
81 schen am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Er stellt
82 auch sicher, dass, je nach Bedürfnis, allen unterschiedli-
83 chen Auswahlmöglichkeiten der Fortbewegung zur Ver-
84 fügung stehen. Gegenwärtig sehen wir jedoch, dass Mo-
85 bilität jahrzehntelang an den Bedürfnissen des Automo-
86 bils und der Automobilindustrie ausgerichtet wurde. Wir
87 kämpfen dafür, dass aus der autogerechten Stadt eine
88 Stadt wird, die sich an den verschiedenen, vielfältigen Mo-
89 bilitätsbedürfnissen der Berliner*innen orientiert.

90

91 Noch heute werden in der Verkehrs- und Mobilitätspla-
92 nung patriarchale Machtstrukturen zementiert. Hierbei
93 geht es nicht um die biologischen Geschlechter, sondern
94 um das gesellschaftliche Konstrukt von Frau und Mann,
95 die sich auch in der Gestaltung des öffentlichen Raums
96 wiederfindet. Aktuell wird in der Mobilitätsplanung zu-
97 meist für die autofahrende, mittelalte, vollzeitbeschäftig-
98 te männliche Person gedacht, die längere Strecken zurück-
99 legt und früh zur Arbeit und spät von der Arbeit nach Hau-
100 se fährt. Nach diesem linearen Wegeverhalten wurde der
101 öffentliche Raum Jahrzehnte um das Auto herum gebaut.
102 Statistiken zeigen, dass Frauen ein vielschichtiges Mobili-
103 tätsverhalten haben. Für ihre Wegstrecken verbinden sie

104 den Arbeits- und Nachhauseweg mit Besorgungen für ih-
105 re Sorgearbeit, wie z. B. Angehörige zu Ärzt*innenpraxen
106 zu begleiten, Einkäufe erledigen und Kinder aus der Schule
107 abholen. Sie greifen zudem öfter auf den Umweltverbund
108 und das Fahrrad zurück. Wohingegen Männer vermehrt
109 zum Auto greifen und dadurch höhere CO2-Emmissionen
110 erzeugen.

111

112 Darüber hinaus sind BIPoC (Black, Indigenous and Peop-
113 le of Color) im Öffentlichen Raum, insbesondere im ÖPNV,
114 in besonderer Weise von Rassismus, Diskriminierung und
115 Gewalt betroffen. Das kann dazu führen, dass sie be-
116 stimmte Mobilitätsangebote nicht nutzen bzw. meiden.
117 Im ÖPNV sind sie zudem verstärkt von Racial Profiling be-
118 troffen.

119

120 **Trotz der Vorgaben der UN-Behindertenkonvention und**
121 **des Berliner Mobilitätsgesetzes zeigt der Teilhabebericht**
122 **zum Stand der Umsetzung sehr deutlich, dass bislang**
123 **nicht ausreichend auf die Bedürfnisse von Personen mit**
124 **Behinderungen eingegangen wurde.** Beengte Fußwege,
125 Kopfsteinpflaster und erhöhte Bürger*innensteige, **feh-**
126 **lende oder defekte Fahrstühle, nicht markierte Treppen-**
127 **stufen, farblich nicht abgesetzte Eingangstüren, fehlen-**
128 **de Leitsysteme für blinde Personen, mangelnde oder un-**
129 **verständliche akustische Informationen, fehlende Infor-**
130 **mationen in Braille-Schrift, zu wenige und oft zugeparkte**
131 **Behinderten-Parkplätze und vieles mehr** sind Herausfor-
132 derungen mit denen **Menschen mit Behinderungen und**
133 mobilitätseingeschränkte Personen und Menschen mit
134 Behinderungen täglich zu kämpfen haben.

135

136 Um eine gerechte Mobilitätswende mit vielfältigen Be-
137 dürfnissen mitdenken zu können, brauchen wir in der Mo-
138 bilitätsplanung einen Paradigmenwechsel. Die Straßen
139 und der öffentliche Verkehr, die nach den männlichen Be-
140 dürfnissen gestaltet wurden, müssen hinterfragt und u.a.
141 nach feministischen Gesichtspunkten gestaltet werden.

142

143 Wir fordern daher **die sozialdemokratischen Mitglieder**
144 **des Abgeordnetenhauses und des Senats auf:**

- 145 • Bei der Planung von Verkehrsinfrastruktur, der Ge-
146 staltung des öffentlichen Raums, der Konzeptionie-
147 rung von ÖPNV-Angeboten und allen anderen Be-
148 langen im Kontext von Mobilität sind die Bedürfni-
149 se aller Menschen zu berücksichtigen, insbesonde-
150 re auch diejenigen von FINTA*, Menschen mit Be-
151 hinderungen, queeren Menschen und BIPOC, wes-
152 halb wir eine detailliertere und geschlechtsspezifi-
153 sche Verkehrs- und Mobilitätsdatenerfassung for-
154 dern.
- 155 • Der öffentliche Raum und insbesondere der ÖPNV
156 müssen umfassend barrierefrei gestaltet sein. Die-
157 ser muss allen Bürger*innen zugänglich sein. Zu-
158 gang und Umstieg haben sowohl für das Be-

159 treten als auch die Orientierung barrierefrei zu
 160 sein. **Darüber hinaus fordern wir umgehend die**
 161 **Wiederauflage der staatlichen Förderung für Taxi-**
 162 **Unternehmen, um bei deren Flottenmodernisie-**
 163 **rung vermehrt Inklusions-Fahrzeuge anzuschaffen.**

164 Die Barrierefreiheit von S- und U-Bahnstationen ist
 165 bis 2025, diejenige aller Verkehrsmittel ist bis 2030
 166 zu erreichen.

- 167 • Berlin muss neben formaler auch situativ nutzba-
- 168 re Barrierefreiheit bieten, das bedeutet, dass Bar-
- 169 rierefreiheit keine großen Umwege generieren darf,
- 170 sondern einfach nutzbar sein muss und den Nut-
- 171 zungsanfragen dienen soll. **Für Menschen, die auf-**
- 172 **grund fehlender Barrierefreiheit im ÖPNV auf einen**
- 173 **eigenen PKW angewiesen sind, sollen vorhande-**
- 174 **ne Parkflächen als personenungebundene Sonder-**
- 175 **parkplätze besonders vor Ärzt*innenhäusern, Ge-**
- 176 **meinschaftseinrichtungen und Verwaltungen so-**
- 177 **wie im direkten Zugangsbereich des Einzelhandels**
- 178 **umgewidmet werden.**

- 179 • Digitale Angebote im ÖPNV sollen möglichst nied-
- 180 rigschwellig gestaltet sein. Der Transformationspro-
- 181 zess muss von vorneherein integrativ die Belange al-
- 182 ler Menschen mitdenken. So kann Teilhabe aller und
- 183 folglich auch Akzeptanz und Attraktivität gelingen.

184

185 2. Im Zentrum der Mobilitätswende: ÖPNV auf ein neues Level bringen

186

187 Attraktiver ÖPNV für alle Berliner*innen

188

189 Berlin ist mit einer Fläche von 892 Quadratkilometern
 190 etwa viermal so groß wie Amsterdam und zehnmal so
 191 groß wie Kopenhagen. Viele der in Berlin zurückgelegten
 192 Wege sind lang und für einen erheblichen Teil der Ver-
 193 kehrsteilnehmer*innen nicht zu Fuß oder mit dem Fahr-
 194 rad zurückzulegen. Das Fundament unserer Mobilitäts-
 195 wende ist daher der öffentliche Personennahverkehr. Für
 196 alle Menschen, die in Berlin wohnen und arbeiten muss
 197 es ein attraktives ÖPNV-Angebot geben, was ihnen er-
 198 möglicht, den privaten PKW vollständig stehen zu lassen.
 199 Dies zu erreichen ist eine immense politische Herausfor-
 200 derung, die differenzierte Konzepte und massive Investi-
 201 tionen erfordert. Um eine optimale Anbindung für Alle zu
 202 erreichen, gibt es keine pauschalen Lösungen: Wir wol-
 203 len, dass die Priorität bei der Angebotsverbesserung auf
 204 den Gebieten liegt, die derzeit noch nicht ausreichend an
 205 den ÖPNV angebunden sind. Voraussetzung dafür ist aber
 206 auch, dass die Kapazität des schienengebundenen Nah-
 207 verkehrs in der Innenstadt ausgebaut wird. Wir wollen,
 208 dass das ÖPNV-Angebot möglichst kurzfristig verbessert
 209 wird, gleichzeitig dürfen dadurch langfristige Lösungen
 210 nicht in Vergessenheit geraten oder sogar blockiert wer-
 211 den.

212

213 Wir fordern daher **die sozialdemokratischen Mitglieder**

214 des Abgeordnetenhauses und des Senats auf:

- 215 • Für alle Menschen, die in Berlin wohnen und arbei-
216 ten muss ein attraktives ÖPNV-Angebot geschaffen
217 werden. Voraussetzung dafür ist ein flächendecken-
218 der Anschluss der gesamten Stadt sowie des Um-
219 lands an den schienengebundenen öffentlichen Per-
220 sonennahverkehr, also S-, U- und Regionalbahn so-
221 wie Tram.
- 222 • **Vor der Erschließung neuer Wohnquartiere muss**
223 **stadtplanerisch und konsequent der ÖPNV mitbe-**
224 **dacht werden.**
- 225 • Die bereits vorhandene Infrastruktur ist an vielen
226 Stellen sanierungsbedürftig. Daher muss ein beson-
227 deres Augenmerk auf der Sanierung des Bestands
228 liegen. Dies ist Basis aller weiteren Ausbaustufen.
- 229 • Die Metropolregion Berlin-Brandenburg benötigt
230 ein massives Ausbauprogramm für den schienenge-
231 bundenen Personennahverkehr. Qualität, Taktung,
232 Kapazität und Streckenangebot müssen schnellst-
233 möglich flächendeckend und bedarfsgerecht deut-
234 lich verbessert werden.
- 235 • Beim Ausbau des ÖPNV müssen kurz- und langfristi-
236 ge Lösungen kombiniert werden. Die verschiedenen
237
- 238 Verkehrsmittel des ÖPNV sollen nicht gegeneinander aus-
239 gespielt, sondern je nach der Situation vor Ort kombiniert
240 werden.
- 241 • Kurz- und mittelfristig kann insbesondere der flä-
242 chendeckende Ausbau des Tramnetzes zur Verbes-
243 serung des ÖPNV-Angebots beitragen. Tangential-
244 verbindungen, also Tramlinien, die keine direkte Ver-
245 bindung mit dem Stadtzentrum schaffen, aber eine
246 Zuführungsfunktion zum S-Bahn-Ring einnehmen
247 können außerhalb des S-Bahn-Rings sollen priori-
248 siert realisiert werden. Mittelfristig fordern wir, alle
249 bisherigen Metrobuslinien durch Tramlinien zu er-
250 setzen. Grundsätzlich sollte der Fahrweg der Tram
251 dabei so ausgestaltet werden, dass dieser vom mo-
252 torisierten Individualverkehr baulich getrennt ist.
- 253 • Neben dem Ausbau der Tram ist auch ein massi-
254 ver Ausbau bei S-, U- und Regionalbahn erforder-
255 lich. Angesichts der teilweise sehr langen Fahrwe-
256 ge setzt ein attraktives ÖPNV-Angebot insbeson-
257 dere am Stadtrand und im Umland schnelle Quer-
258 schnittsverbindungen voraus.
- 259 • Die bestehenden U-Bahn-Strecken sollen, wo es ver-
260 kehrlich sinnvoll ist, an den Stadtrand verlängert
261 werden, um dortige Wohnquartiere anzubinden.
262 Durch sinnvolle Lückenschlüsse sollen neue Umstei-
263 geverbindungen geschaffen werden.
- 264 • Bei der S-Bahn sollen bestehende Strecken in den
265 wachsenden "Speckgürtel" verlängert und bisher
266 eingleisige Strecken ausgebaut werden. Zudem
267 müssen auf den Stammstrecken in der Innenstadt
268 die Kapazitäten für eine deutliche Takterhöhung ge-

- 269 schaffen werden.
- 270 • Durch eine Ausbauoffensive im Regionalbahnver-
- 271 kehr sollen mehr schnelle Verbindungen aus dem
- 272 Tarifbereich C in die Berliner Innenstadt geschaffen
- 273 werden. Das Programm i2030 kann dabei nur der
- 274 Anfang sein.
- 275 • Als kurzfristige Übergangslösung sollen in den Tarif-
- 276 gebieten B und C auch Busverbindungen verstärkt
- 277 werden. Dies kann durch Verdichtung des Takts, aber
- 278 auch durch die Schaffung neuer Linien geschehen.
- 279 • Um dünner besiedelte Gegenden, in denen (noch)
- 280 keine allzu hohe Nachfrage am ÖPNV existiert,
- 281 trotzdem angemessen anzubinden, sollen verstärkt
- 282 On-Demand-Sammeltaxis angeboten werden, wel-
- 283 che ebenfalls im Verkehrsbund einbezogen sind
- 284 • Zudem sollen alle straßengebundenen Fahrzeuge
- 285 des ÖPNV schnellstmöglich elektrifiziert werden. **Al-**
- 286 **le neu beschafften Fahrzeuge müssen barrierefrei**
- 287 **sein.** Es ist zu prüfen, wie Taxi-Unternehmen und
- 288 private Busbetreiber dabei infrastrukturell oder fi-
- 289 nanziell unterstützt werden können.
- 290 • **Sammeltaxis sind dabei barrierefrei zu gestalten.**
- 291 **Darüber hinaus muss die Mobilität von Menschen**
- 292 **mit Behinderungen sowie Menschen mit Einschrän-**
- 293 **kungen sichergestellt werden. Hierzu eignen sich**
- 294 **beispielsweise Inklusionstaxis. Für deren Fortbe-**
- 295 **trieb fordern wir sowohl die Landes- als auch die**
- 296 **Bundesebene auf.**
- 297 • Um die Ausbauziele so schnell wie möglich zu errei-
- 298 chen, müssen die Planungskapazitäten nachhaltig
- 299 ausgebaut und effektiver eingesetzt werden. Dazu
- 300 gehört auch eine strukturell verbesserte Koordinati-
- 301 on mit Brandenburg.
- 302 • Um den Ausbau zu beschleunigen fordern wir ein
- 303 “Bündnis Schienenbau”, an dem alle relevanten Ak-
- 304 teure sowie die Zivilgesellschaft beteiligt ist. Das
- 305 Bündnis soll u.a. Vorschläge zur Vereinfachung und
- 306 Straffung der Planungs- und Genehmigungsverfah-
- 307 ren machen.
- 308 • Voraussetzung für einen dichteren Takt und neue
- 309 Strecken ist neben der Planung und Realisierung der
- 310 erforderlichen Infrastruktur auch eine vorausschau-
- 311 ende Beschaffungs- und Personalpolitik. Die erfor-
- 312 derlichen Fahrzeuge müssen frühzeitig beschafft
- 313 werden, Werkstatt- und Depotkapazitäten müssen
- 314 mitwachsen. Zudem ist es erforderlich, die Arbeits-
- 315 bedingungen in der ÖPNV-Branche nachhaltig zu
- 316 verbessern. Dazu gehört neben guter Bezahlung
- 317 und einem angenehmen Arbeitsumfeld auch lang-
- 318 fristige Arbeitsplatzsicherheit. Auch deshalb lehnen
- 319 wir die Zerschlagung der Berliner S-Bahn weiterhin
- 320 ab.
- 321 • Für FINTA* Personen sollen in den Nachtstunden
- 322 gesonderte ÖPNV-Angebote gemacht werden, dazu
- 323 kann auch der Einsatz von vergünstigten Nachtta-

- 324 xen gehören.
- 325 • Die Aufenthaltsqualität und Sicherheit im ÖPNV soll
- 326 zügig verbessert werden, unter der besonderen Be-
- 327 rücksichtigung der Bedürfnisse von FINTA*, queeren
- 328 Menschen und BIPOC. Dazu gehört flächendeckend
- 329 ausreichende Beleuchtung und digitale Anzeigeta-
- 330 feln an den ÖPNV-Haltestellen und verstärkte Prä-
- 331 senz von Sicherheitspersonal in den Nachtstunden.
- 332 • **Der bedarfsgerechte Ausbau der Fahrdienste für**
- 333 **Menschen mit Behinderungen sowie die verbindliche**
- 334 **Einführung barrierefreier Taxen.**
- 335 • **Der barrierefreie Ausbau aller Bereiche des ÖPNV**
- 336 **umfasst alle Ebenen. Dies heißt beispielsweise, dass**
- 337 **Fahrstühle, farbig abgesetzte Eingangstüren und**
- 338 **Treppenstufen, Leitsysteme für blinde Personen,**
- 339 **akustische und optische Informationen in leichter**
- 340 **Sprache, Informationen auch in Brailleschrift**
- 341 **schnellstmöglich bereitgestellt werden müssen.**
- 342 • Wir befürworten die Ausweitung von flexiblen
- 343 nachfrageorientierten und – wo geeignet – autonomen
- 344 Konzepten im ÖPNV. Sharing-Angebote dürfen
- 345 nicht als Konkurrenz zum ÖPNV im S-Bahnring fun-
- 346 gieren. Vielmehr muss Sharing als Zubringer zum
- 347 ÖPNV gedacht werden. Voraussetzung für den Be-
- 348 trieb von Sharing-Angeboten muss sein, dass diese
- 349 auch außerhalb des S-Bahnring angeboten werden
- 350 und in nachhaltiges Gesamtkonzept des öffentlichen
- 351 Nahverkehrs eingebunden sind.
- 352 • Die Verknüpfung von Mobilitäts-Angeboten an den
- 353 Knotenpunkten mit Umstiegsoptionen muss weiter
- 354 verbessert werden, etwa durch P+R im Tarifgebiet
- 355 B, Fahrradparkhäuser und Bündelung von Sharing-
- 356 Diensten.

358 **ÖPNV sozial gerecht finanzieren**

359

360 Eine ambitionierte Angebotsverbesserung erfordert den

361 Einsatz massiver finanzieller Ressourcen. Gleichzeitig ist

362 Mobilität eine Grundvoraussetzung für die Teilhabe am-

363 gesellschaftlichen Leben. Mobilität zu ermöglichen ist da-

364 her Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge, deren Finanzie-

365 rung sozial gerecht ausgestaltet sein muss. Eine pauscha-

366 le Verteilung der Kosten – entweder auf die Nutzer*innen

367 über die Ticketpreise oder auf alle Berliner*innen über ei-

368 ne einheitliche Mobilitätsabgabe – lehnen wir weiter als

369 ungerecht ab, da diese Systeme die finanzielle Leistungs-

370 fähigkeit des Einzelnen nicht berücksichtigen.

371

372 Gleichzeitig ist uns klar, dass unter den herrschenden

373 politischen Verhältnissen, unter welchen mit der Schul-

374 denbremse eine künstliche Verknappung öffentlicher Res-

375 sourcen stattfindet, das Ziel eines fahrscheinlosen ÖPNV

376 mit dem Erfordernis steigender Investitionen für Ange-

377 botsverbesserungen konkurrieren.

378

379 Zur Kompensation der wegfallenden Ticketerlöse fordern
380 wir daher eine Nahverkehrsabgabe nach französischem
381 Vorbild. Die Taxe Versement de Transport (VT) können
382 Kommunen ab 20.000 Einwohnern zweckgebunden zur
383 ÖPNV-Finanzierung erheben. Die französische Nahver-
384 kehrsabgabe ist von Arbeitgeber*innen mit mehr als zehn
385 Mitarbeiter*innen und vom Einzelhandel als Nutznießer
386 des ÖPNV-Angebots zu entrichten. Die Nahverkehrsab-
387 gabe wird inzwischen in den meisten zur Erhebung be-
388 rechtigten Kommunen eingenommen. Im Jahr 2010 wur-
389 den 44,2 % der Ausgaben für den französischen ÖPNV
390 über die Nahverkehrsabgabe finanziert, die neben den
391 Fahrgeldeinnahmen damit das wichtigste Finanzierungs-
392 instrument ist.

393

394 Wir fordern daher **die sozialdemokratischen Mitglieder**
395 **des Abgeordnetenhauses und des Senats auf:**

- 396 • Um Anreize für den Umstieg auf den ÖPNV zu
397 schaffen, soll der fahrscheinlose ÖPNV eingeführt
398 werden. Die entfallenden Ticketerlöse sollen durch
399 Steuermittel ersetzt werden, da auf diese Weise ei-
400 ne sozial gerechte Verteilung der Kosten möglich
401 ist.
- 402 • Zugleich müssen die öffentlichen Investitionen in
403 den ÖPNV massiv steigern. Dabei ist neben den Län-
404 dern Berlin und Brandenburg auch der Bund ge-
405 fragt.
- 406 • Als neue Einnahmesäule fordern wir die Einführung
407 einer Nahverkehrsabgabe nach französischem Vor-
408 bild, die von Arbeitgeber*innen in Berlin und Bran-
409 denburg zu entrichten ist.

410

411 **Smarter ÖPNV**

412

413 Die Digitalisierung des ÖPNVs hat für uns höchste Prio-
414 rität, um die Effizienz und damit auch die Attraktivität
415 des ÖPNVs zu steigern. Digitalisierung macht Verkehrs-
416 informationen in Echtzeit verfügbar und ermöglicht es
417 Mobilitätsanbietern den Verkehr je nach Bedarf flexibel
418 zu steuern. Der Auf- und Ausbau dieser als Verkehrsma-
419 nagementsysteme bezeichneten Steuerungsinstrumente
420 ist ein elementarer Baustein für die Mobilität von mor-
421 gen. Gleichzeitig können die Echtzeitinformationen den
422 Benutzer*innen für mehr Komfort zur Verfügung gestellt
423 werden. Berlin nimmt hier bereits heute eine Vorreiter*in-
424 nenrolle ein: In Bussen und Bahnen werden Umsteigein-
425 formationen auf großen Anzeigetafeln dargestellt und
426 Apps wie Jelbi bündeln Echtzeitinformationen für mehre-
427 re Verkehrsträger. Diese starke Position wollen wir weiter
428 ausbauen, um den ÖPNV für alle Berliner*innen attrakti-
429 ver zu machen.

430

431 Wir fordern daher **die sozialdemokratischen Mitglieder**
432 **des Abgeordnetenhauses und des Senats auf:**

433

- 434 • Bis 2030 soll es vollständige und vernetzte digita-
435 le Leit-, Informations- und Bezahlssysteme in Berlin
436 geben. Auch Mobilfunk- und Internetversorgung im
437 unterirdischen S- und U-Bahn-Netz sind störungs-
438 frei bis 2030 auszuweiten.
- 439 • Alle digitalen Systeme sind barrierefrei zu gestalten.
440 Trotz aller Digitalisierung müssen umfassende ana-
441 loge Zugangs- und Informationsmöglichkeiten er-
442 halten bleiben. Niemand darf ausgegrenzt werden.
- 443 • Für alle Digitalisierungsmaßnahmen müssen
444 höchste Datenschutzstandards und Privacy-
445 byDesign eingehalten werden und sie müssen sich
446 an Nachhaltigkeitskriterien orientieren. Außerdem
447 setzen wir uns für die anonymisierte Verfügbarma-
448 chung der geschlechtsspezifischen Mobilitätsdaten
449 für Öffentlichkeit und Wissenschaft ein.
- 450 • Die bereits heute technologisch mögliche Auto-
451 matisierung des Schienenverkehrs (Straßenbahn,
452 S+UBahn) muss zeitnah auf ersten Strecken und
453 perspektivisch flächendeckend umgesetzt werden.
454 Für S- und Regionalbahnen im Eigentum des Bundes
455 sind entsprechende Kooperationen zwischen dem
456 Senat und der DB AG zu vereinbaren.
- 457 • Berufsfelder im ÖPNV, deren Tätigkeiten durch eine
458 sich wandelnde Arbeitswelt ersetzt werden könn-
459 ten, müssen frühzeitig identifiziert werden. Es sind
460 vorausschauend geeignete Umschulungs- und Wei-
461 terbildungskonzepte im Rahmen der Personalent-
462 wicklung vorzusehen.

463

464 **3. Flächenwende: Für eine gerechte Verteilung und sichere** 465 **Gestaltung des öffentlichen Raums**

466

467 Das Konzept der autogerechten Stadt hat zu massiv un-
468 gerechter Verteilung des öffentlichen Raums in unserer
469 Stadt geführt: Während dem motorisierten Individualver-
470 kehr gerade einmal 30 Prozent der in Berlin zurückge-
471 legten Wege zugerechnet werden können, sind diesem
472 knapp 60 Prozent der Verkehrsflächen gewidmet. Auf vie-
473 len Straßen unserer Stadt wird dem ruhenden Individu-
474 alverkehr mehr Platz eingeräumt, als dem Fuß- und Rad-
475 verkehr zusammen. Jahrzehnte der autofixierten Mobili-
476 tätspolitik haben sich auch in den Köpfen festgesetzt. In
477 der medial wahrnehmbaren öffentlichen Debatte wird es
478 häufig als völlig selbstverständlich angesehen, das indivi-
479 duelle Bedürfnis nach Parkplätzen im öffentlichen Raum
480 höherrangiger zu bewerten als die Sicherheit von Fußgän-
481 ger*innen und Radfahrer*innen. Viele Menschen haben
482 sich daran gewöhnt, dass sie für ein 18 Quadratmeter gro-
483 ßes WG-Zimmer 600 Euro bezahlen, aber ihren nur weni-
484 ge Stunden am Tag genutzten PKW quasi kostenfrei auf
485 einer ebenso großen Fläche im öffentlichen Raum abstel-
486 len können. Neben der Verteilung ist auch die Gestaltung
487 des öffentlichen Raums bisher in erster Linie daran orien-
488 tiert, dem motorisierten Individualverkehr ein möglichst

489 schnelles Zurücklegen von Wegen zu ermöglichen. Wege
490 für den Fuß- und Radverkehr sind an vielen Stellen nicht
491 so gestaltet, dass sie ihren Nutzer*innen die erforderliche
492 Sicherheit bieten, sondern so, dass sie den motorisierten
493 Individualverkehr möglichst wenig stören.

494

495 Für uns ist klar: Die Mobilität im Umweltverbund, al-
496 so ÖPNV, Fuß- und Radverkehr, muss künftig klaren Vor-
497 rang vor dem motorisierten Individualverkehr haben. Dies
498 muss sich auch im öffentlichen Raum niederschlagen, wir
499 wollen die Flächenwende: Der Straßenraum muss primär
500 so gestaltet sein, dass der ÖPNV zügig vorankommt und
501 die Sicherheit von Fuß- und Radverkehr sowie die Barrie-
502 refreiheit gewährleistet ist. Nur nachrangig ist dem moto-
503 risierten Individualverkehr Platz einzuräumen.

504

505 Der öffentliche Raum ist jedoch nicht nur Verkehrsraum.
506 In Zeiten der wachsenden und sich verdichtenden Stadt
507 konkurrieren auch andere Nutzungsarten um den öffent-
508 lichen Raum. Die Straße ist Treffpunkt, Kommunikations-
509 und Spielort. Für uns steht fest, dass Nutzungen, die dem
510 Gemeinwohl im Kiez dienen, Vorrang haben, sowohl ge-
511 genüber dem Interesse Einzelner an einem kostengünsti-
512 gen Parkplatz, als auch gegenüber kommerziellen Interes-
513 sen.

514

515 Flächengerechtigkeit ist auch eng verknüpft mit Konzep-
516 ten von wohnortnahe Arbeiten und fußläufige Versor-
517 gungsmöglichkeiten (Stadt der kurzen Wege oder „15-
518 Minuten-Stadt“). Bei der Flächenwende ist Aspekten der
519 Umweltgerechtigkeit und der Belastung mit Lärm und
520 anderen Emissionen Rechnung zu tragen. Häufig leben
521 in besonders und vielfach belasteten Räumen Menschen
522 mit geringem Einkommen. Die Flächenwende führt daher
523 auch zu mehr sozialer Gerechtigkeit. Voraussetzung dafür
524 ist, dass sie nicht auf bereits jetzt privilegierte Quartiere
525 begrenzt bleibt. Zudem müssen gleichzeitig Maßnahmen
526 ergriffen werden, um zu verhindern, dass die mit der Flä-
527 chenwende verbundene Aufwertung von Kiezen nicht zu
528 Verdrängung der bisherigen Bewohner*innen führt.

529

530 Wir begrüßen das Engagement von Bürger*inneninitiati-
531 ven, die sich für mehr Flächengerechtigkeit in ihrem Kiez
532 einsetzen. Sie sind an vielen Stellen Treiber*in der Mobili-
533 tätswende und drängen zögerlich reagierende Verwaltun-
534 gen zum Handeln. Uns ist jedoch bewusst, dass diese In-
535 itiativen insbesondere in den Innenstadtquartieren aktiv
536 sind und oft von privilegierten Milieus geprägt sind. Dies
537 mindert nicht deren Wert. Angesichts knapper finanzieller
538 und personeller Ressourcen der öffentlichen Hand darf die
539 Mobilitätswende aber nicht davon abhängen, ob sich vor
540 Ort eine Initiative bildet oder nicht.

541

542 Wir fordern daher **die sozialdemokratischen Mitglieder**
543 **des Abgeordnetenhauses und des Senats auf:**

544

- 545 • Die Mobilität im Umweltverbund und öffentliche
546 Nutzungen müssen bei der Verteilung und Gestal-
547 tung des öffentlichen Raums klaren Vorrang vor
548 dem motorisierten Individualverkehr haben. Der
549 Straßenraum muss primär so gestaltet sein, dass
550 der ÖPNV zügig vorankommt und die Sicherheit von
551 Fuß- und Radverkehr sowie die Barrierefreiheit ge-
552 währleistet ist. Nur nachrangig ist dem motorisier-
553 ten Individualverkehr Platz einzuräumen. Um dies
554 zu realisieren, ist der teilweise Rück- und Umbau von
555 Straßen und Plätzen und eine sachgerechte Neuver-
556 teilung der Flächen erforderlich.
- 557 • Erforderlich ist an vielen Stellen eine Entflechtung
558 der Verkehrsströme. Menschen sind im öffentlichen
559 Raum Gefahren ausgesetzt und agieren mitunter
560 fehlerhaft. Daher muss die Umgebung so aufge-
561 baut sein, dass Fehler vermieden werden. Am besten
562 gelingt das, wenn Mobilitätswege baulich getrennt
563 geführt werden.
- 564 • Überall dort, wo die Entflechtung von Verkehrsströ-
565 men nicht erfolgen kann, sind bauliche Maßnah-
566 men zur Verbesserung der Übersichtlichkeit der Bar-
567 rierfreiheit und Verkehrssicherheit vorzunehmen.
568 An Kreuzungen sollen geradeaus fahrende Verkeh-
569 re von Abbiegeverkehren grundsätzlich zeitlich ge-
570 trennt werden. Wo das nicht gelingt, gilt: Je getrenn-
571 ter und je näher der Winkel, mit dem sich Auto ei-
572 nerseits und Fuß- und Fahrradverkehr andererseits
573 begegnen, einem rechten Winkel entspricht, des-
574 to besser. Umbaumaßnahmen dürfen dabei nicht
575 zulasten des Fußverkehrs gehen. Zur Erhöhung der
576 Verkehrssicherheit sollen für Fußverkehr sogenann-
577 te Vorstreckungen realisiert werden.
- 578 • Wir fordern in berlinweites flächendeckendes Fahr-
579 radstraßennetz in allen Kiezen. Auf Fahrradstra-
580 ßen soll nur Auto-Anliegerverkehr, klimaverträgli-
581 cher Lieferverkehr und Services wie Feuerwehr, Po-
582 lizei, Wertstoffabfuhr, etc. stattfinden. An kürze-
583 ren oder engeren Fahrradstraßenabschnitten soll
584 der Durchgangsverkehr ausschließlich für Fahrräder
585 ausgewiesen werden, um die Sicherheit der Fahr-
586 radfahrenden zu gewähren.
- 587 • **Fahrradwege auf übergeordneten Straßen müssen**
588 **so breit gestaltet werden, dass Einsatzkräfte wie die**
589 **Feuerwehr, Polizei usw. bei Einsätzen diese benut-**
590 **zen können**
- 591 • Die im Berliner Mobilitätsgesetz vorgesehene Rad-
592 verkehrsanlagen auf oder an allen Hauptverkehrs-
593 straßen mit erschütterungsarmem, gut befahrba-
594 rem Belag in sicherem Abstand zu parkenden Kraft-
595 fahrzeugen und ausreichender Breite sollen mög-
596 lichst zeitnah realisiert werden. • In der gesamten
597 Stadt sind Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung zu
598 ergreifen, etwa eine Sperrung von Kiezen für den

- 599 Durchgangsverkehr (z.B. Kiezblocks, Diagonalsper-
600 ren). Die rechtlichen Befugnisse der Bezirksämter
601 sind dazu konsequent zu nutzen. Die Verkehrsbe-
602 ruhigung darf sich nicht nur auf Kieze beschrän-
603 ken, in denen zuvor eine Bürger*inneninitiative ent-
604 sprechende Forderungen an die Behörden getragen
605 hat. Vielmehr sind gerade auch dort Maßnahmen zu
606 treffen, wo vermehrt Menschen mit niedrigem Ein-
607 kommen und hoher Verkehrsbelastung leben.
- 608 • Wir fordern mehr Busspuren und Spuren des
609 Umweltverbundes, auch durch Ausweisung von
610 “PopUp-Busspuren”.
 - 611 • Ampelschaltungen sind grundsätzlich an Zufußge-
612 henden auszurichten und dem Umweltverbund an
613 Ampeln Vorrang einzuräumen. **Bei Straßen, bei de-
614 nen eine Vorrangschaltung kurzfristig nicht mög-
615 lich ist, ist die Sicherheit der Fußgänger*innen so-
616 wie insbesondere von Menschen mit Behinderun-
617 gen und Einschränkungen und Kindern sicherzuste-
618 len. Dies bedeutet beispielsweise, dass Verkehrs-
619 seln entsprechend groß zu gestalten sind, sodass
620 dort viele Menschen sicher warten können.**
 - 621 • Wir fordern für den Fußverkehr eine verbesserte Ori-
622 entierung mittels flächendeckender optischer, akus-
623 tischer und digitaler Leitsysteme.
 - 624 • Tempo 30 soll zur Regelgeschwindigkeit in Berlin
625 werden. **Dafür setzen wir uns auf Bundesebene ein.**
626 Im Ausnahmefall soll davon abgewichen werden
627 können. Dies wäre eine Umkehrung der bisherigen
628 Praxis. Dabei ist nach den Straßenarten und de-
629 ren Aufgaben zu differenzieren. Zudem sollen Aus-
630 nahmen für den straßengebundenen ÖPNV möglich
631 sein, damit sich die Reisezeit nicht erhöht.
 - 632 • Nutzungen, die dem Gemeinwohl im Kiez dienen,
633 müssen Vorrang haben, sowohl gegenüber dem In-
634 teresse Einzelner an einem kostengünstigen Park-
635 platz, als auch gegenüber kommerziellen Interes-
636 sen.
 - 637 • Die Parkraumbewirtschaftung soll ausgeweitet
638 werden. Die für den Anwohner*innenparkausweis
639 fällige Gebühr soll in moderaten Schritten nach
640 und nach steigen. Dabei soll für besonders um-
641 weltschädliche und große Fahrzeuge eine höhere
642 Gebühr berechnet werden. Für Menschen mit
643 körperlichen Einschränkungen soll es Ausnahmen
644 geben. Dies gilt ebenso für Familien, die über ein
645 geringes Einkommen verfügen.
 - 646 • Die Anzahl der Parkplätze im Straßenland soll ab so-
647 fort schrittweise reduziert werden. Die freigewor-
648 denen Flächen sollen für den Umweltverbund oder an-
649 dere öffentliche Nutzungen umgewidmet werden.
 - 650 • Als erster Schritt sollen in jeder Parkzeile der vor-
651 derste PKW-Parkplatz wegfallen und stattdessen ei-
652 ne Stellfläche für Fahrräder oder ein öffentlicher
653 Verweilraum geschaffen werden. So wird auch eine

654 bessere Einsehbarkeit in den Kreuzungsbereich ge-
655 schaffen. **Als sichere Abstellorte für Fahrräder sind**
656 **auch Fahrradparkhäuser auszubauen. Die Bereit-**
657 **stellung und Nutzung dieser muss kostenlos sein.**

- 658 • Für den Wirtschaftsverkehr sollen konsequent ge-
659 sonderte Ladezonen eingerichtet werden. Zur Re-
660 duktion von Lieferverkehren sollen Konzepte zur
661 Bündelung von Warenströmen (Terminals/CityLo-
662 gistik/Mini-Hubs) gestärkt und Anreize für Umstie-
663 ge auf klimaverträgliche Verteilsysteme (z.B. Las-
664 tenrad) gesetzt werden. Regionaler Netzwerke und
665 Cluster mit kürzeren Lieferketten sollen gefördert
666 werden. **Hier ist auch der Güterverkehr mitzuden-**
667 **ken. Mittel- und langfristig muss der Wirtschafts-**
668 **verkehr vom Lastverkehr weg zum Schienennetz-**
669 **verkehr (U-Bahn und Straßenbahn) transportiert**
670 **werden.**
- 671 • Parkhäuser müssen effektiver genutzt werden. In
672 Neubauquartieren sind Kiezgaragen und Mobili-
673 tätstationsstationen zu prüfen, damit nicht mehr jede Im-
674 mobilie von Straßenverkehr ansteuerbar sein muss.
- 675 • Wir fordern, dass die Festlegung der technischen
676 Parameter für den deutschen Straßenverkehr und
677 damit das Verkehrsverhalten in Deutschland nicht
678 mehr einseitig auf Richtlinien der Forschungsgesell-
679 schaft für Straßen- und Verkehrswesen e. V. beruht.
680 Dieser Verein versammelt zwar Expertise, ist aber
681 sehr männlich geprägt, starken monetären Einflüs-
682 sen der Straßenwirtschaft unterworfen und lässt
683 viele gesellschaftlichen Nutzer*innengruppen nur
684 in Ausnahmefällen teilhaben.

685

686 **4. Smart Mobility und E Mobilität: Technologien für eine**

687 **gemeinwohl- und zukunftsorientierte Mobilitätswende**

688

689 Zur Umsetzung eines Mobilitätskonzeptes, welches Nach-
690 haltigkeit mit Gemeinwohl verbindet, dürfen wir uns
691 nicht vor neuen Technologien verschließen. Vielmehr
692 müssen wir diese nutzen und sicherstellen, dass alle Ber-
693 liner*innen in gleichem Maße davon profitieren. Dabei
694 ist es wichtig sich nicht nur auf eine Technologie kon-
695 zentrieren. Es müssen den unterschiedlichen Mobilitäts-
696 bedarfen entsprechende Angebote zur Verfügung stellen,
697 damit ein flächendeckendes Angebot geschaffen werden
698 kann. Sharing-Angebote tragen dazu
699 bei, dass Menschen einfacher auf ein eigenes Auto ver-
700 zichten können und sinnvollere, rationalere Mobilitäts-
701 entscheidungen treffen sowie schlussendlich ein umwelt-
702 , stadt- und verkehrsverträglicheres Mobilitätsverhalten
703 ausüben. Sie verbessern das Angebot an Mobilität für alle
704 Menschen erheblich und stärken den Umweltverbund.

705

706 Aus diesem Grund sollten Sharing-Angebote einen Teil
707 der Daseinsvorsorge darstellen, ebenso wie der ÖPNV und
708 diesen sinnvoll ergänzen. Daher muss Sharing zukünftig

709 enger mit dem ÖPNV verzahnt und als Teil der öffentlichen
710 Daseinsvorsorge insbesondere in den Außengebieten ge-
711 fördert und unterstützt werden. Plattformen wie die Jel-
712 biApp der BVG stellen dafür ein positives Beispiel dar und
713 sollen weiterverbreitet sowie unter Einbezug aller Anbie-
714 ter weiterentwickelt werden. **Fahrzeuge, die möglichst**
715 **auch von mobilitätseingeschränkten Personen (Rollstuhl-**
716 **fahrer*innen) genutzt werden können, sind in ausreichen-**
717 **der Anzahl vorzuhalten.** Sharing-Mobilität erfährt im Ver-
718 gleich zum privaten Pkw aktuell eine unverhältnismä-
719 ßige Diskriminierung und Benachteiligung, z.B. hinsicht-
720 lich Abstellflächen und Bepreisung. Diese muss zuguns-
721 ten einer stärkeren Förderung und Bevorrechtigung von
722 Sharing-Angeboten beendet werden. Stattdessen muss
723 die Nutzung des privaten Pkw unter allen Umständen zu-
724 gunsten der Alternativen eingeschränkt werden.

725

726 Im Vergleich mit anderen Formen von Sharing-Mobilität
727 wird Carsharing in der Regel nicht intermodal (also in
728 Kombination mit anderen Verkehrsmitteln) als Zubringer
729 für den ÖPNV genutzt, sondern im Rahmen von StartZiel-
730 Verkehren meist ohne Umstieg für ausgewählte Wege
731 und Anlässe. Dennoch führt auch Carsharing zu multi-
732 modalem Mobilitätsverhalten (also der Wahl zwischen
733 verschiedenen Verkehrsmitteln je nach Anlass). Dadurch
734 trägt es kurzfristig dazu bei einem Zweitwagen oder gene-
735 rell Autofahrten mit dem privaten Pkw zu ersetzen. Lang-
736 fristig führt es zur Abschaffung des eigenen Autos. Für
737 nicht-Pkw-Besitzende erhöht es die Mobilitätsoptionen
738 und belohnt somit multimodales, anlassbezogenes Ver-
739 kehrsverhalten.

740

741 Wir fordern daher **die sozialdemokratischen Mitglieder**
742 **des Abgeordnetenhauses und des Senats auf:**

- 743 • **Allgemein muss sich die Smart-City-Strategie der**
744 **Stadt Berlin mit dem Einsatz digitaler Technologien**
745 **zur Förderung der Sicherheit von FINTA*-Personen**
746 **und BIPoCs sowie von Menschen mit Behinderun-**
747 **gen im öffentlichen Raum befassen. Hierfür ist im**
748 **ersten Schritt eine Datenerfassung über die Mobili-**
749 **tät dieser Gruppen notwendig. Dabei muss absolut**
750 **sichergestellt sein, dass der Zugriff auf diese Bewe-**
751 **gungsdaten durch Dritte nicht möglich ist. Die Da-**
752 **ten dürfen nur anonymisiert und zusammengefasst**
753 **betrachtet werden, sodass ein Rückschluss auf Ein-**
754 **zelpersonen ausgeschlossen ist.**
- 755 • Eine konsistente Landesstrategie im Hinblick auf
756 Sharing-Mobility. Die Angebotemüssen gemeinsam
757 gedacht werden und auf dieselben verkehrspoliti-
758 schen Ziele einzahlen. In Bezug auf die Reglementie-
759 rung bei der Nutzung des öffentlichen Raums soll-
760 te aber eine getrennte Betrachtung von Fahrrad-
761 sharing, Scootersharing und Carsharing erfolgen.
- 762 • Fahrradsharing sollte per se nicht zusätzlich zusätz-
763 lich von Landesseite bepreist werden. Das Ange-

- 764 bot in Landeskoooperation (aktuell Nextbike) soll-
765 te über mehr und qualitativ hochwertigere Station-
766 en, insbesondere an ÖPNV-Umsteigepunkten, ver-
767 fügen. Daneben sollten die eigenwirtschaftlichen
768 Anbieter im stationsungebundenen Sharing in ei-
769 ne gemeinsame App, z.B. Jelbi, integriert sein und
770 Gesamtzahl sowie Geschäftsgebiet durch eine Aus-
771 schreibung gesteuert werden können.
- 772 • Scootersharing (E-Moped und E-Tretroller) sollte
773 dagegen zusätzlich eine nicht-betriebsschädigende
774 Sondernutzungsgebühr für die Nutzung des öffent-
775 lichen Raums (ÖR) entrichten, aus der unter ande-
776 rem die Einrichtung von Abstellflächen im ÖR finan-
777 ziert werden. Ähnlich wie beim Fahrradsharing er-
778 gibt die Steuerung des Angebots über einen Aus-
779 schreibungsprozess Sinn, der das Einzahlen auf aus-
780 gewählte und messbare verkehrspolitische Landes-
781 ziele unterstützt.
 - 782 • Die Berliner Verwaltung soll zusammen mit den Be-
783 zirken jährlich eine feste Quote von PkwParkplät-
784 zen für Sharing-Abstellflächen umwandeln. Solange
785 kein dichtes, flächendeckendes Angebot an öffent-
786 lichen Abstellflächen existiert, muss das flexible,
787 aber korrekte Abstellen weiterhin möglich sein. Per-
788 spektivisch sollen Sharing-Abstellflächen ein eng-
789 maschiges Netz bilden und in Wohngebieten für alle
790 Menschen in Laufweite erreichbar sein.
 - 791 • Carsharing darf gegenüber dem privaten Pkw-Besitz
792 nicht benachteiligt, sondern muss priorisiert wer-
793 den und dazu dienen, Menschen mit Auto den Um-
794 stieg auf Sharing und den Umweltverbund zu ver-
795 einfachen.
 - 796 • Da Carsharing die bereits vorhandene und von der
797 öffentlichen Hand bewirtschafteten Straßen- und
798 Abstellflächen nutzt, entstehen keine signifikanten
799 zusätzlichen Kosten, die eine Sondernutzungsge-
800 bühr für die Nutzung des öffentlichen Raums rech-
801 tifizieren. Die maximalen Parkgebühren für Carsha-
802 ring sollten sich an denen eines Bewohnerparkaus-
803 weises orientieren.
 - 804 • Gesonderte, bevorzugte Stellplätze für Carsharing
805 sind in jedem Straßenzug zu schaffen, der weiterhin
806 auch Parkplätze für private Pkws bereitstellt.
 - 807 • Das Land Berlin soll die Carsharing-Anbieter dabei
808 unterstützen schnellstmöglich auf eine komplett
809 elektrische Flotte umzustellen. Exklusiv zugängliche
810 Ladeinfrastruktur ist in Kooperation mit den Anbie-
811 tern zu schaffen und gemeinsam zu finanzieren.
 - 812 • Mehr Anstrengungen des Senats im Bereich von
813 "Mobilität als Service": Die Standorte von Sharin-
814 gund andere Mobilitätsanbietern sollen im Sin-
815 ne der multimodalen Mobilität berlinweit verteilt
816 werden. Ferner sollen deren Angebote umfassend
817 in einer App integriert werden. Die App soll die
818 SharingKultur beflügeln und die effiziente Vernet-

819 zung der Verkehrsmittel fördern. Es braucht einheitliche
820 liche Datenschnittstellen, welche anbieterübergrei-
821 fene Routenplaner und Buchungssapps für alle For-
822 men der geteilten Mobilität (ÖPNV, Rufbus, Taxi und
823 Sharingdienste) ermöglichen.

824

825 **E Mobilität & Ladeinfrastruktur**

826

827 Wir machen in diesem Antrag deutlich, dass es eine tief-
828 greifende Verkehrswende zugunsten des Umweltverbun-
829 des braucht. Zur Realität gehört aber auch, dass der moto-
830 risierte Individualverkehr (MIV) mittelfristig (noch) nicht
831 verschwinden wird. Der verbleibende Autoverkehr muss
832 aber so schnell wie möglich an die Bedürfnisse einer mo-
833 dernen Stadt angepasst werden. Um ein solches Mobili-
834 tätsangebot zu schaffen, welches flächendeckend die Mo-
835 bilitätsbedürfnisse der Berliner*innen abdeckt und gleich-
836 zeitig klimafreundlich ist, müssen wir uns auf die batte-
837 rieelektrische Elektromobilität fokussieren. Es ist nachge-
838 wiesen, dass diese den höchsten Wirkungsgrad und damit
839 einhergehend den geringsten Energiebedarf im Vergleich
840 mit anderen Technologien hat. Erneuerbar gewonnener
841 Strom kann direkt genutzt werden, wobei der ohnehin
842 notwendige Netzausbau für erneuerbare Energien Hand
843 in Hand gehen kann mit dem Aufbau intelligent steuerba-
844 rer Ladeinfrastruktur. Die Batterie- und Akkuentwicklung
845 befindet sich zudem noch im Anfangsstadium und bereits
846 heute ist abzusehen, dass zukünftig durch die Forschung
847 deutlich umweltfreundlichere Batterien verfügbar sein
848 werden, die leistungsfähiger sind und nur einen Bruchteil
849 an Ressourcen benötigen. Unternehmen müssen darüber
850 hinaus verpflichtet werden sozial- und umweltstandards
851 auch in der Rohstoffgewinnung einzuhalten und dabei
852 streng kontrolliert werden. Die Möglichkeit Batterien voll-
853 ständig zu recyceln oder als SecondLife-Stromspeicher zu
854 nutzen muss ebenfalls Berücksichtigung finden. Daneben
855 ist batterieelektrische Mobilität in vielen Fällen auch die
856 langfristig preisgünstigste Lösung, die bereits heute im
857 nötigen Umfang umgesetzt werden kann. Das ist wichtig,
858 um die Ziele hinsichtlich einer Dekarbonisierung bis 2030
859 zu erreichen, da insbesondere die Beschaffung und Er-
860 neuerung von Fahrzeugflotten in Unternehmen eine ent-
861 sprechend lange Planungs- und Vorlaufzeit hat.

862

863 Wir fordern daher:

- 864 • Die Verwendung von Brennstoffzellenfahrzeugen
865 nur dort, wo keine geeignete Lösung mit batte-
866 rieelektrischen Fahrzeugen möglich ist, da grüner
867 Wasserstoff dringender in anderen Wirtschaftsbe-
868 reichen, wie z.B. der Industrie, gebraucht wird.
- 869 • Berlin im Bereich Forschung und Entwicklung von
870 Batterietechnologien und E-Mobilität etablieren
871 und neue Forschungskapazitäten ausbauen.
- 872 • Erarbeitung eines Masterplans Ladeinfrastruktur,
873 der den privaten und öffentlichen Ladeinfrastruk-

874 turaufbau koordiniert und vereint. Dabei sollen
875 künftig zu schaffende autofreie Zonen, insbesonde-
876 re in der Innenstadt berücksichtigt werden und dort
877 bereits präventiv vom Aufbau abgesehen werden.

- 878 • Ladeinfrastruktur im öffentlichen Raum zudem nur
879 dort bereitzustellen, wo gewährleistet ist, dass die
880 Flächen in den nächsten Jahren nicht für den Aus-
881 bau von ÖPNV, Radverkehr und Grünanlagen vorge-
882 sehen sind.
- 883 • Tankstellen sollen perspektivisch zu Schnelllade-
884 hubs umfunktioniert werden. **Ausnahme machen**
885 **wir dabei am Stadtrand. Bis zum Ausbau der**
886 **Sharingdienste, werden diese Ladesäulen kurz- und**
887 **mittelfristig auch Privathaushalten zur Verfügung**
888 **gestellt.**
- 889 • Aufbauverpflichtung für Ladeinfrastruktur bei Un-
890 ternehmen mit großen Parkplätzen, die ihre Park-
891 plätze perspektivisch auch beibehalten werden, z.B.
892 Supermärkte, Baumärkte und Möbelgeschäfte • Er-
893 gänzender Aufbau von netzdienlich zu managender
894 Ladeinfrastruktur (AC) an Orten mit hohen Stand-
895 zeiten, z.B. Park-and-Ride, Flughafen und Bahnhof
- 896 • Stromnetze da wo notwendig ertüchtigen, insbe-
897 sondere Ausbau des Mittelspannungsnetzes und
898 Einsatz von Lade- und Energiemanagement. Koordi-
899 nierung im Rahmen des Masterplans, um den Aus-
900 bau sinnvoll und planmäßig zu steuern.

901